



11. Heft | 6. Juni 1912

MAX SCHIPPEL · BRITISCHES WELTREICH UND REICHSGEDENKTAG

ES war wieder einmal *Empire Day*: am 24. Mai, dem Geburtstag der Königin Viktoria. In deren Regierungszeit vollzog sich, wie man mehr nachträglich als gleichzeitig einsah, die große Umbildung der kolonial- und weltpolitischen Anschauungsweise des britischen Volkes. Das Mutterland, das einst, theoretisch, alle kolonialen Ausdehnungs- und Vorherrschaftsgedanken abgeschworen hatte (die Praxis vollzog sich allerdings auch in dieser Zwischenzeit der Manchestertheorie überwiegend in ganz anderer Richtung), lernte die ungeheure wirtschaftliche und politische Bedeutung der zerstreuten Gliederstaaten und Herrschaftsgebiete in allen Erdteilen und Meeren verstehen und würdigen. Umgekehrt begriffen die überseeischen Tochter- und Pflanzstaaten aus den Erfahrungen am eigenen Leibe mehr und mehr, welch einen Rückhalt sie gegebenenfalls an der englischen Kapitals- und Seemacht, an britischer Kultur und Politik haben. So bildeten sich, erst fast unterhalb der Schwelle des öffentlichen Bewußtseins, dann mehr und mehr im vollen Licht des Tages, jene ungeahnten und geschichtlich unvergleichlichen Beziehungen heraus, die zwar noch immer sehr wenig auf festen Institutionen, auf organisatorischen Neubildungen der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik ruhen, die aber dennoch neuartige *Reichsgedanken* und eine mehr als bloß wolkenheimische *Reichspolitik* greifbar deutlich bei den mannigfachsten Gelegenheiten seit langem schon hervortreten lassen. So greifbar deutlich und unbestreitbar und so lange schon, daß sogar die *Edelmarxisten* in Bremen und Leipzig bereits anfangen ihr Sprüchlein aufzusagen über den, für sie offenbar ganz funkelnelneuen *Imperialismus* und über seine gemeingefährliche Ursache, das für Leipzig und Bremen offenbar nicht minder funkelnelneue *Finanzkapital*.

Man ist gewohnt an Festartikeln und Festbetrachtungen flüchtig vorüberzugehen, weil ihre ständige Wiederkehr naturgemäß der Schablone einen breiten Spielraum verschafft. Doch ist gegenwärtig die welt- und kolonialpolitische Entwicklung, vor allem im britischen Reich selber, eine so rasche, fast sich überstürzende, daß in jedem Jahr andere Vorgänge und Probleme in den

Vordergrund rücken und den Preßäußerungen eine besondere Färbung und Zuspitzung verschaffen. Deshalb verdienen auch diesmal einige Grundzüge und Einzelheiten hervorgehoben zu werden, teils des rein historischen Interesses wegen teils wegen der *Moral* der Geschichte für unser in weltpolitischen Dingen noch immer recht *radikal*-spießbürgerliches Kleindeutschtum.



UNÄCHST kann man den Engländern den Stolz nicht verdenken, mit dem sie von der heute erreichten Weltstellung auf die bescheidenen Vorstufen zurückblicken. Nahezu 15 Millionen Weiße wohnen heute in überseeischen Reichsteilen, während 1811, mitten in der großen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England, mit der die Neuorientierung der englischen Weltpolitik begann, das ganze Vereinigte Königreich noch lange nicht gleich viele Einwohner zählte (England und Wales 1811 nach dem Zensus noch nicht 10,2 Millionen Einwohner, Schottland 1,8 Millionen). Selbst das kleinste der 4, mit so reicher Selbstregierung ausgestatteten Dominions (Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland) hat heute bereits einen Außenhandel wie Großbritannien beim Ausbruch der französischen Revolution. Keine anderen größeren Gemeinwesen, auch die Schweiz nicht, die der ältern Generation des europäischen Linksliberalismus so häufig als Musterland freier Verfassungszustände erschien, haben die Demokratie und die arbeitendemokratische Sozialpolitik zu ähnlich hoher Entfaltung gebracht wie die englischen Siedlungskolonien Australien und Neuseeland. Sie sind es, neben noch anderen Kolonien, die in dieser Richtung heute anfeuernd und fortschrittsfördernd auf das Mutterland zurückwirken und in England höchstens Spott und Hohn für die im altväterischen Deutschland noch immer so gern gehörte Bierbankjeremiade aufkommen lassen: Kolonialpolitik sei jederzeit nichts als politisch-wirtschaftliche Knechtung der Volksmassen und Diktatur der Nilpferdpeitsche. Sie ist eben auch noch manches andere, das man bei einer sogenannten *prinzipiellen*, allgemeinen Auseinandersetzung vernünftigerweise nicht übersehen sollte.

Und was die englische Politik weiter in den riesenhaften, zur Selbstregierung noch nicht für reif erachteten Gebietsteilen, in der wirklichen *Beherrschung* weniger zivilisierter Völker, in Indien, in Ägypten, in Nigerien, in Ost- und Zentralafrika für die Hebung der Produktion, des Verkehrs, der Allgemeinkultur überhaupt geleistet hat, überragt sicherlich um das Mehrfache alles das, was die betroffenen Völkerschaften und Rassen aus eigenem Antrieb und Können jemals im gleichen Zeitraum selber errungen haben würden. Wenn demnach überall durch die *Empire Day*-Kundgebungen ein Ton der Gemüthung hindurchklang, so ist dies nicht nur begreiflich sondern sogar unanfechtbar richtig. Falls ein wirklicher Marxist, aber beileibe kein *Edelmarxist*, einmal die internationale Geschichte des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten schreiben sollte, so würde er die gewaltigsten Wirtschaftsumwälzungen, die größten Kulturleistungen im ökonomisch-marxistischen Sinn nicht mehr in den alten Heimstätten des Kapitalismus, in den europäischen Industrieländern selber, sondern in den jüngeren kolonialen Außenzonen zu verzeichnen haben. Daß der Kapitalismus in den alten Industrieländern, rein ökonomisch, als Produktionsgestalter, schon konservativ und reaktionär geworden sei, stimmt vielleicht auch nicht ganz. Aber jedenfalls ist er nach außen hin, gegenüber den überlebten Wirtschaftsordnungen der früher kulturfernen überseeischen Gebiete, noch nie-

mals so unaufhaltsam revolutionär aufgetreten wie in der Gegenwart.¹⁾ Und als erster und einflußreichster Bannerträger dieser beispiellosen überseeischen Wirtschaftsumwälzungen wäre bei einer solchen marxistischen Geschichtsschreibung zweifellos England zu kennzeichnen.

Wie wenig diese Umwälzung stillsteht, zeigen mit am besten die jüngsten Schicksale Kanadas, dem die *Times* in erster Linie ihre Sondernummer widmen. Kanada scheint nunmehr regelmäßig auf jährlich über 300 000 Einwanderer rechnen zu können; 1911 waren es nicht weniger als 354 237. Das sind Ziffern, wie sie von den Vereinigten Staaten zuerst, und zwar zunächst nur vorübergehend ein paar Jahre lang, nach den großen Goldentdeckungen und dem Scheitern der europäischen Revolutionen erreicht wurden, und wie sie hier bis zum Beginn der siebziger Jahre dann überhaupt nicht wiederkehrten. Trotzdem vollzog sich in dieser Zwischenzeit auf dem Unionsgebiet die größte kolonisierende Ausweitung, die der europäische Wirtschaftskulturkreis bis dahin gekannt hatte: die Besetzung und Aufschließung der inneren Prärie- und Felsengebirgsstaaten, die Angliederung des fernen Westens am Stillen Ozean. (Erst seit den letzten siebziger Jahren wächst die Einwanderung in die Vereinigten Staaten dauernd über die 300 000-Linie hinaus.) Was einst das Staunen ganz Europas weckte, vollzieht sich deshalb jetzt mit ähnlicher Wucht in dem nördlicher sich ausbreitenden fernen Westen Kanadas:

»Vor 5 Jahren, nach langer Reise längs und seitab der Schienenwege, verglich ich den [kanadischen] Westen, wie ich ihn vorfand, mit dem Westen, wie ich ihn 1885 gesehen hatte. Bei meinem jetzigen Reiseaufbruch hatte mir der leitende Minister einer Prärieprovinz versichert, ich würde die Umwandlungen während der letzten 5 Jahre über die der 20 Jahre vorher stellen. Ich muß ihm recht geben. Als 1905 die neuen [westlichen] Provinzen erstmals geschaffen wurden, erzwang sich ihr rapider Aufschwung die allgemeine Beachtung; aber der ununterbrochene Fortschritt dieser Entwicklung ging erst mit dem Anfang des neuen Jahrhunderts zu auffälligem Sturmflug über . . . Die Bevölkerung bildet nicht mehr einen bloßen Grundriß, ein Netzwerk von dünnen Ansiedlungsfäden mit weiten leeren Räumen zwischen ihnen. Die Fäden sind zu breiten Gürteln geworden, und die leeren Zwischenräume sind nicht nur dadurch der Fläche nach zusammengeschrunpft, sondern sie sind bereits selber mit Pioniersiedlern durchsetzt, die darauf vertrauen, daß sie nicht lange mehr auf das Nachrücken der Eisenbahn zu warten haben. Ein oder zwei Beispiele mögen reden. 1905 durchquerte ich die Prärie vor Battleford nach dem Südsaskatchewanfluß, also auf eine Entfernung von etwa 160 Meilen, und von einem unbedeutenden Winkel abgesehen fand ich alles unverändert noch ganz so wie bei meiner Überlandfahrt 1885: das tiefe Schweigen der Wildnis, von der nur die Antilope und der Präriewolf Besitz ergriffen hatten. Heute erblicke ich einen großen

¹⁾ Die Verfasser des *Kommunistischen Manifestes*, in den vierziger Jahren, konnten natürlich die hervorragendsten kolonialen Entwicklungen, die allesamt erst später eintraten, nicht zusammenfassend mitschildern. Aber ihre kleine Meisterschrift enthält doch manchen Fingerzeig, den die seltam unausgegrenzten Epigonen von der Spielart Leipzig-Bremen wohl beachten könnten. »Die Bourgeoisie reißt . . . alle, auch die barbarischsten [!] Nationen in die Zivilisation [!] . . . Sie zwingt alle Nationen die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Sie zwingt sie die sogenannte [?] *Zivilisation* bei sich selbst einzuführen . . . Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum 100jährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen: welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten? Wie verschwindet alles, von Marx-Engels für die »100 jährige« Betätigung des Kapitalismus, hauptsächlich für Europa, Aufgezählte gegen die weitere, kaum 50- bis 60 jährige Betätigung in Amerika, Afrika, Australien und Asien, also in den kolonialen Außenzonen des Kapitalismus. Und man muß in der Tat schon Rosa Luxemburg sein, um dem armen K. Kautsky gar noch übel anzukreiden, daß er gerade die englische Kolonialpolitik (ich glaube mich recht zu erinnern) in einer schwächeren Stunde einmal »glänzend« nannte.

Teil mit Städten besetzt, längs dreier neuer, ostwestlich laufender Eisenbahnen, und darüber hinaus zahllose Farmen, die große Mengen von Getreide produzieren. Weiter westwärts in dem selben Gebiet stoße ich auf Eisenbahnen, die nordsüdlich angelegt sind, und nochmals vor ihnen auf ein landwirtschaftliches Gemeinwesen, das sich weit über die Region nördlich vom Red Deer-River erstreckt. In Südsaskatchewan, zwischen der Vereinigten Staaten-Grenze und der Hauptlinie der *Kanadischen Pacificbahn*, ist ein anderer großer Wildnisgürtel zu ländlichen Heimstätten aufgeteilt. Und fernab im Nordwesten von Alberta haben die Präriebezirke des Friedensflusstals bereits 2000 Siedler herangezogen, obwohl manche von diesen bis zur nächsten Bahnstation noch immer gegen 500 Meilen fahren müssen. Unterdes sind aber auch die älteren Gebiete nicht still stehen geblieben. Die kleinen Maschen haben sich so gut wie die großen weiter ausgefüllt. Bezirke, die vor 5 Jahren dünn besiedelt waren, gehören heute zu den dichter besetzten. Die vereinte Bevölkerung von Manitoba, Saskatchewan und Alberta, die zwischen 1901 und 1906 von 419 512 auf 808 863 sich erhöht hatte, erreichte 1911 die Ziffer 1 319 104, nach den Zensusaufnahmen, die von den *Westernern* für unzuverlässig klein gehalten werden. In den gleichen 5 Jahren hat sich die tatsächlich angebaute Farmfläche verdoppelt, von 8 ging sie auf 16 Millionen Acres empor Ein geradezu wunderbarer Aufschwung hat die westlichen Städte auf eine hohe Kulturstufe emporgehoben. In 5 Jahren steigerte Winnipeg seine Einwohnerzahl von 90 153 auf 135 430; Regina von 6169 auf 30 210; Calgary von 11 967 auf 43 665; Edmonton (mit dem jetzt eingemeindeten Strathcona) von 14 088 auf 30 479; das ganz junge Saskatoon von 3011 auf 12 002. Wenn man nur die Kopffzahl betrachtet, so würden die letztgenannten 4 Städte immerhin schon mit englischen Mittelstädten, wie Doncaster (30 520), Colchester (43 463) und Newbury (12 108) zu vergleichen sein. Aber in der Lebhaftigkeit und Blüte ihres Verkehrs, in allgemeinem Treiben und in Unternehmungslust spotten sie jedes solchen Vergleichs. In jeder einzelnen fühlt man sich wie in einer Großstadt, in einem Zentrum großen Lebens, nicht wie in einer emporgekommenen Kleinstadt . . . Einige dieser westlichen Städte pflegen bereits einen ausgebreiteten Eigengroßhandel; Calgary hat 600 Geschäftsreisende. Selbst Verarbeitungsgewerbe gewinnen Bedeutung, trotz der hohen Löhne. Manche dieser Gewerbe, wie die Fleischpackereianlagen in Alberta und die Molkereibetriebe, die an vielen Orten von der Regierung eingerichtet wurden, sind dazu bestimmt die von den Farmern erzeugten Rohmaterialien höher zu verarbeiten. Aber auch sonst findet der Farmer in dem Konsum der Städte ein offenes weites Absatzgebiet . . . Winnipeg bezieht sogar enorme Mengen von Milch aus den Vereinigten Staaten. Bei dem rapiden Aufwachsen der Städte und Flecken und bei dem gleichermaßen rapiden Ausbau der Schienenwege wird es dem Farmer für alles, was er produziert, niemals an Absatz fehlen, sei es auf dem heimischen Nachbarmarkt sei es auf dem Fernmarkt des Auslands.²⁾

Nachdem die Riesenwälder der Union in wenigen Jahrzehnten fast vollständig der Axt erlegen sind, ist wohl der größte Holzvorrat zunächst noch in Kanada aufzuschließen. Über 400 Millionen Acres sollen nach den Regierungsschätzungen mit abbaufähigen Hölzern bestanden sein. Eine ganz unvergleichliche Kraftreserve bieten ferner die überreichen Wasserläufe, die noch nicht wie in älteren Ländern mit einem Netz von entwicklungshemmenden Privateigentumsrechten umwoben sind.



B das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Mutterland und abhängigen Gebieten, ferner zwischen Kolonie und Kolonie im Erstarken begriffen ist? Man hat vielfach über die äußerliche Ergebnislosigkeit der Londoner Kolonialkonferenz vom vorigen Jahr gespottet. Gewisse zentrifugale Strömungen sind auch sicherlich wahrzunehmen, und sie werden je nach den Umständen bald stärker bald schwächer sich geltend machen. Aber blickt man näher zu, so wird man daneben immer wieder die fester und enger verknüpfenden imperialistischen Verbindungsfäden mannigfaltigster Art gewahr werden.

²⁾ Siehe *Western Canada: the growth of the prairie provinces* in den *Times* vom 24. Mai 1912.

Zunächst waren die kanadischen Wahlen vom letzten September, die scharfe Ablehnung der wirtschaftlichen Zusammenschweißung Kanadas mit den Vereinigten Staaten, eine wahre Enthüllung. Sie zeigten die Kanadier mit einemmal als eine von starkem Selbständigkeitsbewußtsein erfüllte Nation, nicht als ein loses, nach Belieben zurecht zu schüttelndes Konglomerat von Einwanderern und Ansiedlern. Eine jahrzehntelange gemeinsame Geschichte, solidarische Kulturleistungen im Kampf mit der zunächst übermächtig scheinenden Wildnis, gigantische Verkehrs- und Besiedelungsaufgaben, wie sie nur in kolonialen Neuländern entstehen können, haben dieser losen, innerlich ungleichartigen Menschenzusammenwürfelung unerwartet rasch einen festern innern Zusammenhang, ein nationales Gepräge verliehen. Und soweit diese junge Nation bereits politisch über ihre Grenzen hinaus denken und gegebenenfalls wählen muß zwischen der amerikanischen Nachbarrepublik, mit der sie eine 4000 (englische) Meilen lange Grenze gemeinsam hat, und dem englischen Mutterland, von dem sie durch den Ozean getrennt ist, so entscheidet sie sich, wie die eindrucksvollen Ereignisse des Vorjahrs lehrten, mit überwältigender Mehrheit, trotz aller entgegenstehenden schwer wiegenden Einzel- und Lokalinteressen, für die Bevorzugung des Mutterlands. Man kann es den *Times* von ihrem Standpunkt aus kaum verargen, wenn sie dies als »vielleicht das wichtigste imperiale Ereignis unseres Menschenalters« rühmen. Zwischen Kanada und Britisch Westindien ist kürzlich ein Zollbevorzugungsvertrag abgeschlossen worden, weiter gehend als das mehr einseitige frühere Abkommen. Ähnliche Verhandlungen zwischen Kanada und Australien sind eingeleitet. Auf der vorjährigen Kolonialkonferenz unterbreitete der Premier Neuseelands sogar einen förmlichen Vorschlag für einen zentralen Reichsrat (*Imperial Council*), in dem bestimmte weltpolitische Fragen gemeinsam von mutterländischen und kolonialen Vertretern erwogen und erledigt werden sollten. Ohne alle diese Einzelheiten zu überschätzen, fühlt man aus ihnen doch Zusammenhänge heraus, die in den außerbritischen Beziehungen nicht vorhanden sind, die also mehr als die gewöhnliche Staateninternationalität, die eine spezifische Reichssolidarität darstellen, die früher ganz dahingeschwunden oder im Schwinden begriffen schien.

Ähnlich steht es mit der Reichsverteidigungsfrage. Es ist gewiß nicht viel, was hier im Lauf eines Jahres an Fortschritten zu verzeichnen ist, aber es reiht sich unablässig Stein an Stein, und aus allem Hin und Her schält sich schließlich doch ein näherrückendes Endziel heraus. Die Londoner Zentrale, wie dies erst kürzlich, am 15. Mai, Winston Churchill wieder offen aussprach, strebt zum mindesten dahin, daß die Selbstverwaltungskolonieen für mehr lokale Zwecke sich zu Land und Meer genügend selber schützen, damit die mutterländische Seemacht mehr und mehr ausschließlich in Europa und gegen europäische Gegner konzentriert werden könne. Die Dominions sollen sich jedoch nicht bloß selber eine Flotte schaffen sondern, nach vorerwogenem Plan und unter angemessener Vertretung in einem Reichsverteidigungsausschuß, ihre kolonialen Streitkräfte unter sich und mit denen des Mutterlands zu einheitlichen Aktionen zusammenfügen. Diß alles steht vorläufig noch auf dem geduldigen Papier, trotz der Anläufe in Kanada und Australien und trotz der gemeinsamen geheimen, aber der Öffentlichkeit gegenüber für ungewein wichtig erklärten Sitzungen der vorjährigen Kolonialdelegierten mit dem englischen *Committee of Defence*. Dagegen ist für die Landrüstung in

den Selbstregierungskolonien mancherlei geschehen und in Vorbereitung. Am wenigsten in Kanada, obwohl englische Truppenführer und Beamte der Londoner Militärverwaltung auch hier schon öfter Musterungen vorgenommen und sich günstig über die Fortschritte der Ausbildung ausgesprochen haben. Dagegen ist Südafrika eben am Werk in einer schonenden und milizähnlichen Form die allgemeine Wehrpflicht zur Anerkennung zu bringen, und in Australien hat dieser Grundsatz bereits seinen gesetzgeberischen Niederschlag gefunden.

Dabei konnte man eine Erfahrung machen, die abermals die freie und bunte Vielgestaltigkeit des britischen Reichslebens schlagend vor Augen führt. Der hauptsächlichliche Träger der Rüstungsbewegung sind selbstverständlich von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil jedesmal, je nach der innern und äußern Lage, ganz andere Bevölkerungselemente. Eine Interessenschichtung, die in dieser Beziehung für das Mutterland gilt, gilt nicht für Kanada; und dessen in Rüstungsfragen maßgebende Parteigruppierung wiederum nicht für Südafrika oder Australien. In Australien mit seiner zeitweilig selber das Regierungsruder führenden Gewerkschaftsdemokratie finden wir nun (was zunächst überraschen könnte) gar nicht selten als Flottentreiber und Armeevermehrer die organisierte Arbeiterklasse. Ist das wirklich verwunderlich? An sich scheint für Australien eine Flotte nicht übermäßig dringlich, es sei denn gegen Japan, das seine Auswandererscharen vom australischen Arbeitsmarkt und Erwerbsleben ausgeschlossen sieht, und das erklärlicherweise zu der Anschauung neigt: der jüngste, menschenleerste Erdteil sei von Natur eher zu einem Siedlungsgebiet für Gelbe wie für Weiße berufen, denn Europa liege ihm endlos fern, Japan dagegen nachbarlich nahe; öffnen sich die nachbarlichen Einwanderungstore nicht im Guten, so müsse man um der japanischen Lebensinteressen willen bei Gelegenheit versuchen sie mit Gewalt aufzusprengen. Jede solche drohende Möglichkeit fühlt aber keine australische Bevölkerungsklasse so sehr als Bedrohung ihrer eigenen entgegenstehenden Entwicklungsinteressen wie gerade die Arbeiterschaft, die ja auch die breiteste, zuverlässigste und aktivste Grundlage bietet für die *Politik des Weißen Australiens*, diese eigentümliche Form des kolonialen Nationalismus und selbst Chauvinismus. Die Arbeiterklasse ist es deshalb, die zeitweilig mit der größten Entschiedenheit Küstenschutz, Flottenbereitschaft und Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit verlangt, während so mancher Kapitalist viel eher der gut pazifistischen Meinung huldigt: warum nicht lieber die Rüstung ganz überflüssig machen, indem man die erfreulich billigen Japaner in der Tat für die Zuwanderung und den Arbeitsmarkt willkommen heißt, indem man somit den einzigen, international gefährlichen Konfliktstoff aus der Welt schafft?³⁾

³⁾ Ähnlich hörte ich in Kalifornien, in der *Asiatic Exclusion League*, Arbeiterreden mit an, die in unserer wesentlich erregtern und zugespitztern Sprechweise etwa gelautet haben würden: „Ist es nicht unverzeihliche kapitalistische Verrücktheit, daß man uns hier an der Westküste ohne ausreichenden Küsten- und Flottenschutz, ohne genügende Befestigung von Pearl Harbour und ähnlichen Flottenstationen im Stillen Ozean läßt, so daß wir keinen Augenblick sicher sind unsere mühsam erkämpfte und weiter zu verschärfende Einwanderungsgesetzgebung rettungslos von japanischen Geschwadern wieder in den Grund gebohrt zu sehen? Aber natürlich, das Kapital ist in dieser Beziehung international-vaterlandslos; das Kapital sieht hier gar keinen Anlaß zum Rüstungsschutz, denn ihm sind schließlich die japanischen Lohnrücker, die schlimmsten Gegner der Arbeiter, gar noch als Freunde willkommen. Aber um so energischer müssen wir als Arbeiter diese amerikanisch-nationalen Arbeiterinteressen gegen internationales Kapital und feindliches Ausland mit Klauen und Zähnen verteidigen“ usw. usw. Man sieht, nationale Interessen heben sich überall sofort über die Schwelle des politischen Bewußtseins, sowie in den betreffenden Klassen die erste Empfindung lebendig wird, daß sie bei drohenden auswärtigen Verwickelungen nicht bloß Ketten sondern auch einen Besitzstand an eigenen Klassenereignissen zu verlieren haben.

Die Leser englischer Arbeiterblätter werden sich vielleicht erinnern, wie anläßlich der vorletzten Reichskonferenz der australische Regierungsvertreter, selber daheim ein Gewerkschaftsführer, die Gründe und Ziele dieser Rüstungspolitik vor den englischen Arbeiterparteilern in London darlegte. Er fand damit, im Gegensatz zu seinen anderen Ausführungen über die arbeiterdemokratischen Erfolge, zunächst wenig Gegenliebe, da den mutterländischen Liberalen und Demokraten die allgemeine Wehrpflicht (in unserm militaristischen Deutschland sogar eine Forderung des sozialdemokratischen Programms) meist noch immer als verwerflicher Rückfall in Barbarei und Despotismus erscheint: also als etwa eben so schlimm wie den Jüngsten von Leipzig, Bremen und Göppingen der *Imperialismus* und das *Finanzkapital*, das Finanzkapital und der Imperialismus, das imperialistische Finanzkapital und der finanzkapitalistische Imperialismus, und wie die methodischen Variationen dieses tiefsinnigen Leitartikelmotivs alle heißen mögen. Auf jeden Fall hat die australische Arbeiterdemokratie unerschütterlich, nicht nur als Opposition sondern auch als Parlamentsmehrheit und Regierung, an ihren Rüstungsanschauungen festgehalten: »Bedenkt man, daß die Verteidigungsausgaben des Australischen Bundes von 1 535 000 Pfund Sterling im Jahr 1909-1910 auf schätzungsweise 4 775 136 im Jahr 1911-1912 gestiegen sind, so muß man anerkennen, daß dieser Teil unserer überseeischen Dominions wenigstens einen Anlauf macht, die Unversehrtheit des Reichs gegen Angriffsversuche aufrechtzuerhalten. Mit der Bevölkerungszahl in Vergleich gesetzt, ergibt sich aus diesen Ziffern, daß, während 1909-1910 der Aufwand noch auf 7 Shilling 2 Pence blieb, er 1911-1912 auf 21 Shilling sich hob, während er im Zwischenjahr zunächst auf 13½ Shilling hinaufgegangen war. Diese Aufstellungen zeigen die Richtung vor und nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wie vor und nach dem Beginn der australischen Flottenpolitik. Weiter ist die Feststellung von Interesse, daß diese Steigerung der Rüstungsausgaben das Werk einer Arbeiterregierung gewesen ist, obwohl auch sonst wohl der Druck der öffentlichen Meinung dieses Vorgehen erzwungen haben würde. Das Gesetz, das die Erziehung zum Flotten- oder Heeresdienst obligatorisch macht, trat am 1. Januar 1911 in Kraft.«⁴⁾

Manches Jahr kann allerdings noch verrinnen, bevor in dieser Richtung Reichspolitik, bis jetzt noch ausschließlich durch das Mutterland vertreten, und koloniale Lokalpolitik zu leidlichem Einklang gebracht sein werden. So erklärt man es von London aus auf absehbare Zeit für ganz unmöglich strategisch wichtige Plätze wie Simonstown ganz und gar der südafrikanischen Unionsregierung, etwa wie Halifax und Esquimalt an Kanada, zu überlassen; dafür bedürfe es einer ganz andern Bürgerschaft als sie im südafrikanischen Verteidigungswesen bis heute zu erblicken sei.



REILICH mischen sich am *Empire Day* in die Freude am Erreichten mancherlei Sorgen für die Zukunft. Und zwar ist es in erster Linie wieder einmal der mittelasiatische Wetterwinkel, die große weltpolitische Auffahrtstraße zu den Toren Indiens, auf den man trotz, oder vielleicht gerade wegen des russisch-englischen Abkommens vom Jahre 1907, recht geringes Vertrauen setzt. Nachdem die Beendigung der Bagdadbahn nicht mehr zweifelhaft ist, wird auch die transpersische Bahn, auf französisch-russisches Kapital und, wie man fürchtet, von der deutschen Diplomatie gestützt, eines schönen Tages nicht mehr aufzuhalten sein. Dann droht die strategische Lage für Indien eine vollkommen andere zu werden. Während England im Nordwesten den Pufferstaat Afghanistan von

⁴⁾ Siehe *Australian defence, a year's experience of the scheme* in den *Times* vom 24. Mai 1912.

jedem Schienenstrang freihielt, streckt sich alsdann ein Schienengürtel von Russisch Persien, von der seitens Englands selber anerkannten russischen Einflußsphäre aus, längs der Mekranküste bis in die gefährlichste Nähe der offenen Indusländer vor.

Das sind politisch ganz andere Sorgen als die um den Abschluß der Bagdadbahn. Dazu tritt die Befürchtung, die Besetzung türkischer Inseln durch Italien könne eine Ausdehnung der Dreibundspolitik auf ein neues Mittelmeergleichgewicht einleiten, unter wesentlich engerm Zusammenstehen der Dreibundsmächte und mit unter Umständen wenig erfreulichen Folgewirkungen für die englische Flottenverteidigung und die Sicherung des englisch-ägyptischen Besitzes. Sehr viel wird bei allen diesen Dingen von Deutschlands Haltung abhängen, und deshalb sind jetzt deutsch-englische Verständigungsversuche wohl nicht mehr ganz so aussichtslos wie bisher seit Jahr und Tag. Ein Weltreich wie das britische, mit so unendlich vielseitigen Interessen und Interessengegensätzen kann nun einmal die Richtung seiner Politik nicht dauernd ausschließlich auf nur einen Gegensatz einstellen; der Erfolg an der einen Stelle rächt sich gewöhnlich sehr bald durch Nachteile an anderm Ort. Sollte deshalb jetzt das Pendel in London wieder einmal nach der entgegengesetzten, mehr deutschfreundlichen Seite ausschlagen, so wäre das nicht zu verwundern, und England sowohl wie Deutschland könnten mancherlei Gewinn daraus ziehen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · VOM PARLAMENT UND VOM PARLAMENTARISMUS



MIT einer Ferienpause von über 6 Monaten Dauer hat der neue Reichstag seine erste Tagung unterbrochen, nachdem er selbst nicht ganz 3½ Monate versammelt war. Damit ist ein Anlaß gegeben das bisher von ihm verrichtete Werk auf seinen Geist zu prüfen. In der Hauptsache war dies Werk Routinearbeit: die Durchberatung des Reichshaushaltsetats, dem zum Schluß von allen großen Parteien nur die Sozialdemokratie das Exequatur verweigert hat. In Verbindung mit dieser Beratung hat der Reichstag eine Reihe mehr oder minder reformfreundlicher Resolutionen angenommen, während seine sonstige Arbeit sich im wesentlichen auf die Annahme einer Abänderung des Strafgesetzbuchs, eine Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags und die Annahme der neuen Wehrvorlagen nebst Beschlüssen über die Deckung der durch diese veranlaßten Mehrausgaben des Reichs beschränkte. Auch der Wehrvorlage nebst ihren Zusätzen hat die Sozialdemokratie die Zustimmung verweigert, während sie die beiden anderen Maßnahmen gutgeheißen hat und gutheißen durfte.

Schon diese kurze Zusammenstellung zeigt, daß es nicht angeht das Werk des Reichstags schlechthin als *reaktionär* zu bezeichnen. Der Reichshaushaltsetat ist als Ganzes nicht besser aber auch nicht schlechter als seine Vorgänger. Seine Verwerfung durch die Sozialdemokratie bezieht sich nicht auf seinen finanzpolitischen Charakter sondern geschah auf Grund der Auffassung, daß die Abstimmung über das Budget die Bedeutung eines Vertrauensvotums für die Regierung des Tages habe und Gutheißung der gegebenen politischen Zustände bedeute. Sie würde nach dieser (meines Dafürhaltens irrigen) Auffassung auch erfolgt sein, wenn das Budget finanzpolitisch einen Fortschritt

im Sinn der sozialdemokratischen Forderungen bedeutet hätte. Anders steht es mit der angenommenen Wehrvorlage. Sie ist mit ihrer Steigerung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und im Luftfahrwesen vom Standpunkt des Verfassers dieses Artikels allerdings als reaktionär zu bezeichnen. Denn ich sehe in dem aggressiven Imperialismus unserer Tage keine der heutigen Volks- und Weltwirtschaft organisch entsprechende, ihr innerlich verbundene Erscheinung sondern eine unorganische Wucherpflanze am Baum der Wirtschaftsentwicklung der Gegenwart. Wer aber diese Auffassung nicht teilt, wer, wie das namentlich einige unserer extrem radikalen Parteiorgane tun, gerade diesen aggressiven Imperialismus als eine den heutigen Produktionsverhältnissen organisch verbundene Erscheinung erklärt, der mag die Steigerung der Rüstungen aus allen möglichen Motiven und unter allen möglichen Begründungen bekämpfen, aber er kann sie so wenig als reaktionäre Maßregel bezeichnen wie irgend eine technische Neuerung diesen Beinamen verdient, die bestehende Unternehmungen entwertet und selbständige Existenzen zerstört. Denn dann folgt auch in diesem Punkt eines aus dem andern mit innerer Notwendigkeit, und das in dieser Weise, das heißt eben organisch Notwendige kann, so übel es einen anmuten mag, nicht als *reaktionär* bezeichnet werden.¹⁾ Für die innere Politik kommen nur gewisse soziale Folgewirkungen in Betracht, die der gesteigerte Militarismus auf die Welt der Intellektuellen ausübt. Für das allgemeine Verhältnis von Volk und Heer hat es heute keine Bedeutung, ob jährlich so und so viele Tausende mehr oder weniger eingezogen und ausgebildet werden. Als Erziehungsanstalt gegen die großen Strömungen des Volkslebens hat der Militarismus ausgespielt.

Die Beschlüsse des Reichstags über die Deckung der erhöhten Rüstungsausgaben tragen ein Doppelgesicht. Man hat die Branntweinliebesgabe in der alten Form beseitigt, aber durch Festhalten an den Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und Streichung des bisher dem kontingentierten Branntwein eingeräumten niedrigen Steuersatzes die Besteuerung des Trinkbranntweins erhöht, während es noch sehr zweifelhaft ist, ob die zugleich für die Fabrikation von Spiritus zu technologischen Zwecken angesetzten Vergütungen wirklich zu einer Verbilligung des Brenn- usw.-Spiritus führen oder sich nicht vielmehr schließlich als eine den Brennern in neuer Form zufallende Liebesgabe erweisen. Mit schwacher Mehrheit (184 gegen 169 Stimmen) wurde zum Gesetzentwurf der Budgetkommission über die Deckung des größeren Teils der Kosten des Wehrgesetzes ein Artikel angenommen, der die Regierung verpflichtet einen Entwurf zur Erweiterung der Erbschaftsteuer so zeitig einzubringen, daß diese am 1. April 1913 in Kraft treten könne, vorher war

¹⁾ Einer der vorgeschrittensten, allgemein auch in unseren Kreisen geschätzter und von jeder chauvinistischen Anwendung freier Abgeordneter der fortschrittlichen Volkspartei erklärte in der Budgetkommission in Antwort auf Ausführungen von mir gegen die Flottenvermehrung, er unterschreibe alles, was ich zur Bekämpfung der Regierungsvorlage gesagt habe, und stimme nur deshalb für diese, weil das »Gebot der Notwendigkeit« dazu zwingt. Der Begriff *notwendig* ist da etwas anders gebraucht als oben im Text, die Berufung auf eine objektive Notwendigkeit der Steigerung der Rüstungen von seiten eines Mannes, der sich nicht hinter Scheinargumenten zu verstecken pflegt, illustriert aber, wie im politischen Leben aus Mitteln zu Zwecken Selbstzwecke werden, die ihre Gesetze rückwirkend der Allgemeinheit gegenüber als Zwangsgesetze geltend zu machen streben und sie als organische Notwendigkeiten für diese erscheinen lassen, während tatsächlich die Beziehung zu den Bedürfnissen der Allgemeinheit eine immer weniger unmittelbare wird. Gegen die kriegstechnische Begründung der Flottenvorlage konnte in der Tat von denen nichts Stichhaltiges vorgebracht werden, die die imperialistischen Rivalitäten als Notwendigkeiten des modernen Wirtschaftslebens gelten lassen. Diese Rivalitäten sind aber nur Notwendigkeiten für begrenzte Kreise der kapitalistischen Welt und der Bureaucratie.

jedoch mit stärkerer Mehrheit von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen ein Artikel angenommen, der den spätesten Termin für die im Finanzgesetz von 1909 vorgesehene Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark pro Doppelzentner vom 1. Oktober 1914 auf den 1. Oktober 1916 mit dem Zusatz verschiebt, daß spätestens am letzten Datum ein Gesetz in Kraft treten soll, das die Deckung der noch fehlenden Mittel durch eine allgemeine Besitzsteuer vorsieht, und daß die Reichsregierung dem Reichstag bis zum 30. April 1913 einen dahingehenden Entwurf vorzulegen habe. Diesen letztern Artikel erklärte der Schatzsekretär namens der Regierung für annehmbar, und er wird wohl auch die Zustimmung des Bundesrats erhalten. Im Verein mit dem neuen Branntweinsteuergesetz wird er faktisch die Aufbringung von gegen 300 Millionen Mark für die neuen Rüstungen durch Verbrauchssteuern bedeuten und es der Konstellation und dem Spiel der Parteien überlassen, ob und durch welche Besitzsteuern nach 4 Jahren die Überbesteuerung des Zuckers endlich abgelöst werden soll. Keine unverhüllte Reaktion, aber eine den Tendenzen der reaktionären Parteien entsprechende Übervorteilung der breiten konsumierenden Masse und der Zucker verbrauchenden Industrien zugunsten der Besitzenden.

Wie das neue Branntweinsteuergesetz ist auch dieses Deckungsgesetz das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Nationalliberalen und den Parteien des sogenannten *blauschwarzen Blocks*. Es ist nur begreiflich, daß eine so ausgeprägte Kooperation der Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen den zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus bestehenden Gegensatz in verschärfter Form in die Erscheinung treten lassen mußte. Für diejenigen, die von einem parlamentarischen Block der Linken grundsätzlich nichts wissen wollen, war damit die Unmöglichkeit eines solchen Blocks aufs neue unwiderleglich dargetan. Ich weiß aber nicht, ob es in unseren Reihen Leute gegeben hat, die einen Block von Sozialdemokraten, Volkspartei und Nationalliberalen ohne das Benefizium einer sehr durchgreifenden Inventur dieser letzteren Partei jemals für möglich gehalten haben. Ich habe diese Vorstellung nie gehegt. Als im Jahr 1909 aus Anlaß der Vorgänge bei der damaligen Reichsfinanzaufbesserung die Strömung in unserer Partei zugunsten eines Zusammengehens mit dem Liberalismus aller Schattierungen gegen die Konservativ-Ultramontanen am stärksten war, habe ich vielmehr vor Übereifer in dieser Hinsicht gewarnt und darauf hingewiesen, daß es noch eine ganze Reihe von Fragen gebe, bei denen das Zentrum der Sozialdemokratie näher stehe als einflußreiche Teile des Nationalliberalismus. Wenn ich meine damaligen Ausführungen heute einzuschränken habe, so geschieht es nicht, weil sich jene Elemente des Nationalliberalismus liberaler erwiesen hätten als ich sie eingeschätzt hatte, sondern weil sich das Zentrum auch in denjenigen Fragen als unzuverlässig gezeigt hat, bei denen man früher noch einen gewissen Rückhalt bei ihm fand. Man kann nicht einmal mehr sagen, daß diese Partei, die ehemals einen den Militarismus zügelnden Faktor darstellte, jetzt militär- und marinefromm sei. Sie ist mehr als das. Wer in Budgetkommission und Plenum die Reden der Bassermann und Erzberger über die Wehrvorlagen vernahm, hätte, wenn ihm die Personen und ihre Parteilstellung nicht schon bekannt waren, unmöglich aus ihnen heraushören können, welcher der beiden Redner der nationalliberalen Partei, und welcher von ihnen der Partei angehörte, die aus Angehörigen einer Weltkirche besteht.

So sehr Herr Bassermann ins nationalistische Horn blies, so tat es ihm Herr Erzberger doch noch ein gutes Stück zuvor. Namentlich bei der Flottenvorlage konnte der Abgeordnete für Bieberach des Guten gar nicht genug tun. Das war schon Marinechauvinismus, wie er im Buch steht. Zu ähnlichen Schlüssen mußte derjenige kommen, der in der Kommission für das Reichs- und Staatsangehörigengesetz das Verhalten der Vertreter dieser beiden Parteien beobachtete. Da leisteten die Nationalliberalen den Zentrumsleuten kräftigste Beihilfe im Widerstand gegen jeden Antrag, der den verheirateten Frauen ein Selbstbestimmungsrecht in der Frage des Festhaltens oder der Preisgabe ihrer ursprünglichen Staatszugehörigkeit wie in der des Erwerbs einer neuen Staatszugehörigkeit zuerkannt wissen wollte, und die Zentrumsleute wiederum stimmten mit den Nationalliberalen und Konservativen jeden Antrag nieder, der Ausländern nach längerem Aufenthalt im Lande einen Anspruch auf Einbürgerung einräumen mochte. Wenn der Gesetzentwurf in der Gestalt Gesetz wird, die er in der Kommission in 1. Lesung erhalten hat, dann wird er in wesentlichen Punkten engherziger sein als die betreffende Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes, obwohl dieser doch viel weniger fest gefügt und volkreich war als das jetzige Deutsche Reich, und man ihm daher eine größere Engherzigkeit allenfalls hätte nachsehen können.

Indes, damals sah der Nationalliberalismus (das Zentrum war noch im embryonalen Zustand) eben anders aus als heute. Das *National* in seinem Namen richtete sich gegen den Partikularismus, nicht aber gegen weltbürgerliche Beurteilung der Beziehungen zu anderen Nationen. Heute ist von einem Kampf mit partikularistischen Tendenzen innerhalb Deutschlands kaum noch die Rede, mit um so größerer Beflossenheit gibt dagegen der Nationalliberalismus seinem Nationalismus eine Spitze nach außen hin, kehrt er sich im Zeitalter des fortgesetzt zunehmenden Weltverkehrs und der sich immer zahlreicher ausbildenden internationalen Verbindungen gegen andere Nationen oder Angehörige solcher. Eine geistige Reaktion, die sich oft genug politisch reaktionär äußert. Nur solche Nationalliberale, die diesen Wandel in der Denkweise nicht mitgemacht haben, für die der Ton ausschließlich auf dem Beiwort *liberal* im Titel ihrer Partei liegt, würden für einen Block mit der Sozialdemokratie in Betracht kommen und ihn ihrerseits akzeptieren. Aber sie bilden eben nur einen Flügel dieser Partei, dem ein anderer, auf den partikularistisch verengten Nationalismus den Ton legender Flügel und ein zwischen ihm und jenem hin und her pendelnder mittlerer Flügel gegenüberstehen, die für eine konsequente Verfechtung liberaler Ideen in der innern und äußern Politik nicht zu haben sind. Wie das Zentrum, wollen auch die maßgebenden Führer des Nationalliberalismus ihrer Partei den Charakter einer *Mittelpartei* erhalten, und solange dieses Bestreben die Mehrheit der Partei für sich hat, wäre ein Block der Linken mit Einschluß des ganzen Nationalliberalismus eine *contradictio in adjecto*.²⁾ Solange ist aber auch für eine Fortentwicklung des deutschen Parlamentarismus zur parlamentarischen Selbstregierung der Nation wenig zu erhoffen. Nicht die Existenz einer rechts stehenden Partei oder Parteikoalition sondern der Fortbestand von großen Parteien der Mitte, die um jeden Preis Mittelparteien bleiben wollen, steht ihrer Verwirklichung im Wege. Nur

²⁾ Von Rechts wegen sollten sich die Nationalliberalen auch *Zentrumspartei* nennen. Man könnte sie als das *linke Zentrum* bezeichnen, wenn es nicht zwischen ihnen und dem andern Zentrum bei den Abstimmungen so häufig ein *Chassis-croisez* gäbe.

durch Auflösung dieser Parteien oder Besiegung jener Tendenz ist sie zu erreichen.

In liberalen Blättern begegnet man der Behauptung, die ursprüngliche, nur erst zaudernde Haltung der Nationalliberalen der Idee einer parlamentarischen Kooperation mit der Sozialdemokratie gegenüber sei durch das unparlamentarische Gebaren von Sozialdemokraten im Reichstag und im preußischen Landtag zur unüberwindlichen Gegnerschaft gesteigert worden, die Sozialdemokratie habe durch rüdes Auftreten die Nationalliberalen nach rechts getrieben. Das heißt aber die Dinge sehr schief darstellen. Die stürmischsten Szenen, die Sozialdemokraten bisher in deutschen Parlamenten aufgeführt oder verursacht haben, und die heftigsten Ausfälle deutscher sozialdemokratischer Parlamentarier gegen hochgestellte Persönlichkeiten reichen nicht entfernt an das heran, was von Gesinnungs- und Geistesverwandten des Nationalliberalismus außerhalb Deutschlands in dieser Hinsicht geleistet worden ist. Die wahrhaft wüsten Szenen, die seinerzeit von Deutschnationalen im österreichischen Reichsrat aufgeführt wurden, haben unsere Nationalliberalen nicht verhindert mit eben den selben Deutschnationalen über ihre Grenzen hinweg Brüdergrüße auszutauschen. Berufspolitiker machen ihre Haltung nicht von Sentimentalitäten abhängig. Wären nicht einflußreiche Elemente in der nationalliberalen Partei durch sehr bestimmte Interessen, die zumeist auf wirtschaftspolitischem Gebiet liegen, zur entschiedenen Bekämpfung jeden Zusammengehens mit der Sozialdemokratie veranlaßt, so würde man, ohne mit den Wimpern zu zucken, über manche Rauheinigigkeit hinweggehen, von der heute noch großes Gerede gemacht wird.

Mit dieser Feststellung ist indes nicht gesagt, daß die Sprache und das Auftreten der Sozialdemokratie eine gleichgültige Sache für ihr Verhältnis zu anderen Parteien und damit für ihren Einfluß auf die politischen Konstellationen sei. Die Welt ist niemals ausschließlich durch materielle Interessen regiert worden, und keine Partei setzt sich lediglich aus Politikern von Beruf und Interesse zusammen. Überall gibt es neben den materiell Interessierten eine mehr oder minder große Schicht von ideologisch bestimmten Parteigängern, neben den geschulten Politikern von Beruf Vielheiten von Mitkämpfern, die erst in zweiter oder dritter Linie Politiker sind. Wo aber diese Elemente sich hinwenden, da ist gewöhnlich in den Parteien die Macht, und für ihre Bewegung ist das Auftreten der für Kooperationen in Betracht kommenden dritten Parteien nicht gleichgültig. Nun hat jedes Land für den in seinen Parlamenten obwaltenden Ton einen bestimmten, historisch ausgebildeten Maßstab, und der ist bisher in Deutschland ein ziemlich hoher gewesen. Ich übersehe nicht, daß die beschränkte Macht des deutschen Parlamentarismus und der im Deutschen stark entwickelte halb schulmäßige und halb bureaukratische Geist viel damit zu tun gehabt hat. Aber ich lasse den Schluß nicht gelten, daß der in einem Parlament herrschende Ton ohne Unterschied von Zeit und Ort dessen Macht oder Ohnmacht bestimme. Den Beispielen, wo Lärm- und Gewaltszenen zur Steigerung der Macht von Parlamenten oder Parlamentsparteien geführt haben, lassen sich aus der Geschichte der Parlamente sehr viele Beispiele gegenüberstellen, wo solche Szenen das Gegenteil bewirkt haben, und ebenso fehlt es nicht an Beispielen, daß höchst bedeutungsvolle Wendungen in der Machtstellung der Parlamente ohne alles das erwirkt wurden. Es hieß auch dem politischen Fortschritt ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn

man behaupten wollte, daß er nur durch Versündigungen an der Kultur zu erzielen sei.

Aber gerade diese Auffassung ist heute ziemlich stark verbreitet, und zwar keineswegs nur in den Reihen der Sozialdemokratie, wo sie doch durch mancherlei entschuldigt werden kann. Es sei nur an das schnöde Spiel erinnert, das die im preußischen Abgeordnetenhaus maßgebenden Parteien mit der versprochenen Reform des Wahlrechts treiben. Dieses Spiel wurde noch ganz andere Verstöße gegen Geschäfts- und Hausordnung des Dreiklassenparlaments entschuldigen als die, die unseren tapferen 6 Vertretern dort zur Last gelegt werden. Nur heißt Entschuldigung nicht auch schon Rechtfertigung. Eine politische Handlung ist nicht darum schon gerechtfertigt, daß sie ethisch entschuldigt ist. Für ihre politische Rechtfertigung ist nicht ihr Antrieb sondern sind ihr Zweck und ihre Wirkung maßgebend. Hier liegt ein Urteilsmoment eingeschlossen, das heute bei weitem nicht genügend beachtet wird. Veranlaßt oder, wenn man will, verleitet durch den die Tagespresse immer stärker beherrschenden Zug nach dem Sensationellen beurteilt man Vorgänge im Parlament weit über Gebühr mit Rücksicht auf den unmittelbaren Effekt des Tages. Wie sehr es sich da um eine allgemeine, nicht einer einzelnen Partei zur Last zu legenden Tendenz handelt, läßt sich an unzähligen Beispielen nachweisen. Aber während die Presse unserer Partei in früheren Jahren sich von ihr lobenswert frei gehalten hat, ist das heute nicht mehr im gleichen Grad der Fall. Welche Gefahr für das politische Urteil damit verbunden ist, wenn Handlungen, statt nach ihrer allgemeinen und weitergreifenden Wirkung, nach dem Effekt des Moments eingeschätzt werden, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Die geschilderte Tendenz ist von uns auch deshalb zu bekämpfen, weil sie der Ausbildung eines festen Verhältnisses unserer Partei zum Parlamentarismus hemmend in den Weg tritt. Heute ist die Haltung unserer Partei zum Parlamentarismus noch mit Widersprüchen aller Art behaftet. Bei gewissen Konsequenzen der parlamentarischen Arbeit halten wir noch die Traditionen einer Zeit hoch, wo wir den Parlamenten wesentlich als Außenseiter gegenüberstanden, und dann sind es doch wiederum gerade wir, die von allen Parteien am energischsten für das Recht und die Würde der Parlamente eintreten. Sehr eindrucksvoll hat das letztere in der abschließenden Sitzung des hinter uns liegenden Sessionsabschnitts der Genosse Haase getan, als er im Namen unserer Fraktion gegen die unerhört lange Dauer der Parlamentspause Protest einlegte, durch die die Leistungsfähigkeit des Reichstags in dem vor uns liegenden Sessionsteil von vornherein beeinträchtigt wird.³⁾ Aber wenn wir uns so

³⁾ Man könnte sagen, der Reichstag verbrauche übermäßig viel Zeit infolge zu langer Reden. Indes vergessen diejenigen, die das behaupten, daß die eigentliche Arbeit des Reichstags heute nicht im Plenum sondern in den Kommissionen geleistet wird, wo Dauerreden sich von selbst verbieten. Das Plenum fungiert heute fast nur noch als Chorus oder Kommentar zum Werk der Kommissionen, und Redner, die übermäßig viel und lange sprechen, sündigen mehr noch gegen ihre eigenen Fraktionsgenossen als gegen den Reichstag. Das Hauptübel des Reichstags besteht unter diesem Gesichtspunkt in der Vielheit seiner Parteien, von denen jede bei jedem Gegenstand von einiger Bedeutung gehört zu werden beansprucht. Weiterhin ist es der verständliche Wunsch der Wähler von ihren Abgeordneten zu hören oder zu lesen, der einen größeren Andrang zum Rednerpult des Reichstags verursacht, als er sonst sich geltend machen würde. Die wenigsten Wähler wissen daß zwischen Reden im Plenum und Arbeit in den Kommissionen keinerlei quantitatives Verhältnis gegeben ist, und beurteilen das Wirken ihres Abgeordneten nur auf Grund des erstern. Hier ist in der Tat noch viel Erziehungsarbeit zu leisten, die aber erst dann fruchtbar sein wird, wenn wir uns von der weiter oben geschilderten dualistischen Auffassung des Parlamentarismus befreit haben werden.

energisch wie es in dieser Rede der Sache nach und in der am gleichen Tag abgegebenen Erklärung des Genossen Scheidemann über unsere Haltung zur Gewaltpolitik ausdrücklich geschah, auf den Boden der parlamentarischen Arbeit stellen, dann hat es keinen Sinn an Traditionen der Zeit unseres Außenseitertums festzuhalten und Durchbrechungen der parlamentarischen Ordnung auf Grund ihrer zu beurteilen.

Wir geben, wenn wir darauf verzichten, nichts preis, woran der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf materiell gelegen sein kann. Der entwickelte Parlamentarismus steht in keinem grundsätzlichen Gegensatz zur Revolution, wie die Sozialdemokratie dies Wort versteht. Er ist vielmehr, wie man das jetzt wieder in England gesehen hat, die in gesetzliche und zivilisierte Formen gebrachte: anders ausgedrückt, die o r g a n i s c h gestaltete Revolution. Auf seine Verwirklichung hinzuwirken ist die Aufgabe jeder Demokratie, der proletarischen sogar heute noch mehr als der bürgerlichen. Nicht wir, die Reaktionsparteien haben ein Interesse daran den Parlamentarismus zu degradieren.

XX

EDMUND FISCHER · PARTEIJUSTIZ

IN allen Freiheitskämpfen der Völker bildeten die Garantien für die persönliche Freiheit des einzelnen gegen die Willkür der Staatsgewalten, die Sicherungen eines jeden Staatsbürgers vor ungerechtfertigter Anklage und unschuldiger Verurteilung, die Schaffung guter Rechtsnormen die ersten und wichtigsten Forderungen. Denn Tyrannei kann auch in einer Demokratie bestehen, nämlich wenn die persönliche Freiheit des einzelnen nicht genügend gegen Willkür geschützt ist, und sei es die Willkür der Mehrheit. Wo aber Meinungen bestraft, wo wissenschaftliche, politische oder religiöse Anschauungen verfolgt werden, herrscht stets Willkür, Tyrannei, weil man Anschauungen nicht nach Rechtsnormen beurteilen kann sondern nur nach der eigenen Meinung. Keine Anschauung kann ein Recht darstellen, das nicht angetastet werden darf. Die Verfassung eines Landes ist aber nichts anderes als der gesetzliche Niederschlag einer jeweilig herrschenden Meinung. Nur da, wo neben der politischen Gleichberechtigung auch volle Meinungsfreiheit und unbeschränktes Recht der Kritik garantiert sind, ist Willkür, ist Tyrannei ausgeschlossen und dem Fortschritt kein Hindernis in den Weg gelegt. Deshalb lautet Artikel 28 der vom französischen Nationalkonvent im Jahr 1793 beschlossenen *Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers*: »Ein Volk hat jederzeit das Recht seine Verfassung durchzusehen, zu reformieren und zu ändern; ein Geschlecht kann die künftigen Geschlechter nicht an seine Gesetze binden.« Deshalb heißt es in den von der deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung im Jahr 1849 beschlossenen Grundrechten des deutschen Volkes in Artikel 4: »Jeder Deutsche hat das Recht durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.« In Artikel 5: »Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.« In Artikel 6: »Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.«

Welchen Wert haben aber solche geschriebenen Rechtsgarantien? Zu keiner Zeit in der ganzen Geschichte der Menschheit ist die persönliche Freiheit so gering gewesen, ist die Meinungsfreiheit so unterdrückt worden, wurde das Recht so mit Füßen getreten, war die Tyrannei größer als unter der französi-

schen Verfassung von 1793, deren erster Teil die Erklärung der Menschenrechte enthält. Und heute garantieren die geschriebenen Verfassungen der meisten modernen Staaten seit Jahrzehnten schon die Freiheit der Wissenschaft und der politischen Meinung, Strafprozeßordnungen und Strafgesetze schützen vor der Willkür der Justiz: Aber sind diese Freiheiten und Rechtsgarantien auch in allen diesen Ländern tatsächlich vorhanden? Durchaus nicht. Die geschriebenen Gesetze allein, auch wenn sie die denkbar besten sind, bedeuten also noch keine Freiheit und keinen Rechtsschutz. Freiheit und Recht gehen von den lebendigen Menschen aus, und nicht von den toten Buchstaben der Gesetze. Denn jedes geschriebene Recht ist dehnbar, der Auslegung fähig und muß es auch sein. Der Geist ist das Entscheidende, nicht der Wortlaut. Die Freiheit der Wissenschaft, des politischen und religiösen Bekenntnisses besteht daher auch nur da, wo den Menschen die wissenschaftliche, politische und religiöse Toleranz zu Fleisch und Blut geworden ist. Und nur wo dies der Fall ist, kann auch eine Klassen- oder Parteijustiz nicht aufkommen. Die Richter in England entstammen fast alle den besitzenden Klassen, und dennoch ist wenig von einer Parteijustiz oder Klassenjustiz in England wahrzunehmen. Wenn heute in Deutschland die Wahl der Richter und die volle Selbstverwaltung der Rechtsprechung eingeführt würde, wäre die Parteijustiz trotzdem noch nicht überwunden. Die Erklärung dieser Tatsache ist nicht schwer zu finden.

Das Streben nach einem Zustand der vollkommenen politischen, wissenschaftlichen und religiösen Freiheit und nach einer Rechtsprechung, die von politischen Parteileidenschaften oder sozialen Vorurteilen unbeeinflußt ist, darf sich deshalb nicht damit begnügen die Gesetze ändern zu wollen sondern muß auch die Menschen zur Freiheit, das heißt zur Toleranz und Gerechtigkeit erziehen. Das heißt also, die sozialistische Bewegung muß die Toleranz und das Rechtsempfinden entwickeln, auf die sich die Freiheit und Gerechtigkeit der Zukunft aufbauen können. Die Sozialdemokratie macht ja auch Anspruch darauf mehr zu sein als nur eine politische Partei, sie nennt sich mit Stolz eine Kulturbewegung, und sie will eine neue Welt aufbauen: eine Welt der Gleichheit, der Liebe, der Gerechtigkeit und Freiheit. Die sittlichen Ideale der Gleichheit, Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit sind mehr als nur *metaphysische Begriffe*, als Zielpunkte einer Bewegung haben sie einen festen, greifbaren Sinn. Aber ihre Realisierung vollzieht sich nicht lediglich durch wirtschaftliche, soziale und politische Einrichtungen sondern erst dann, wenn sie auch zu menschlichen Eigenschaften geworden sind. Die Sozialdemokratie kann keine Freiheit der Person, keine Freiheit der Wissenschaft, des Forschens, der Meinung, keine Gerechtigkeit, keine Gleichheit erzielen, wenn sie diese Ideale nicht selbst realisiert: sie zum Sittengesetz der Partei macht, das zu Fleisch und Blut eines jeden Genossen geworden ist.

Auch von dieser Seite ist der Fall des Genossen Hildebrand zu beurteilen. Das Parteigericht in Solingen hat ein angeklagtes Parteimitglied zur Ausstoßung aus der Gemeinschaft verurteilt, weil es in einem wissenschaftlichen Werk zu Schlüssen gekommen war, die mit dem theoretischen Teil des Parteiprogramms (einer andern wissenschaftlichen Auffassung!) nicht übereinstimmen, und der Angeklagte selbst zugegeben hat, daß er die »sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Fragen betrachtet wissen will«, er also der Meinung ist, auch die marxistische Theorie

sei keine ewige Wahrheit. Der *Vorwärts* empfindet selbst, wie ungeheuerlich es ist, daß ein sozialistisches Gericht einen Angeklagten wegen einer wissenschaftlichen Forschung verdammt, und er will dem Urteil eine andere Erklärung geben. Wenn Hildebrand nur Kritik an unserer Theorie geübt hätte, schreibt er am 9. Mai dieses Jahres, so wäre mit Gegenkritik geantwortet worden, und niemand hätte einen Ausschluß für notwendig gehalten. Hildebrand habe aber aus seinen theoretischen Untersuchungen sofort die praktisch-politischen Konsequenzen gezogen. Er sei ein Gegner des Freihandels und befürworte den Schutzzoll, er lehne die Milizforderung ab, sei gegen die Ablehnung der Kolonialpolitik und des Imperialismus und gehe so weit die Forderung der bedingungslosen Erhaltung des Weltfriedens als zu weitgehend zu bezeichnen. Die Genossen Heine, Kampffmeyer und Schröder haben bereits nachgewiesen, daß mit dieser Rechtfertigung das Solinger Urteil nicht besser wird.¹⁾ Es steht fest: Genosse Hildebrand hat sich allen Gesetzen der Partei gefügt; er hat gegen keine Beschlüsse verstoßen, wie etwa die Leipziger Genossen, die entgegen einem Beschluß sich vor etlichen Jahren nicht an den Landtagswahlen beteiligten und so eine wichtige Aktion der Partei zunichte machten; er hat keiner aktuellen Parteiaktion entgegengewirkt und nicht die Partei absichtlich geschädigt. Er hat nur über bestimmte Fragen abweichende Meinungen vertreten, wie es zahlreiche andere Genossen auch machen. Die Zahl der Sozialdemokraten, die den *Freihandel* verwerfen, weil sie überzeugt sind, daß er unter den heutigen Verhältnissen den deutschen Arbeitern Schaden brächte, ist gar nicht gering. Über keine Forderung unseres Programms gehen die Meinungen so weit auseinander wie über die Milizforderung. Für eine Kolonialpolitik sind viele Sozialdemokraten auf Kongressen und auch in Parlamenten eingetreten. Von Heine, Kampffmeyer und Schröder ist ja auch bereits gezeigt worden, daß die Partei den wissenschaftlichen Boden verlassen, zur Kirche werden würde, verknöchern und verfallen müsste, wenn sie solche abweichenden Meinungen nicht gestatten, die Weiterentwicklung somit verhindern wolle. Daran ist nun aber auch nichts zu ändern, und es wird gar nicht bestritten, daß Hildebrand nur ausgeschlossen worden ist, weil er zu abweichenden Anschauungen gekommen ist. Das Urteil des sozialistischen Gerichts von Solingen sagt nicht einmal, daß Hildebrand etwa zu weit gegangen wäre, es will nicht etwa eine Grenze festsetzen (was natürlich ganz unmöglich ist), wie weit die Meinungsfreiheit in der Partei gehen darf, es verlangt einfach volle Anerkennung des wissenschaftlichen Teils des Programms, will also in jeder Abweichung von der herrschenden Theorie einen Grund zum Ausschluß sehen. Die sozialistischen Richter konnten zu ihrem Urteil auch nur durch die Auslegung einer Gesetzesbestimmung gelangen, mit der man jede Freiheit der Wissenschaft unmöglich machen, mit der man jedes Mitglied unserer Gemeinschaft ausstoßen kann, das es wagt an ewige Wahrheiten nicht zu glauben oder an der Fortentwicklung unserer Partei zu arbeiten. Und in dieser Auslegung eines Parteigesetzes kommt der Geist zum Ausdruck, von dem die sozialistischen Richter beherrscht werden, zeigt sich, wie weit sie von der Achtung vor der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit der Meinung durchdrungen sind, wie weit ihr Freiheitsempfinden geht, wie hoch ihr Gerechtigkeitssinn entwickelt ist.

¹⁾ Siehe Heine *Autodafé*, Kampffmeyer *Meinungsfreiheit innerhalb der Partei* und Schröder *Ein schwankender Boden in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 531 ff., und in diesem Band, pag. 599 ff. und 605 ff.

Im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei heißt es: »Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms . . . schuldig macht.« Auf Grund dieser Bestimmung hat das Solinger Gericht sein Urteil gefällt. Was ein »grober Verstoß gegen die Grundsätze« ist, kann natürlich nur von Fall zu Fall entschieden werden. Aber es ist doch auch klar, welche Fälle der Gesetzgeber im Auge hatte, als er obige Bestimmung festlegte. Wenn ein sozialdemokratisches Parlamentsmitglied gegen ein gleiches und für ein Klassenwahlrecht stimmt und dergleichen, dann verstößt es in grober Weise gegen die Grundsätze der Partei. Die Solinger Richter jedoch sind davon überzeugt, daß auch die Vertretung abweichender Anschauungen als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms zu betrachten und nach § 23 des Organisationsstatuts mit Ausschluß des Verbrechers aus der Partei zu ahnden sei. Auch das Zentralorgan der Partei findet das ganz selbstverständlich. In diesem Geist, aus dem heraus das Solinger Urteil entstanden ist, sehe ich eine Gefahr nicht nur für die Partei sondern auch für die politische Entwicklung im allgemeinen. Wenn der Parteitag das Solinger Urteil bestätigen würde, wäre jede Äußerung einer abweichenden Meinung in der Partei ein todeswürdiges Verbrechen. Auf Grund der Solinger Entscheidung müßten eigentlich alle Revisionisten, die meisten süddeutschen Genossen, aber auch sehr viele *Radikale* aus der Partei ausgeschlossen werden, weil sie Anschauungen vertreten, die einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms darstellen. Jeder, der es wagt einen Programmpunkt zu kritisieren, würde in den Augen der Genossen als ein Abtrünniger erscheinen, mit dem es eine Gemeinsamkeit nicht mehr geben kann. Der Geist de: Unduldsamkeit, der Intoleranz würde den Massen unserer Anhänger eingepfht werden: den Sozialisten, die das Reich der Gleichheit, der Liebe, der Gerechtigkeit, der Freiheit und Schönheit aufbauen sollen, den *Zukunftsmenschen*, unter denen die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit der Meinung endlich zur vollen Wirklichkeit werden, eine Parteijustiz unmöglich sein soll. Glaubt man wirklich, durch eine Erziehung in diesem Geist, der aus dem Solinger Urteil spricht, zur Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit kommen zu können?

Nun wird immer wieder mit stereotyper Banalität eingewendet, eine Partei und eine Gesellschaft (*Staatswesen*) seien zwei ganz verschiedene Dinge. Eine Partei sei eine Gemeinschaft Gleichgesinnter, die sich freiwillig zu einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Vorgehen zusammenfänden, und es sei ganz selbstverständlich, daß derjenige, der nicht mehr den Grundanschauungen huldige, die die Vorbedingung der Gemeinschaft bildeten, ausscheide; wenn er das nicht tue, so müsse er entfernt werden. Denn das sei ja das Wesen der Partei, daß sie eine ganz bestimmte Anschauung und keine andere vertrete. Eine Meinungsfreiheit könne es deshalb in einer Partei überhaupt nicht geben. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staatswesen beruhe dagegen nicht auf einem freien Willen und habe auch nicht den Zweck, der mit der Zugehörigkeit zu einer Partei erzielt werden soll. Ein Staatswesen umfasse alle Parteirichtungen und müsse deshalb volle Meinungsfreiheit gewähren. Der lächerlich schematische Gehalt dieser in jedem Betracht unlogischen und ideenlosen Argumentation hat in diesen Blättern leider schon mehrfach beleuchtet werden müssen; zuletzt hat das noch Genosse Heine mit kurzen, aber jene Gedankenfülle ganz erschöpfenden Worten getan. Die konstante Wiederholung der

selben Sätze, die unbekümmert um jede Widerlegung fortgesetzt wird, zwingt auch mich noch darauf einzugehen. Wie liegt die Sache?

Zunächst will die Sozialdemokratie ja mehr sein als nur eine politische Partei, wie es die bürgerlichen Parteien sind. Sie behauptet auch von sich allein die Trägerin des Freiheitsgedankens zu sein und sich in ihrem ganzen Wesen von allen anderen Parteien zu unterscheiden. Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie beruht ferner heute bereits nicht mehr allgemein auf Freiwilligkeit. Der moderne Arbeiter erwacht heute zum Leben als Mitglied einer gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisation, wie der Handwerker des Mittelalters als Mitglied einer autonomen Stadtgemeinde und einer Gilde. Es ist keine Freiwilligkeit und kann es auch nicht sein, daß der Arbeiter seiner Gewerkschaft beitritt. Die Gewerkschaft, die unter unzähligen großen Opfern ihrer Mitglieder einen kurzen Arbeitstag, einen bestimmten Lohn und sonstige bessere Arbeitsverhältnisse erkämpft hat, muß von allen Arbeitern ohne Ausnahme verlangen, daß sie sich der Gemeinschaft anschließen, zu den Kosten beitragen, wenn sie von der Tafel essen wollen, die ihnen die Gewerkschaft gedeckt hat, wenn sie der Einrichtungen teilhaftig werden wollen, die ihnen die Gewerkschaft garantiert, ihnen aber auch nur sichern kann, wenn ihr die Mittel dazu gegeben werden. Von dem gleichen Standpunkt gehen ja auch die Unternehmer bei der Ringbildung aus. Und die Entwicklung der Tarifverträge macht den Organisationszwang immer notwendiger. Betonen aber nicht gerade die Radikalen unaufhörlich, Gewerkschaft und Sozialdemokratie müssen eins sein? Auch der Beitritt der Arbeiter zur politischen Organisation ist keine Freiwilligkeit mehr. Wer einer Gewerkschaft oder einer Genossenschaft angehört oder in einem Betrieb arbeitet, in dem die meisten Kollegen der politischen Organisation angehören, kann nicht mehr leicht dieser fernbleiben. Weil er zur Arbeiterklasse gehöre, wird vom Arbeiter der Beitritt zur Sozialdemokratie gefordert, die als die Partei seiner Klasse, als seine Partei ohne weiteres erklärt wird. Gehören und erzogen von sozialdemokratischen Eltern, zusammenarbeitend mit Sozialdemokraten, tritt der junge Arbeiter ebenso als Mitglied der Sozialdemokratie ins Leben wie als Zugehöriger der Gesellschaft, der Nation. Und wird ein solcher Arbeiter aus der Partei ausgeschlossen, dann wird er aus der Gemeinschaft der Menschen ausgestoßen, mit denen zusammen er arbeiten und leben muß. Sein Ausschluß aus der Partei kann die Vernichtung seiner Existenz oder seiner Lebensfreude oder beides bedeuten.

Nicht viel anders aber ist es auch mit jenen, die ganz freiwillig, auf Grund ihrer Ideale, ihrer sozialistischen Überzeugung zur Partei kommen. Weil sie Sozialisten sind, können sie nicht außerhalb der Partei wirken, müssen sie der Partei angehören, wenn sie für ihre Ideale, für ihre Überzeugung eintreten wollen. Der Ausschluß aus der Partei bedeutet die Vernichtung ihres geistigen Daseins. Es ist für die meisten eher möglich den Staub von den Schuhen zu schütteln und das Vaterland zu verlassen als die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist eben keine Sekte mehr. Mit den Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen und unzähligen anderen Verbindungen bildet sie einen Staat im Staate: die werdende neue Gesellschaft, die sich in die alte hineinschiebt, vorwärts, aufwärts strebend, bis sie selbst die Gesellschaft geworden ist. Sie muß daher auch die Trägerin des zukünftigen Gesellschafts-

lebens sein, in allen ihren Einrichtungen, die sie schafft, und sie muß ihre Anhänger mit dem Geiste der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erfüllen, ohne den es keine Freiheit, keine Gleichheit und keine Gerechtigkeit gibt, wie man sich die Verwirklichung dieser sittlichen Ideale auch vorstellen mag. Was die Sozialdemokratie lediglich von ihren Mitgliedern verlangen kann und verlangen muß, ist nur etwas, ohne das auch das freieste Staatswesen nicht bestehen kann: die Befolgung der selbstgegebenen Gesetze, der Beschlüsse, also auch die Teilnahme an den beschlossenen Aktionen. Nur so ist eine freie Entwicklung, ist der Fortschritt möglich, nur so kommen wir zu einer Gesellschaft, in der die Freiheit und die Gerechtigkeit keine leeren Worte sind.

XX GERHARD HILDEBRAND · DIE ENTFALTUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE ALS ANGELPUNKT SOZIAL- DEMOKRATISCHER POLITIK



ROSSE Ideen erhalten ihren stärksten Glanz gewöhnlich durch dialektische Formulierung (womit nicht gesagt ist, daß dialektische Spitzfindigkeit immer große Ideen gebiert). Aber die suggestive Kraft dialektischer Formulierungen kann zu einer Gefahr für die Weiterentwicklung des menschlichen Geistes werden. Sie berauscht die Fanatiker, besticht die Unwissenden und züchtet Doktrinäre: scheinwissenschaftliche Simplizissimi eines bequemen Dogmenglaubens. Das Sein und Werden der Natur hat mit Dialektik nichts zu tun, die nur Mittel der Forschung und Mittel der Darstellung ist, also etwas durchaus Subjektives. Auch in der menschlichen Geschichte gibt es nur Ansätze zu dialektischer Entwicklung: Ansätze, die wie die subjektive Dialektik selbst (sofern sie nicht Kunstform ist) genau genommen aus der Unvollkommenheit der menschlichen Vernunft stammen, aus der Schwerfälligkeit des Begreifens und des Wollens, aus den vom Trägheitsgesetz erzwungenen Pendelschwingungen der Interessenrichtung.

Das sittliche (meinetwegen: das energetische) Ideal ist die Entwicklung in gerader Linie, nicht die Entwicklung in Gegensätzen. Eine politische Partei, die grundsätzlich nur die Möglichkeit der Entwicklung in Gegensätzen anerkennt (seien es nationale seien es Klassengegensätze), würde damit grundsätzlich den Gedanken einer allumfassenden, sittlich und intellektuell einheitlichen menschlichen Vernunft aufgeben. Selbst wenn ihr die Praxis, bei dem noch sehr geringen Entwicklungsgrad dieser Vernunft, in 99 von 100 Fällen recht geben sollte (das Verhältnis liegt aber vielleicht doch schon etwas günstiger), dürfte sie die Dialektik nicht zur Grundlage ihrer Überzeugungen machen: denn sie lüde damit die Gefahr, vielleicht die Schuld auf sich den 100. Fall, der entwickelungsgeschichtlich der wertvollste ist, fahrlässig zu verpassen oder böswillig zu zerstören. Sie kann nur sagen: Wir rüsten uns auf alle Fälle, in denen das Trägheitsgesetz auf der andern Seite die Vernunft gefangen hält. Aber sie darf nicht behaupten, daß die Vernunft auf der andern Seite vom Trägheitsgesetz nie loskommen werde, denn diese Behauptung bedeutet die Unterwerfung der eigenen Vernunft unter das Trägheitsgesetz.

Es sind also ebensowenig wissenschaftliche wie ethische Gründe, die uns verhindern sollen die bloße Denk- und Darstellungsform der Dialektik zur Grund-

lage unserer Überzeugungen werden zu lassen. Wissenschaftliche, weil der dialektische Prozeß entwicklungsgeschichtlich als Übergangerscheinung angesehen werden kann; ethische, weil ein allumfassendes Gesittungsideal ohne den Willen ihn zu einer Übergangerscheinung zu machen nicht möglich ist (denn ein Humanitätsideal), das erst vom Tag nach der sozialen Revolution ab gilt, ist purer Selbstbetrug).

So hat denn ja auch nicht einmal Marx selber, zwar nicht der Vater, aber doch der klassische Vertreter der Klassenkampfdialektik, sie als absolut reine geschichtliche Bewegungsform angesehen. Schon im *Kommunistischen Manifest* spricht er von dem bevorstehenden Übergang eines Teils der Bourgeoisie zum Proletariat, und im Vorwort zur 1. Auflage des *Kapitals* steht seit 55 Jahren unwegdisputierbar geschrieben, daß den jetzt herrschenden Klassen, von höheren Motiven abgesehen, ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse gebiete, die die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Und Lassalle, dem niemand Neigung zu dialektischer Geschichtsauffassung und Fähigkeit zu dialektischer Formulierung absprechen wird, verlangt im *Arbeiterlesebuch*, daß die Bourgeoisie selbst und freiwillig ihre Intelligenz und Einsicht dazu hergeben müsse die Fesseln von den Füßen der Arbeiter zu feilen. Er weist es als Mißverständnis zurück, daß er eine abgesonderte Bewegung mit dem bloßen Arbeiterstand machen wolle. Das sei ihm nicht eingefallen. Das Banner, das er erhoben, sei das demokratische Banner überhaupt. Es gäbe sehr tüchtige, sehr kräftige Elemente in der Bourgeoisie, die alle zu der neuen Bewegung halten würden und müßten. Er habe doch nichts gegen die Glieder eines Standes, dem er selbst angehöre. Er erhebe sich nur gegen die schläfrige und matte Bewegung, die die Bourgeoisie als Klasse betreibe und als Klasse allein betreiben könne. Also Lassalle macht der Bourgeoisie ihre Isolierung als Klasse geradezu zum Vorwurf und will im Gegensatz dazu das Banner der sich über die Klasseninteressen erhebenden Demokratie entfalten. Er will keine Dialektik des Klassenkampfes sondern eine Dialektik verschiedener politischer Prinzipien: dort Sonderinteresse, hier Gemeininteresse. Sobald ihr euch als Klasse konstituiert, könnt ihr nicht anders als Klassenpolitik betreiben; wir aber konstituieren uns als Demokratie, denn wir wollen nicht Klassenpolitik sondern Volkspolitik, Kulturpolitik. Gleichviel, ob diese Beweisführung der wirklichen Überzeugung Lassalles entsprach (in einem tiefern Sinne war das zweifellos der Fall) oder nur die dialektische Umkehrung fortschrittlicher Vorwürfe beabsichtigte, sicher ist Lassalle noch weiter als Marx davon entfernt gewesen an eine bedingungslos jede Teilverständigung ausschließende Zuspitzung der Klassengegensätze zu glauben: denn auch im stärksten Mühen um die Weckung des politischen Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse hat er die Brücken zu allen nicht gerade rabiat fortschrittlich gesinnten Elementen nie vollständig abgebrochen. Er war eben nie bloßer Agitator sondern immer auch Politiker.

Trotz solcher Anknüpfungspunkte an Marx und Lassalle läßt sich nicht leugnen, daß die doktrinäre Geschichtsdialektik viel stärkere Möglichkeiten der Berufung auf die beiden besitzt. Sie sind nun einmal nächst Hegel die geschichtlichen Repräsentanten der Übertragung einer subjektiven Denk- und Darstellungsform auf den objektiven Geschichtsprozeß selber, und es bleibt nur übrig zu sagen, daß diese ihre geschichtliche Stellung, kraft deren sie Bahnbrecher des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse geworden sind, schließlich

die geistige Loslösung der Arbeiterklasse von ihren spezifischen Einseitigkeiten notwendig macht. Die Geschichtsdiagnostik als Grundlage der politischen Überzeugungen in einer Massenbewegung muß den Geschichtsprozeß selber schließlich dialektisch beeinflussen, das heißt, sie muß die unvermeidlichen Zickzacklinien der Entwicklung um vermeidbare Stücke verlängern, die vom Trägheitsgesetz hervorgerufenen Pendelschwingungen durch willentlich hervorgerufene vergrößern, die Verwirklichung des sittlichen (oder nochmals: energetischen) Ideals der geraden Linie unnötig hinausschieben. Es gilt also wohl oder übel eine neue Grundlage der Überzeugungen aufzusuchen: eine Grundlage, die nichts an proletarischem Selbstbewußtsein zerstört und nichts an Kampfbereitschaft preisgibt, die aber gleichzeitig breit genug ist, um auch anderen Möglichkeiten der Entwicklung Spielraum und Triebkraft zu geben. Eine solche neue Grundlage ist die Wissenschaft von der Entfaltung der Produktivkräfte und der Wille zur Entfaltung der Produktivkräfte. Es ist der Boden, auf dem die marxistische Dialektik begonnen hat den Tatsachen unwissenschaftliche und dem Humanitätsideal unsittliche Gewalt anzutun. Auf diesen Boden müssen wir von den Irrwegen marxistischer Einseitigkeiten zurückkehren, auf ihm ein neues System der Politik errichten, das den wirklichen Tatsachen, den wirklichen Entwicklungstendenzen und nicht zuletzt den Verwirklichungsbedingungen eines allumfassend-einheitlichen Menschheitsideals besser gerecht wird.

Von der beherrschenden Idee des Klassenkampfes zu der beherrschenden Idee der Entfaltung der Produktivkräfte zurückkehren heißt also nicht den Klassenkampf aufgeben oder abschwächen, wo er notwendig ist. Es heißt eben nur den Klassenkampf vermeiden, wo er nicht notwendig ist. Dies zu wünschen ist sicher keine Sünde wider den heiligen Geist des Sozialismus. Ebenso wenig ist es eine Verhöhnung des Klassenkampfes, wie mir ein Genosse im ersten Ausschließungseifer 1911 öffentlich vorwarf, der mir für meinen Anteil an seinem Sieg im Reichstagswahlkampf 1907 öffentlich gedankt hatte.

Aber was bedeutet Entfaltung der Produktivkräfte: formal, inhaltlich, geschichtlich, sittlich, politisch?

Unter Produktivkräften sind ausnahmslos alle schöpferischen menschlichen Kräfte samt allen ihren technischen Hilfsmitteln und samt ihrer Organisation im ganzen wie im einzelnen zu verstehen. Friedrich List hat den Ausdruck *produktive Kräfte* in diesem Sinn gebraucht, und daß Karl Marx unter den Produktivkräften nicht nur die ökonomisch-technischen im engeren Sinn versteht, geht schon aus dem *Kommunistischen Manifest* hervor, wo die Produktivitätssteigerung und die kosmopolitische Gestaltung »wie in der materiellen so auch in der geistigen Produktion« erörtert, der bevorstehende Übergang der geistigen Arbeiter ins Lager des Proletariats aus dem Verwertungsbedürfnis ihrer überschüssigen Schaffenskräfte heraus in Aussicht gestellt wird. Entfaltung der Produktivkräfte ist also etwas ebenso Umfassendes wie (zum dritten und letztenmal) etwa die Energetik Wilhelm Ostwalds.

Die Utopisten sind immer von einer andern Seite her an die Sache herangegangen: vom Glücksbedürfnis aus. Bessere Verteilung ermöglicht ein allgemeineres Glück, das war stets der Satz, in dem ihre Wünsche, ihre Forderungen, ihre Beweise gipfelten. Das *größte Glück der größten Zahl*. Eine agitatorisch sehr schätzenswerte Zuspitzung, die aber dem wissenschaftlich

orientierten Sozialismus immer nur Nebenprodukt gewesen ist. Das Glückstreben (nach K. Kautsky der Wille zum Leben, der Wille besser zu leben), die Bedürfnissteigerung, führt nicht unmittelbar zur besten Organisation der Gesellschaft, vom Standpunkt des Strebens nach dem größten Glück der größten Zahl aus gesehen, sondern zur Entfesselung der Produktivkräfte, und die Produktivkräfte zwingen die ihrem Entwicklungsgrad entsprechende Organisation der Gesellschaft auf. Geraten die Produktivkräfte mit den *Produktionsverhältnissen*, mit der Eigentumsordnung, mit der Rechtsordnung, mit der bestehenden Organisation der Gesellschaft in Konflikt, dann treiben sie zu ihrer Veränderung, Sprengung, Umwälzung. Es kommt hier nicht darauf an, ob die Produktivkräfte dabei immer die stärkere Potenz sind, wie Marx anzunehmen scheint. Es genügt uns, daß Marx die Entfaltung der Produktivkräfte als den Inhalt der Menschheitsgeschichte ansieht, soweit sie überhaupt für seine Untersuchung in Betracht kommt. Um überhaupt vom Marxschen Standpunkt aus den Begriff *Geschichte* anwenden zu können, muß eine Entwicklung, und zwar in erster Linie eine Entwicklung der Produktivkräfte vorhanden sein; denn diese begreift die Geschichte im Marxschen Sinn als grundlegend wesentliches Merkmal in sich.

Mit dieser Feststellung ist ein durchaus tragfähiger gemeinsamer Boden gewonnen. Was uns in erster Linie interessiert, ist, ob und daß eine Entwicklung der Produktivkräfte stattfindet. Denn die Entwicklung der Produktivkräfte ist die Voraussetzung alles Weitern, einschließlich des größten Glücks der größten Zahl, einschließlich also auch des utopisch-sozialistischen Ideals. Aber die Gemeinschaft der Auffassungen geht noch weiter. Sie ist auch darin vorhanden, daß nicht auf jeder Stufe der Produktivitätsentwicklung der Produktionsertrag sich gleichmäßig (natürlich nicht im Sinn der mechanischen Gleichmäßigkeit sondern im Sinn der Leistungsäquivalenz) auf die Produzenten verteilt, daß es vielmehr, der jeweils vom Entwicklungsstand der Produktivität abhängigen Organisation der Gesellschaft entsprechend, begünstigte und benachteiligte Klassen gibt, deren Scheidung von einander in erster Linie auf der durch die Rechtsordnung gestützten Eigentumsordnung beruht. Die Produktivkräfte erzwingen sich bestimmte Produktionsverhältnisse, das heißt eben bestimmte Machtverhältnisse, die sich in Rechts- und Eigentumsordnung den adäquaten Ausdruck schaffen. Endlich ist auch darin noch ein Gemeinsames vorhanden: daß sich aus diesen vom Entwicklungsgrad der Produktivkräfte abhängigen Produktionsverhältnissen (Klassenschichtung, Machtverteilung, Rechtsordnung, Eigentumsordnung) Klassengegensätze und Klassenkämpfe ergeben, in denen die jeweils begünstigten Klassen mit den jeweils benachteiligten ihr Kräfteverhältnis entsprechend den tatsächlichen Produktionsbedingungen ausbalancieren, und wobei jede Verschiebung der Produktionsbedingungen auch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses (und damit des Machtverhältnisses) nach sich zieht.

Dies alles ist wichtig festzustellen, denn es geht daraus die Gemeinsamkeit der Überzeugung hervor, daß die Organisation der Gesellschaft kein willkürlich vollziehbarer Akt sondern an objektive Bedingungen gebunden ist, und daß bei Veränderungen in der Organisation der Gesellschaft allerdings Klassenkämpfe eine wesentliche Rolle spielen.

Von hier an aber, das muß mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden, da

hilft kein Vertuschen und kein Bemänteln, von hier an scheiden sich die Geister. Marx ist auf Grund seiner Einsichten in den ökonomischen Prozeß zu der Auffassung gelangt, daß die Entwicklung der Produktivkräfte bereits an einen Punkt gekommen sei, wo die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, also die bürgerliche Rechts- und Eigentumsordnung, in ihrer Gesamtheit mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte in unlöslichem Widerspruch stehen, und wo deshalb nur eine völlige Umänderung der gesellschaftlichen Ordnung die Fortentwicklung der Produktivkräfte ermöglichen könne, ja, wo die rastlose Fortentwicklung der Produktivkräfte selber eine solche völlige Umänderung der Produktionsverhältnisse, also der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung erzwingen. Marx stellt auf Grund seiner Geschichtsdialektik der bürgerlichen die proletarische, der kapitalistischen die kommunistische Rechts- und Eigentumsordnung gegenüber, und er stellt beide in einen ausschließenden Gegensatz zu einander, so daß die eine notwendig die andere völlig verdrängen muß, da wesentliche Eigentümlichkeiten beider auch in einem Übergangsstadium neben einander nicht bestehen können. Und zwar ist die Geschichtsdialektik in diesem Fall nicht etwa nur subjektives Mittel der Darstellung sondern, wie noch die Schlußsätze der Vorrede zur 2. Auflage des 1. Bandes des *Kapitals* beweisen, von Marx behauptete Objektivität der unmittelbar bevorstehenden Entwicklung selbst. Daraus ergibt sich für die Marxisten eine höchst einfache Lösung der Frage, wie das Proletariat sich zu den sachlichen Problemen und Aufgaben der Produktivitätsentwicklung zu stellen habe: Es hat lediglich seine eigene Leistungsfähigkeit als Klasse zu steigern, um für die baldige Ablösung der Kapitalistenklasse von der Herrschaft und der kapitalistischen durch die kommunistische Produktionsweise gerüstet zu sein. Es hat aber keinerlei aktives Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte in ihrer spezifisch kapitalistischen Form zu nehmen, es sei denn als gelegentliche Hilfstuppe der Kapitalistenklasse im Kampf mit den selbst ihr gegenüber noch *reaktionären* Klassen der Feudalaristokratie und des Zunftbürgertums. Es hat vor allem nicht die geringste Veranlassung irgend welche Verantwortlichkeit für die und in der bürgerlichen Gesellschaft zu übernehmen; denn sobald es in den Besitz der Macht kommt, wird es auch in der Lage sein die kapitalistische Produktionsweise vollständig durch die kommunistische, die kapitalistische Rechts- und Eigentumsordnung vollständig durch die kommunistische abzulösen und zu verdrängen.

Dieser in sich einheitliche Gedankengang einer objektiven Geschichtsdialektik ist auch in das Erfurter Programm übergegangen und bestimmt heute noch den *Radikalismus* der Marxepigonen. Mit bloßen Abschwächungen ist diesem Gedankengang gegenüber noch nichts Entscheidendes gewonnen. So hoch die Verdienste einer langjährigen kritischen Geduldsarbeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie anzuschlagen sind, die Verhältnisse drängen unaufhaltsam zur Neuformulierung eines positiven reformsozialistischen Gedankengangs. Denn nur durch positive Formulierung kann dem in der Abwehr der *Ketzer* und in der Massenagitation einheitlichen *Radikalismus* der Marxepigonen ein gleich kompaktes und in der Agitation gleichwertiges Gegengewicht geboten werden, nur durch positive Formulierung sind die Unterschiede klar genug herauszuarbeiten, die Halben und Schwankenden zu wirklicher theoretischer Vertiefung, Neuorientierung und Entscheidung zu zwingen.

Der neue positive Gedankengang muß an der Stelle einsetzen, wo die alte

Marxsche Formulierung durch die Tatsachenentwicklung entkräftet ist: Die Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus erfolgt nicht mit dialektischer Vehemenz und nicht mit ausschließender Allgemeingültigkeit. Wie immer man über die Möglichkeit von Bergwerksverstaatlichung und Bankenverstaatlichung denken mag: auch diese beiden würden noch nicht ausreichen, um aus der kapitalistischen eine kommunistische Produktionsweise nebst Rechts- und Eigentumsordnung zu machen. Und im übrigen ist weder die Vermögenskonzentration noch die Betriebskonzentration bisher in einem Grad fortgeschritten, der von der Überführung der großen Vermögen und Betriebe in das öffentliche Eigentum eine Produktivitätssteigerung erwarten läßt, wenn man einmal von den technischen und wirtschaftlichen Übergangsschwierigkeiten ganz absieht. Im Gegenteil, die ständig außerordentlich große Zahl von Neugründungen und Betriebserweiterungen sowie der andauernd niedrige Kursstand der Anlagepapiere mit geringem Zinsfuß beweisen, daß von ernstlichen Hemmungen der Produktivitätssteigerung (von den üblichen Krisenunterbrechungen abgesehen) im entferntesten nicht die Rede sein kann. Auch die Hoffnung, die man in sozialistischen Kreisen vielfach auf den Aufschwung der privatgesellschaftlichen und genossenschaftlichen Betriebsform gesetzt hat, ist bisher nicht erfüllt worden. Eine einfache Übersicht über die Verteilung der in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen muß manche in dieser Hinsicht gehegte Illusionen zerstören. Man sehe die folgende Zusammenstellung der in den gewerblichen Betrieben des Deutschen Reichs Tätigen:

Anzahl der beschäftigten Personen	1895	1907
insgesamt	8554918	12913586
davon in Betrieben von		
Einzelinhabern	5723221	7467563
mehreren Teilhabern	1475081	2147452
Aktiengesellschaften	801143	1758457
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	66055	533050
Bergrechtlichen Gewerkschaften	132104	229993
Kommanditgesellschaften	90155	129907
Kommanditgesellschaften auf Aktien	42945	47825
Eingetragenen Genossenschaften	17952	47800
Vereinen	11208	28160

Man sieht, daß die Betriebe von Einzelhabern und mehreren Teilhabern noch weit davon entfernt sind vor den Gesellschaftsbetrieben die Segel zu streichen, selbst wenn man zu diesen die ganz geschlossenen (Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften) voll hinzurechnet. Allerdings haben die vom Reich, den Bundesstaaten, den Gemeinden usw. geführten Betriebe (von Post und Eisenbahn ganz abgesehen) ihre Personenzahl sehr bedeutend, von 188 612 auf 572 830, gesteigert; aber auch zu den Betrieben von Einzelhabern würden noch fast $1\frac{1}{2}$ Millionen Alleinbetriebe (ohne fremde Arbeitskräfte) und das Gros der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrer Personenzahl hinzuzurechnen sein, so daß sich trotz aller tatsächlichen Verschiebungen, deren entwicklungsgeschichtliche Bedeutung nicht geleugnet werden soll, bei weitem noch kein Überwiegen der Gesellschafts- und öffentlichen Betriebe herauskonstruieren läßt.

Ein entsprechendes Ergebnis zeigt die Übersicht über die Vermögensverteilung, wie sie die preußische Ergänzungssteuer ermöglicht. Die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen ist absolut stark gestiegen, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung fast ununterbrochen gleich geblieben. Über ihre Verteilung auf die einzelnen Vermögensklassen orientiert folgende Zusammenstellung, die sowohl die Anzahl der Zensiten wie ihren Steuerbetrag im Verhältnis zur Gesamtzahl und zum gesamten Steuerbetrag darstellt:

Vermögensgruppe	Anzahl der Zensiten auf das Hundert der Gesamtzahl		Steuerbetrag der Zensiten auf das Hundert der Gesamtsumme	
	1895	1911	1895	1911
über 6 000 bis 20 000 Mark	48,9	54,58	9,6	9,65
„ 20 000 „ 32 000 „	17,7	13,22	7,1	5,67
„ 32 000 „ 52 000 „	14,1	12,99	10,6	9,23
„ 52 000 „ 100 000 „	10,6	10,21	13,8	12,53
„ 100 000 „ 200 000 „	5,0	5,00	12,9	12,24
„ 200 000 „ 500 000 „	2,5	2,69	14,5	14,49
„ 500 000 „ 1 Million „	0,7	0,78	9,6	9,72
„ 1 Million „	0,5	0,53	21,9	26,46
	100,0	100,00	100,00	99,99

Auch hier kann (wenn man die starke Erhöhung aller absoluten Zahlen mit in Rechnung stellt) die relative Verschiebung nicht als so belangreich hingestellt werden, daß darauf die Theorie einer vollständigen extremen Vermögenskonzentration aufgebaut werden kann. Die äußerste Spitze ist ganz zweifellos recht bedeutend in die Höhe gegangen, aber zugleich hat sich auch die Basis absolut verbreitert und relativ ohne sehr wesentliche Schwämerung erhalten. Man muß schon zu sehr künstlichen Aushilfsmitteln greifen, wie dem von K. Kautsky gelegentlich angewendeten, daß vermöge der Bankenkonzentration eben auch die kleinen Vermögen in die Verfügungsgewalt des Großkapitals übergegangen sei (was aber nach Ausweis der Betriebsstatistik, der Kreditgenossenschafts-, der Sparkassenenwicklung usw. nicht zutrifft, oder was, wie man auch umgekehrt sagen kann, vor 30 Jahren bei im allgemeinen weit kleineren Verhältnissen sicher schon im gleichen Maßstab zutreffend gewesen ist), man muß also schon zu sehr künstlichen Aushilfsmitteln greifen, um die alte, schlichte, eindeutige, bedingungslose Konzentrations- und Akkumulationstheorie durch Deuteln und Drehen noch brauchbar zu erhalten. Die Wirklichkeit ist ebensowohl bei der Betriebs- wie bei der Vermögensentwicklung, daß die Gesamtmasse gewaltig gewachsen ist, und daß innerhalb der vergrößerten Gesamtmasse natürlich auch Umfang der größten Betriebe, Umfang der größten Vermögen, Umfang der größten Kapitalvereinigungen ständig zugenommen haben, ohne jedoch kleine und mittlere Betriebe, Vermögen und Kapitalvereinigungen an einem bedeutenden absoluten Wachstum und an einer zähen Verteidigung zum großen Teil sogar ihrer relativen Position entscheidend hindern zu können.

Für einen naturnotwendigen Zwang zum allgemeinen, unterschiedslosen Kommunismus liegen daher heute die Verhältnisse nicht günstiger als vor 30 oder 50 Jahren, wo man die Entwicklung der Großbetriebe, der Aktiengesellschaften und der großen Vermögen bereits mit dem gleichen naiven Verwundern nach

dem Motto *Höher geht's nimmer* bestaunte, wie man es heute noch immer zu tun pflegt, wenn bei dem allgemeinen Wachstum der Pyramide die Spitze abermals um einige weithin sichtbare Rucke in die Höhe gegangen ist. Im Gegenteil, man könnte beinahe sagen: Friedrich II. hätte die gesamte Industrie des preußischen Staats leichter verstaatlichen können als Friedrich Wilhelm III., und Wilhelm I. leichter als Wilhelm II., auch wenn man die Namen nicht als Repräsentanten von Personalgewalt sondern von Zeitmöglichkeiten gelten lassen will. Die wachsenden Größenverhältnisse sind keineswegs, wie die Marxepigonon ganz schematisch tun, aus Konzentration und Vereinfachung heraus entstanden zu denken: sie werden tatsächlich immer verwickelter und verwirrter, und ihre Parastücke sind nur Knoten, die sich keineswegs so gänzlich außer Verhältnis zu der Gesamtverstärkung des Gewebes verdicken, in dem sie sich befinden. Unsere größten Montanunternehmungen beispielsweise, über deren Kapitalmacht und Produktionsleistung man jedesmal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen pflegt, wenn eine neue Rekordziffer, eine neue Verschmelzung, eine neue Kapitalserhöhung berichtet wird, haben in Wirklichkeit heute viel bedeutendere und zahlreichere Konkurrenten als vor 30 oder 60 Jahren, wo sie (in Preußen) zeitweise wirklich als einzigartige, konkurrenzlose und vermöge ihrer besonderen Betriebserfahrungen scheinbar unerreichbare Größen dastanden. Und Verschmelzungen sind vor 20 und 40 und 60 und noch mehr Jahren genau ebenso vorgekommen wie sie heute vorkommen: Das Merkwürdige ist nur, daß die Verschmelzungsgelegenheiten seit Beginn unseres modernen Berg- und Hüttengewerbes noch nie aufgehört haben, obwohl nun schon seit beinahe 80 Jahren munter verschmolzen wird. Endlich sind Leute wie David Hanseman oder Gustav Mevissen zu ihrer Zeit mindestens ebenso bedeutende Drahtzieher gewesen wie heutzutage ein beliebiger Großbankdirektor mit Dutzenden von Aufsichtsratsposten. Immer wieder muß gesagt werden, daß sich nur die Größenverhältnisse im ganzen entwickelt haben, und daß es pure Selbsttäuschung ist, wenn man daraus, daß die Großen noch größer geworden sind, auf ihre immer weiter ausgedehnte Herrschaft über die Gesamtproduktion schließt. Der Weltmarkt hat sich ausgedehnt, daraufhin hat sich auch die Industrie ausgedehnt; auch geographisch konzentriert blieb sie innerhalb gewisser Verhältnisse, besteht aber ihrer wachsenden Größe entsprechend aus einer wachsenden Zahl von selbständig beteiligten Faktoren.

Je mehr indes die Produktion ins Riesenhafte wächst, desto schwieriger wird ihre Organisation im ganzen wie in den Einzelgruppen, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß sie um so mehr von internationalen Konkurrenzverhältnissen und Wechselbeziehungen abhängig wird, je stärker sie international konzentriert, je unverhältnismäßiger ihre Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den unmittelbaren nationalen Versorgungsbedürfnissen gesteigert ist. Eine nationale Industrie ließe sich weit leichter einheitlich organisieren als die in allen Ländern mit überwiegender Industriebevölkerung vorhandene internationale, deren Produktionsbedingungen ganz außerordentlich komplizierte geworden sind. Das wird sich auch in dem Musterland der Kapitalsakkumulation und Betriebskonzentration, in der nordamerikanischen Union, um so deutlicher bemerkbar machen, je mehr sich die Union zum industriellen Exportland entwickelt. Beiläufig vergesse man auch nicht, daß die nordamerikanischen Riesenvermögen durchweg Gebilde erster, bestenfalls zweiter Generation sind,

die ihre Entstehung der Ausnutzung ganz einzigartiger Konjunkturen verdanken, deren absolute Höhe, sicherlich aber deren relative Bedeutung in Zukunft eher einer Rückbildung als einer weiteren Steigerung ausgesetzt sein wird. Summa summarum: Von dem Nichteintritt immer stärkerer Hemmnisse der Produktivitätssteigerung innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ganz abgesehen entwickeln sich auch die formalen Bedingungen für die Umwandlung kapitalistischer in kommunistische Produktionsweise, wenn überhaupt, so längst nicht mit der Schnelligkeit und in der Allgemeinheit, die nach Marx zu den Voraussetzungen eines extrem dialektischen Prozesses gehören. Den angeblichen dialektischen Prozeß zur Grundlage der politischen Gesamthaltung der Arbeiterbewegung zu machen ist daher mehr und mehr zu einem sachlich unhaltbaren, unwissenschaftlichen, utopischen Verfahren geworden.

Was bleibt unter diesen Umständen vom traditionellen Programm der Arbeiterbewegung oder, konkreter gesprochen, der deutschen Sozialdemokratie übrig? Ich würde keinerlei Wissens- und Gewissensbedenken haben darauf zu antworten: alles Wesentliche, nämlich alles auf die Entfaltung der Produktivkräfte Gerichtet. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß von dem gemeinsamen Ausgangspunkt aus die Entwicklung der Produktivkräfte das Übergeordnete, die Geschichtsdialektik das Untergeordnete, die erstere der geschichtliche Inhalt, die letztere bestenfalls geschichtliche Bewegungsform ist. Gelangt die Bewegungsform nur in sehr abgeschwächtem Maß und innerhalb sehr ausgedehnter Fristen zur Geltung, dann kann die Sozialdemokratie auf diese Karte nicht mehr alles setzen sondern muß ihre Arbeit den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend auf eine veränderte Methode aufbauen: die Methode wird nicht mehr in erster Linie dialektisch sein können sondern vor allem organisch werden müssen. Die Partei wird den Hauptwert ihrer Tätigkeit nicht mehr vornehmlich auf die Herausarbeitung von Gegensätzen sondern auf die Beachtung und Verstärkung der geraden Richtlinien des Gesamtprozesses zu richten haben.

Es versteht sich, daß die Praxis Abweichungen, starke Abweichungen von dieser Methode zugunsten der früher befolgten erzwingen kann. Die Vermeidung von unnötigen Gegensätzen hängt ja nicht allein von der Partei ab sondern auch von den anderen, namentlich den herrschenden Parteien. Jede Hartnäckigkeit in der Konservierung entwicklungsgeschichtlich unhaltbar gewordener Verhältnisse zwingt zur Gegensatzbildung auf seiten der entwicklungsgeschichtlich fortschrittlichen Elemente. Aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied vorhanden zwischen der Methode Gegensätze überall zu suchen, weil nach theoretischer Auffassung überall welche vorhanden sein und mit Notwendigkeit zu immer stärkerer Zuspitzung drängen müssen, und der andern Methode absichtlich und planmäßig die geraden Linien organischer Fortentwicklung in den Vordergrund zu rücken. Denn die eine Methode macht es unmöglich im gegebenen Augenblick die gesamte Summe des unmittelbar Nötigen und Möglichen zu erfassen, die verschiedensten, oft mit einander kollidierenden Bedürfnisse der Produktivitätssteigerung gegen einander abzuwägen und so mit einander auszugleichen wie es die Erfordernisse der praktischen Politik unter allen Umständen und zu allen Zeiten immer wieder notwendig machen; die andere, die organische Methode, tendiert im Gegenteil ihrer Natur nach dahin diese Bedingungen der praktischen Politik allen Hindernissen zum Trotz zu erfüllen. Die dialektische Methode verrennt und verbeißt sich in die

Gegensätze, während die organische mit aller Kraft die Gegensätze auf das jeweils unvermeidliche Mindestmaß zurückzuschrauben sucht.

Es ist selbstverständlich, daß damit keiner rückgratlosen Kompromisselei um jeden Preis das Wort geredet sein soll. Denn als Grundlage der Gesamthaltung, als Grundmotiv der Bewegung, als Grundbedingung daher auch jedes Ausgleichsversuchs im praktischen Einzelfall bleibt ja stets die Aufgabe, der Wille und die Möglichkeit Fortschritte in der Entwicklung der produktiven Kräfte zu machen, und zwar in der Entwicklung aller, nicht bloß der irgendwie einseitig materiellen sondern, wozu die gesamte Verfassungs-, Steuer-, Sozial- und Kulturpolitik dient, auch der geistigen und sittlichen Produktivkräfte des Volks in seiner Gesamtheit, in seinem Durchschnitt, und namentlich in seinen am stärksten vernachlässigten Schichten. Ergeben sich dann immer wieder Gegensätze gegen die Mächte des Beharrens und der einseitigen Bevorzugung von Sonderinteressen, dann müssen sie natürlich mit rücksichtsloser Energie durchgekämpft werden. Aber dann hat die Partei die Möglichkeit die Verantwortung dafür im vollen Umfang und mit vollem Erfolg von sich abzulehnen und braucht nicht zu der Ausrede zu flüchten, daß solche Gegensätze ja im naturnotwendigen Verlauf des Prozesses selber begründet sind, sondern sie kann darauf pochen, daß sie auf dem Boden der organischen Fortentwicklung aller Produktivkräfte steht, und daß es die anderen sind, die aus Rückständigkeit und Eigennutz den organischen Prozeß unterbrechen wollen.

Die durch den *Radikalismus* fast zum Prinzip erhobene Ablehnung des Bekenntnisses zum organischen Prozeß ist aber nicht nur eine wissenschaftliche Einseitigkeit sondern auch ein schwerer moralischer Fehler. Denn es widerstreitet nun einmal von Grund auf den elementaren Anforderungen jedes höher entwickelten sittlichen Bewußtseins die Möglichkeiten der Verständigung von vornherein abzulehnen und sich nicht die geringste Mühe zu ihrer Aufspürung zu geben. Sicher sind dem Aufsteigen der modernen Arbeiterklasse von Anfang an durch Borniertheit, Gleichgültigkeit, Machtdünkel, Klassenbefangenheit und was noch alles die schwersten Hindernisse in den Weg geworfen worden, und sicher tut die Arbeiterklasse vollkommen recht daran sich in erster Linie auf ihre eigene Kraft zu verlassen. Nur die Kräfte, die sich selber regen, kommen zu geschichtlicher Geltung. Aber es darf doch auch nicht verkannt werden, daß das Aufkommen des maschinellen Produktionsprozesses und der großen Industrie an sich schon die schwierigsten geistigen, kulturellen, rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen Probleme entfesselte, daß die Finanzkraft ursprünglich ebenso gering wie der internationale, namentlich englische Konkurrenzdruck groß war, daß Verkehrsentwicklung und politische Gestaltung Deutschlands viele Jahrzehnte hindurch ein außerordentlich hohes Maß von Aufmerksamkeit, Willens- und Organisationskraft erforderten, und daß, abgesehen von diesen notwendigen Umwälzungen und Neubildungen, die besonderen Schwierigkeiten, die sich der planmäßig-organischen Pflege der Arbeiterklasse entgegenstellten, so neu und so groß waren, daß man erst nach unendlichem Schwanken und Suchen die Grundformen für die Berücksichtigung ihrer dringendsten Bedürfnisse zu finden begann. Sind doch auch die geistigen Bahnbrecher der Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet lange Zeit hindurch ebenso hilflos im Nebel herumgetappt wie die Praktiker der Arbeiterbewegung, und erst unter vielen Mühen haben sich Dinge wie Arbeiterschutz und Versicherung auf zureichender Grundlage technisch organisieren

und praktisch wirksam gestalten lassen. So ist es also doch nicht ausschließlich Böswilligkeit, Gleichgültigkeit und Befangenheit gewesen, was der Berücksichtigung schon dringendster und elementarster Bedürfnisse der Arbeiterklasse entgegengestanden hat. Auch die tatsächlichen Schwierigkeiten einer gärenden Übergangszeit, in der sich ein gewaltiges Pensum großer Aufgaben zusammengedrängt hat, und die begriffliche Hilflosigkeit einer völligen sozialen Neubildung gegenüber sind sachliche, vom Willen unabhängige oder die Willensrichtung abdrängende Hemmungsfaktoren ersten Ranges gewesen. Aus dieser schwierigen Einleitungsperiode grundlegend maßgebliche Schlüsse auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer organischen Fortbildung zu ziehen geht um so weniger an, als doch auch die Arbeiterbewegung selbst erst ganz langsam zu einer selbständigen und selbstbewußten Macht herangereift ist. Im Licht einer solchen Gesamtbetrachtung ist die nachhaltige Verbissenheit mit der der *Radikalismus* die Geschichtsdiagnostik als ein den Willen zum Organischen ausschließendes Prinzip auszulegen und aufrecht zu erhalten sucht, ein schwerer Fehler. Viel sicherer als das, was sich dadurch an gesteigerter Kampfesleidenschaft erreichen läßt, ist das, was an fruchtbaren Möglichkeiten und Notwendigkeiten organischer Fortentwicklung dadurch versäumt und zerstört wird. Denn nachdem die Arbeiterklasse einmal zum Selbstbewußtsein erwacht ist, wird sie stets eher dazu geneigt sein ihre Forderungen über das augenblicklich Durchführbare hinaus zu überspannen als davon vorschnell etwas zurückzustellen. Sie unterliegt in dieser Hinsicht genau so wie jede andere Klasse der Gefahr ihre unmittelbaren Augenblicksinteressen als wichtiger und dringender anzusehen als die ihrer alsbaldigen und vollständigen Befriedigung entgegenstehenden Entwicklungsbedingungen des Gesamtprozesses. Deshalb kommt es nach der selbstverständlich notwendigen Erweckung des Klassenbewußtseins vor allem darauf an neben und in aller Agitation der Arbeiterklasse eine möglichst zutreffende Vorstellung von den organischen Wachstumsbedingungen der produktiven Kräfte im ganzen zu vermitteln. Jedes dahin zielende Bemühen wird nicht nur die Fähigkeiten zu praktischer Politik steigern sondern auch die Gefahr einseitig übertriebener Hoffnungen mit ihrem notwendigen Rückschlag an Entmutigung verringern. Vor allem aber wird es den moralischen Kredit der Partei ungemein stärken und ihr dadurch weit eher zur wirklichen Machtgewinnung verhelfen als wenn die Partei weniger von ihren eigenen Tugenden als von den Fehlern ihrer Gegner zu leben fortfährt. Nicht Klassenpolitik gegen Klassenpolitik sondern Volkspolitik gegen Klassenpolitik; dieser Lassallesche Gedanke kann allein die Sozialdemokratie zur vollen Höhe notwendiger Machtstellung emporführen.

Was aber heißt, um nun endlich vom Abstrakten zum Konkreten zu kommen, organische Entwicklung der Produktivkräfte?

Beginnen wir schulgerecht ökonomisch-historisch bei der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte. Da ist zunächst einmal das vom Manchesterliberalismus aufgebrachte und von der Sozialdemokratie fast vollständig übernommene Vorurteil zu zerstören, als regele sich das in der bürgerlichen Gesellschaft alles völlig von selbst, als reichten lockender Profit und privatkapitalistische Initiative aus, um das jeweilige Höchstmaß der materiellen Produktivitätssteigerung sozusagen spielend zu erreichen. Man mag den Methoden des merkantilistischen Absolutismus der europäischen Festlandsstaaten in zahlreichen Spezialfällen vorwerfen was man will, aber man wird

die Richtigkeit des ihnen zugrunde liegenden Prinzips uneingeschränkt anerkennen müssen, falls man von der Rückständigkeit der materiellen und geistigen Kultur jener Zeiten und Länder sowie von der vollkommenen Hilfslosigkeit der Privatinitiative (sofern von letzterer überhaupt die Rede sein kann) auch nur eine Ahnung hat. Von der landwirtschaftlichen Binnenkolonisation einmal ganz abgesehen, waren zum Beispiel in Preußen die planmäßige Heranziehung von ausländischen Gewerbetreibenden, die Erteilung von Privilegien und Monopolen, unter Umständen selbst die Gewährung von Vorschüssen und Zuschüssen aus den öffentlichen Kassen, ganz unumgängliche Voraussetzungen zur Entwicklung einer irgendwie nennenswerten Industrie und damit eines wesentlichen Teils der wirtschaftlich produktiven Kräfte, zugleich aber auch einer Grundbedingung höherer materieller und geistiger Kultur. Einer positiven Wirtschaftspolitik hat das ganze Kontinentalsystem Napoléons I. gedient, und auch hier muß man wieder sagen: so viel im einzelnen verfehlt worden ist, das Grundprinzip war berechtigt und notwendig. Zu positiver staatlicher Gewerbe-, Verkehrs- und Zollpolitik drängten trotz, ja zum Teil infolge gesteigerter Privatinitiative die Verhältnisse in Preußen und Deutschland nach 1815, und wenn eine Rückkehr zu den Methoden Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. unnötig, ja unmöglich war, so lag das keineswegs an einem Veralten des Prinzips sondern an veränderten tatsächlichen Bedingungen, die veränderte Methoden der Gewerbeförderung forderten: vieles konnte der Privatinitiative überlassen werden, anderes drängte um so stärker zu staatlicher Inangriffnahme. Mit anderen Worten: Der Fortgang der Produktivitätssteigerung, der in immer weiterer Differenzierung der Produktion und der Produktionsbedingungen bestand, machte auch eine Differenzierung der staatlichen Förderungsmethoden notwendig. Dann kam eine Periode, in der sich die staatliche Leistung mehr und mehr auf die Ausbildung der im Wirtschaftsleben notwendigen Rechtsformen konzentrierte: Bergrecht, Handelsrecht, Gewerberecht, Gesellschaftsrecht, Genossenschaftsrecht, Prozeßrecht und tausend andere Erfordernisse des gewaltig wachsenden Wirtschaftskörpers mußten bedacht, geregelt, befriedigt werden. Übrigens ist auch diese Leistung keineswegs nur formaler Natur gewesen, und sie ist um nichts geringer einzuschätzen als alles andere, was der Staat jemals erfolgreich an aktiven Maßnahmen zur Entwicklung der materiellen Produktivkräfte geleistet hat. Seit 1878 hat dann die produktionspolitische Aktivität des Staates wieder neue Aufgaben in Angriff genommen. Innere Kolonisation und äußere Kolonisation, Eisenbahn- und Kanalbau, Staats- und Kommunalbetriebe, Zollschutz und Handelsverträge: eine unendliche Fülle von allgemeinen und speziellen Einrichtungen, Maßnahmen, Versuchen, über die man im einzelnen urteilen möge wie man es verantworten zu können glaubt, von denen aber im ganzen nur wiederholt werden kann, was schon von den Zeiten des Merkantilismus und der Zollvereinspolitik gesagt werden mußte: Mag an den Methoden und der Durchführung noch so viel auszusetzen sein, das Prinzip aktiver Förderung der Produktivkräfte durch den Staat ist kein spezifisch bürokratisches, junkerliches, kapitalistisches, bürgerliches, es ist ein grundlegend notwendiger Bestandteil aller politischen Arbeit zu jeder Zeit und unter allen Verhältnissen, es verträgt keinen *dialektischen* Gegensatz sondern ist ein durch und durch organisches Prinzip, dessen Anwendung die unermüdliche, rein sachlich gerichtete Anstrengung aller an der Entwicklung der Produktivkräfte interessierten Volksschichten nötig macht; um so nötiger, je zuversicht-

licher sie glauben die Interessen der Gesamtheit und der Zukunft zu vertreten. Darum ist es falsch sich zu dieser Arbeit in und an der bestehenden Gesellschaft, die nichts anderes als das Heute der Zukunftsgesellschaft von morgen und übermorgen ist, in einen prinzipiellen Gegensatz stellen zu wollen und damit das Prinzip der aktiven, positiven Produktivitätssteigerung, soweit seine Anwendung auf die Volkswirtschaft in Frage kommt, für die eigene gegenwärtige Arbeit überhaupt aufzugeben. Sind auf diesem Gebiet Gegensätze unvermeidlich, so sollten sie nur aus der Ablehnung wirtschaftlicher Maßnahmen der Regierung und der herrschenden Parteien zugunsten eines eigenen, durchdachten, ausgearbeiteten wirtschaftspolitischen Programms entstehen können, aber nicht aus ihrer Ablehnung zugunsten eines bloßen Vakuums ausweichenden Verantwortlichkeitsbewußtseins.

Es kommt im Rahmen dieser Darlegungen nicht darauf an die Gründe für und wider bestimmte Einzelmaßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der nationalen Arbeit daheim wie in den Kolonien zu erörtern. Alles das sind Probleme, die sich aus den konkreten volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen ergeben und ausschließlich aus ihrer Kenntnis und Beurteilung heraus ohne Voreingenommenheit für oder gegen die bestehende Produktionsweise ihre Erledigung finden müssen. Es kommt nur darauf an hervorzuheben, daß mit geschichtsdialektischen Theorien und Ablehnung aller Verantwortlichkeit hier rein gar nichts getan ist, sondern daß ein positives wirtschaftspolitisches Programm ein notwendiger, integrierender Bestandteil jedes politischen Gesamtprogramms überhaupt ist, das den Anspruch darauf erhebt die Entwicklung der produktiven Kräfte besser, sachgemäßer, erfolgreicher betreiben zu wollen als es die herrschenden Klassen zu tun gewillt oder befähigt sind. Den Willen und die Befähigung dazu zu zeigen ist um so mehr eine wichtige und dringende Aufgabe der Sozialdemokratie als doch gerade sie in extremer Weise den Gedanken der planmäßig-einheitlichen Organisation aller Produktivkräfte zur Grundlage ihrer Zukunftshoffnung gemacht hat. Gerade sie dürfte sich deshalb zu allerletzt der Verpflichtung entziehen alles augenblicklich Nötige und Mögliche auf diesem Gebiet, auch wenn es sich um noch so vorläufige und unvollständige Vorarbeiten zur schließlichen Durchführung jener Generalidee handeln sollte, mit besonderer Bedachtsamkeit und Energie zu fördern. Die Politik der australischen Arbeiterregierung, von der allerdings in der sozialdemokratischen Presse nicht viel mehr als das bekannte Schweigen im W. de umgeht, beweist zur Genüge, daß auf diesem Gebiet auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse alles andere eher möglich und gerechtfertigt ist als ein bequemes Gehen- und Geschehenlassen.

Es liegt mir selbstverständlich nichts ferner als mit diesen Feststellungen der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Vertretung irgendwelche Vorwürfe machen, Versäumnisse ankreiden zu wollen. Die Sozialdemokratie hat sich auf dem ungeheuer mühevollen Gebiet der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse sowie der politischen Vertretung der spezifischen Arbeiterinteressen so unvergängliche Verdienste erworben und ist andernteils durch aktiven wie passiven Widerstand der herrschenden Klassen so oft und so gründlich in die Opposition gedrängt worden, daß eine bis zur Verbitterung leidenschaftliche Abneigung gegen die Fortbildung der dialektischen zur organischen Auffassung nur allzuverständlich ist. Aber in der Politik kommt es nicht auf die Er-

regung von Stimmungen und Verstimmungen sondern auf die Erzielung von Wirkungen an, und darum ist es notwendig den überwuchernden Verstimmungen immer von neuem die klaren und nüchternen Grundgedanken einer systematisch-organischen Produktionspolitik entgegenzusetzen, auch wenn der einzelne deswegen hin und wieder dem Schicksal verfällt seinen Kredit bei den Parteigenossen zu verlieren. Das größte Übel gelegentlich solcher unumwundenen Bekenntnisse zu einer systematisch-organischen Produktionspolitik ist auch nicht ihre vorläufige Ablehnung durch die unentwegten Geschichtsdialektiker sondern der mit allen Mitteln der Kunst Mißverständnisse zu züchten und zu verbreiten erfolgreich durchgeführte Versuch den Gegensatz zwischen dialektischer und organischer Grundauffassung auf ein Gebiet hinüberzuspielen, wo er in der sozialdemokratischen Praxis von heute kaum noch symptomatisch zum Ausdruck kommt: auf das große Gebiet der Verfassungs-, Verwaltungs- und unmittelbaren Arbeiterinteressenpolitik.

Daß ein Bekenner zur systematisch-organischen Produktionspolitik gerade um dieser Grundlage seiner politischen Auffassung willen für vollständige Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen und Anstalten eintritt; daß er auch bei nicht rein negativer Haltung zum Schutzzollgedanken noch die Möglichkeit und Notwendigkeit bedeutender steuer- und zollpolitischer Erleichterungen im Interesse des Volkes erkennt und herbeiwünscht; daß das Bekenntnis zur inneren Bauernkolonisation für ihn kein Hindernis ist alle sichtbaren Möglichkeiten großbetrieblicher, genossenschaftlicher oder kommunaler Produktion zu unterstützen, wenn sie in realisierbarer Form hervortreten; daß das Bekenntnis zur äußern Kolonisation von der Verpflichtung nicht enthebt finanziell im Interesse der Heimat wie kulturell im Interesse der Kolonien und ihrer Bewohner die gewissenhafteste Sorge in der Verhinderung bloßer raubbaumäßiger Ausbeutung und in der Entwicklung der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Kräfte der Kolonialbewohner zu fordern; daß die Anerkennung der einstweiligen Unabänderlichkeit privatwirtschaftlicher Produktion das Interesse an jedem aussichtsreichen Versuch staats- oder kommunalwirtschaftlicher Produktionsleistung nicht im geringsten herabmindert; daß sie um so stärker zu systematischer Einschränkung privatwirtschaftlicher Ausbeutung der Arbeitskraft herausfordert; daß demnach Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfe, Bildungs- und Erholungsinstitutionen umfassendster Art notwendig in der Linie dieser Grundauffassung liegen; daß über das alles hinaus die Einsicht vorhanden ist, die Arbeiterklasse müsse einheitlich und geschlossen die Wahrung ihrer Rechte, die Vertretung ihrer Interessen, die kulturpolitische Pflege der lebendigen Produktivkräfte, nämlich der Menschen selber, in die Hand nehmen und auch den Vorwurf der vaterlandslosen Internationalität nicht scheuen, um mit den Arbeiterparteien anderer Kulturländer die Verständigung über die schon aus Konkurrenzgründen international notwendige Verbesserung ihrer Lage, die Abgrenzung der nationalen Rechte und Pflichten innerhalb der großen internationalen Kulturgemeinschaft anbahnen und prinzipiell wie praktisch gleichkräftig fördern zu können: das alles und vieles mehr dergleichen verschlägt den unentwegten Geschichtsdialektikern nichts. Es hindert sie keinen Augenblick den Bekenner zur systematisch-organischen Produktionspolitik unter die Verlorenen und Verdammten der bürgerlichen Gesellschaft hinauszustoßen und ihm das Zeugnis mit auf den Weg zu geben, daß er bestenfalls

ein unverbesserlicher Wirrkopf, vielleicht aber auch ein unausstehlicher Quertreiber sei, der die Arbeiterbewegung auf das Niveau einer nationalliberal-demokratischen Konfusionspolitik herabziehen wolle.

Es ist selbstverständlich, daß in solchen Fällen die größere Macht entscheidet. Daß auf der Seite der größern Macht aber auch immer das größere Recht und die größere Einsicht sei, ist kein Satz, der durch die geschichtliche Erfahrung als bedingungslose Wahrheit erwiesen ist.

XX

PETER HAMECHER · DER KÜNSTLER EDUARD VON KEYSERLING



S gibt ein Bild in einer Keyserlingschen Novelle: Auf der offenen Veranda eines Weinrestaurants, am Ende der Stadt, wo die Wege sich ins flache unbebaute Land hinein verlaufen, sitzen im Heraufdämmern des Abends ein paar Menschen. Jeder für sich starren sie in ihr Glas oder hinaus in die weite sich verlierende Ebene. Eine trübe, traurige Bedrücktheit liegt über der Situation; etwas von trostloser, hoffnungsloser Verlassenheit und Vereinsamung. »Es ist seltsam ergreifend auf weite, von Dunkelheit verschlungene Flächen hinauszuschauen. Wir alle, der alte Herr, der Mann mit dem faltigen Gesicht, der Wirt und sein rüdigler Hund, ich, wir sehen wie gebannt da hinaus. Der Hund stößt zuweilen ein asthmatisches Heulen aus. Hunde müssen ihre Gedanken aussprechen. Dort unten leuchten nur einzelne Lichtchen ferner Wohnungen, winzige rote Pünktchen, die blinzelten, als wären sie in Not vor der großen Dunkelheit. Darüber ein dunstiger Himmel mit bleichen, verwischten Sternen. Und plötzlich erwacht in dieser Dunkelheit eine Stimme: Dort fern auf einem der Wege ging ein Mann und sang; eine klagende Tonfolge, dann ein Vorschlag, dann wieder *la-la-la*. Sehr einsam klang diese Stimme in der Dunkelheit, verloren, irrend-suchend. Und von der andern Seite der Wiese erklang eine zweite Stimme, eine schrille Frauenstimme, die die selbe Notenfolge sang, *la-la-la* und der kleine Vorschlag. Die beiden Stimmen begegneten sich, verschmolzen dicht in einander, wurden zuversichtlich in dem Beieinandersein. Der alte Herr, der Mann mit dem faltigen Gesicht, der Wirt, alle hoben die Köpfe und lauschten, der Hund die Ohren; die Kellnerin sah von ihrem Buch auf. Es war, als hätten wir alle darauf gewartet, daß die beiden Stimmen sich begegnen. Plötzlich schwieg der Gesang. Es wurde wieder still in der Dunkelheit . . .

Einsamkeitsgefühl, in das nur der Sang der Liebe einen Wesen einenden, lebendigeren Ton hineinbringt, ist die Grundstimmung, in der Keyserling das Leben auffaßt. Sein ganzes Dichten ist eine Bilderschrift, die das immer und wieder zum Ausdruck bringen will. Es ist eine trostlose Isoliertheit, in der sich, für ihn, das Individuum dem Sein als Erscheinung, als nicht subjektiv gefühltem Leben gegenüber befindet. »Dem Verstand kann es nicht gelingen diese Kluft zu überbrücken durch die logisch zugestandene Realität (der Erscheinungswelt), er kann das Ich nicht aus seiner Einsamkeit reißen«, heißt es in dem schönen Aufsatz *Über die Liebe*, in dem Keyserling seine Ansicht vom Leben begrifflich klarzulegen sucht. »Die Erscheinung hat vor allem Geltung als Lust- und Unlustquelle, und das Reale ist an ihr eben die vom Individuum gefühlte Lust

und Unlust. Wir müssen unsere Wirklichkeit in die Erscheinungen hinein-fühlen, um diese uns näher zu bringen. Und wirklich, wir werten die Fülle der uns gegebenen Erscheinungen nach dem Maß von Realität, welche wir ihnen leihen, gleichsam nach der Distanz zum Ich. Dort wo wir die gleiche Wirklichkeit wie die unseres Daseins fühlen, da lieben wir . . . Die Liebe allein erschafft außer uns ein dem unsern ebenbürtiges Leben, sie schlägt die Brücke vom Ich zu dem andern, sie ist es, die uns eine verwandte Welt schafft. Hesiod nennt Eros den Schöpfer der Welt, und er ist es allerdings, der uns die eigentliche Welt belebt, uns eine Welt gibt, von der wir nicht logisch überzeugt sind, sondern die wir auch empfinden.« Die Liebe, die Jagd des Menschen nach dem Menschen, wird ihm zu dem Verlangen aus der Isoliertheit des Ich hinauszukommen, anderes Leben, das Leben, das wir nicht selber sind, zu fühlen, indem wir uns ein Leben zu zweien zusammenphantasieren. »Wenn uns aber ein anderes Leben so nahe ist, so gegenständlich und wesentlich wird, dann verlangt es uns von diesem andern Leben gefühlt und erlebt zu werden. Wir wollen unsere Wirklichkeit von dem andern gleichsam bestätigt und beglaubigt zurückerhalten.« Die Liebe ist also nicht nur ein reizphysiologischer Vorgang, ein Verlangen von Körper zu Körper. Es liegt etwas Metaphysisches, mit dem Zusammenhang des Weltwesens Verknüpftes in diesem Trieb. Es ist das Verlangen das Leben zu fassen, zu fühlen, dem eigenen Leben nahe zu bringen. Das erklärt auch die Heftigkeit des Liebessehnens, alle die Kämpfe, die selig-unseligen Torheiten und Verwickelungen der Liebe. Liebessucht ist Lebenssehnsucht, und jeder will zu seinem Leben, zu dem Leben, das ihm die Antwort deutet, die Vervollständigung des eigenen Daseins. Die Liebe wird durch ihre enge Verknüpfung mit den geistigen Grundlagen unseres Wesens für uns eine viel wichtigere Angelegenheit als für die übrigen Geschöpfe. »Jetzt beherrscht das Erotische alle Verhältnisse des menschlichen Daseins, gibt ihm die Farbe, kompliziert sie, legt in sie sein beglückendes oder vernichtendes Fieber, wird zur treibenden Kraft des gesellschaftlichen Lebens. Es ist der unermüdliche Dramatiker, der unaufhörlich die Knoten schürzt und löst, der Tragiker und Komödiendichter des menschlichen Daseins, unerschöpflich in neuen Formen vom Häßlichsten und Banalsten zum Edelsten.«

Die Liebe ist für Keyserling die Brücke zur Welt; sie ist es, die die tausendfachen Konstellationen des Lebens beherrscht. Das Problem der erotischen Illusion, der Anziehung und Abstoßung mit ihrem Wellenspiel von Ekstase zu Ernüchterung durch alle Nuancen und Zwischenlagen des Gefühls wird der Inhalt des Lebens. An ihm vollziehen sich die fürchterlichsten Tragödien und die lächerlichsten Komödien des Daseins. Das Erotische ist der Prüfstein, an dem Menschenwert sich erweisen kann. So wird das erotische Problem für Keyserling zu dem Grundproblem des Lebens überhaupt, dem die anderen Probleme nur angegliedert sind, von ihm mitbestimmt und gefärbt. Es wird zum Führenden auch für sein Dichten.

Die Liebe, das erotische Gefühl wird als Sehnsucht nach dem Leben die entscheidendste, stärkste Erfahrungstatsache des Daseins für Keyserling. Von ähnlicher Wichtigkeit ist für ihn nur noch die Abhängigkeit und Bedingtheit des Individuums in seiner ganzen Haltung gegenüber dem Leben und in der Art, wie es mit dem Leben fertig wird, vom Milieu. Die soziologische Gebundenheit ist die andere Grunderfahrung des Aristokraten Keyserling. Beide Probleme greifen in seinen Büchern in einander über, bestimmen einander,

schaffen die Konflikte; ja, das Bewußtwerden der Obmacht der Triebe, das Geschlechterlebnis läßt erst die Übermacht der Umwelt mit aller Schärfe ins Bewußtsein treten, so daß man sagen kann, das erotische Problem wird hier im Zusammentreffen zweier für das Individuum ähnlich wichtiger *Wirklichkeiten* oder Gefühlsbindungen zum Kastenproblem. Gegensätze der Kaste bleiben unübersteiglich, wie die Grundsätze der Kaste unverbrüchlich bleiben.

Es sind ganz bestimmte Lebenskreise, in denen Keyserling seine Dichtungen spielen läßt. Er selber ist im Osten, in Kurland, auf einem alten Adelssitz geboren. Und dorthin verlegt er auch seine Dramen und Novellen. Es ist eine fest in sich abgegrenzte, durch uralte Traditionen und sorgfältige Pflege unendlich verfeinerte Kultur, die er darstellt. Diese Menschen vermögen kaum noch zu leben. Ästhetizismus ist für sie noch das einzig mögliche Prinzip der Lebenshaltung. Sie erbauen sich eine Welt, die wie mit Watte verhüllt, wie mit weißen, reinen Schleiern verhängt ist. Was die Harmonie zu stören vermag, alles Unterstrichene, alles Laute und Heiße, wird mit einer kurzen hochmütigen Gebärde abgetan. Sie können von allem nur eine Auslese brauchen. Schön zu sein hat alles, was in ihre Nähe kommt. Selbst der Tod kommt hier ganz diskret und vornehm; ganz *tenue*. Sie selber sind in ihrem Auftreten bis ins Letzte Zucht, Reserve, Stilbewußtsein, Haltung. Und vor allem Distanz. Sie lassen die Dinge nicht an sich heran, nicht bis zum Erregenden vorrücken. Sie sind fertig mit den Eindrücken, wenn sie sie in ihrem Erinnerungsinventarium registriert haben; wenn sie auf die zureichende Formel gebracht sind. Der Eindruck selber wird rein nervös aufgenommen, als Nervenimpression, und demnach wird auch der zureichende Vergleichsausdruck gesucht, nach einem Anklang an irgendeinen früher empfangenen und vermerkten nervösen Reiz. Objektiv stimmen diese Vergleiche oft gar nicht; aber subjektiv, von den im Individuum sich vollziehenden Assoziationen aus, sind sie vollkommen genau. Es hat so zu sein: und es ist so. Stilbewußtsein haben diese Menschen durchaus. Sie bauen ihr Haus nach einem festen, künstlerisch wohl erwogenen und berechneten Plan, und so haben sie ein jedes mit den Linien des Ganzen in Einklang zu setzen. Sie wissen ganz genau, was sie daraufhin riskieren dürfen. »Jede architektonische Waghalsigkeit ist erlaubt, wenn wir sie schließlich mit ~~den~~ großen edlen Linien des Ganzen in Einklang zu bringen vermögen.«

Es hat sich hier eine Raserverfeinerung vollzogen, die oft direkt Lebensunfähigkeit bedeutet. Der alte Landadel hat hundert Jahre Diplomateneben erreicht. Das hat die Nerven kompliziert und angegriffen. Man denkt an der Louise von François *Letzte Reckenburgerin*. In Keyserlings Aristokraten leben noch die selben Traditionen, die selben Werte und Wertungen; aber was dort von einem starken Pflichtbewußtsein, von dem kategorischen Imperativ des alten Preußentums getragen wird, ist hier ganz ins Ästhetische gewendet. Aber auch hier wachsen noch Menschen, deren Lebenstrieb nicht ganz von der ästhetischen Kultur ihrer Rasse gebrochen werden konnte; die es müde geworden sind immer nur schön und still dazustehen, wie die Narzissen im Blumenbeet. Sie fühlen Durst nach dem heißern Leben. Sie haben das Lebensfieber in sich. Sie wollen sich wirklicher fühlen als sie es in den kühlen Sälen ihrer Schlösser zu sein vermögen, wo sie nur eine Auslese schöner Dinge sein sollen für die überfeinerten Nerven ihrer Gattinnen oder ein edles Kunstwerk, das das Stilgefühl des Herrn Vaters oder des Herrn Gemahls zu befriedigen hat. Es

kommen Träume von sommerlich verliebten Dingen, die ins Blut tauchen und es unruhig und sehnsüchtig machen zur Nacht. Sie lehnen sich auf gegen den Ästhetizismus der Lebenshaltung, der das Leben, ihr Leben ins Unrecht zu setzen sucht. Und zur Nacht steigen die Jungherren aus ihren Fenstern und eilen zu den Marjellen, dorthin, wo die Liebe noch eine klare, einfache Sache, eine Einrichtung, ein Recht ist. Sie atmen begierig den Duft der gesunden Körper, »die unbekümmerte Sinnlichkeit einer ruhigen zuversichtlichen Kraft, von der etwas auf sie überzugehen scheint«.

In den alten Adelshäusern Keyserlings wird in der Erörterung erotischer Dinge der Körper unterschlagen. Wenn aber hier in die stillen Säle die Liebe tritt, so wird sie zu einer Verwirrung stiftenden Macht; und zu einer um so gefährlicheren, weil die lange Zucht die Sicherheit der Instinkte gebrochen; den naiven Egoismus der Sinne beirrt und die Individuen verzärtelt hat. Die Liebe wird Auflehnung; die *Affäre* zu einer Angelegenheit der Kaste. Und es heißt dann: entweder Order parieren oder hinaus aus der Zusammengehörigkeit! Ganz lautlos wird das abgemacht. Auseinandersetzungen, Szenen finden hier keinen Boden. Da das erotische Problem bei Keyserling in dieser Verbindung durchgängig auch zum Kastenproblem wird, so erhalten die Konflikte durch diese Komplikation und insbesondere durch die besondere Artung und Haltung der Kaste, die hemmenden, aber auch steigernden Widerstand bedeutet, eine vertiefte Intensität der Tragik.

Das Bild des Lebens, das Keyserling gibt, würde weniger eindrucksfähig sein, auch rein künstlerisch, wenn nicht der bis zur Anästhesie gesteigerten Sensibilität seines Adels in dem naiven Sinnenleben anderer Volksschichten wie in deren dumpferm, primitivem Dasein überhaupt ein Kontrast entgegengesetzt würde. Ungezwungen ergibt er sich aus dem Kreise, der um die Schlösser und ihre Herren herum lebt, bis hinab in die engen Häuslerkatzen. Hierin wie in den Konflikten, die allerdings rein künstlerisch gestaltet sind, liegt aber auch eine gewisse Kritik. Da sagt ein Vater: »Was erziehen wir da für Wesen? Die können ja nicht leben. Denen kann man ja das Ding, das wir Leben nennen, gar nicht anvertrauen. Was wir erziehen, sind kleine berauschte Gespenster, die vor Verlangen zittern draußen umzugehen und, wenn sie hinauskommen, nicht leben können.« Das bedeutet weltanschaulich einen Bruch mit dem Ästhetizismus als Lebensrichtung, eine Ablehnung des sterilen Nichts-als-Schönseins.

Immerhin kommt das eigentliche Kastenproblem erst in zweiter Linie in Frage. Das Grundmotiv aber ist immer in der Art und Weise gegeben, wie die Menschen Herr über das Leben zu werden suchen, wie sie ihm nachrennen, sich an Widerständen bis zur Erschöpfung abmühen, und wie sie doch nur einer Illusion nachlaufen, um zum guten oder schlimmen Ende so tief allein zu sein wie nie vorher. Am glücklichsten erscheinen noch jene ironisch lächelnden *Causeure*, die das Alter oder ein Gebrechen außerhalb des Lebensreigens gestellt hat, und die das Treiben der anderen, mit geistreichen, psychologisch scharfen Bemerkungen es glossierend, als mehr oder minder interessierte Beobachter begleiten. Das beobachtende Miterleben, dies neugierige hinter den Erlebnissen der anderen her Sein ist ihre Form des Lebens, und sie ist nicht die unangenehmste.

Keyserlings erste Bücher, die in weiten Abständen erschienen und noch ganz uneigentlich sind, gehen in die Frühzeit des Naturalismus zurück. Es sind

2 Romane streng realistischer Observanz: *Rosa Herz* und *Die dritte Stiege*. Bekannt wurde Keyserling erst mit seinem Drama *Frühlingsopfer*, das um 1900 erschien. Es ist ein echt naturalistisches Milieustück, an dem nur die wundervolle Frühlingsstimmung, all das Berückende und Werbende der Lenznächte, unvergeßlich ist, wie in dem folgenden Drama, *Der arme Hans*, der Wald in seinem märchenhaften Eigenleben, das der Dichter ihm gegeben. Aber diese Dramen liegen noch außerhalb von Keyserlings eigentlicher Bedeutung, wenn auch die Stilprinzipien der naturalistischen Dramatik mit ihrer breiten, zuständigen Schilderung des Milieus, mit ihrer fatalistisch-deterministischen, auf soziologischen Erkenntnissen sich aufbauenden Schicksalsauffassung dem Dichter und seiner Anschauung noch so gelegen sein mochten. Als Dichter ist Keyserling doch bis in die Fingerspitzen das verfeinertste Ergebnis der ästhetischen Kultur seiner Rasse. Reserve, Beobachtung, Stilbewußtsein, Haltung zeichnen ihn aus. Auch er bleibt in einer gewissen zurückhaltenden Distanz zu den Dingen. Das gibt keinen Dramatiker, der selbst stark miterleben muß, wohl aber einen Erzähler von ganz distinguiertem Haltung. Ein feiner, in die Tiefe gehender Dialog ist *Benignens Erlebnis*; aber schon der Novelle sich nähernd. So hat Keyserling seinen Ausdruck denn auch erst gefunden, als er mit *Beate und Mareile* das Gebiet der Erzählung wirklich betritt. Hier können sich die Fähigkeiten Keyserlings erst ausbreiten. Das feine, schwingende Instrument seiner Seele, seine nervöse, intensiv den Eindruck einsaugende Beobachtung, seine große Impressionabilität ist erst in der Novelle am Platz. Die vornehme alte Kultur, der ihm zur Natur gewordene sichere Stil, der das mindeste Rücken an den Formen vermerkt, die streng aristokratische Zucht geben ihm zudem eine sichere Stellung, von wo aus er die Eigenheiten und das Charakteristische anderer Menschen mit schärfstem Unterscheidungsvermögen, mit fast karikaturistischer Deutlichkeit wahrzunehmen vermag. Bisher hat Keyserling 5 erzählende Werke veröffentlicht: die Romane *Beate und Mareile*, *Dumala*, *Wellen* und die Novellenbücher *Schwüle Tage* und *Bunte Herzen*.¹⁾ In den Novellen ist es das Einzelerlebnis, was er herausgreift, während im Roman verschiedene Lebensfäden in einem Punkt zusammengehen und in Lust oder Unlust das entscheidende Wort aus dem Mund des Lebens selber erwarten. Auch ist die Auswahl der Motive, ihre Verästelung und Verknüpfung im Roman mannigfaltiger und beziehungsreicher als in der Novelle. Wenn die Novelle den psychologischen Einzelvorgang aufgreift, so sucht der Roman in dem Verhalten der Handelnden einen Symbolwert für die Totalität des Lebens herauszustellen. Auch in dem bei Keyserling stets sich wiederholenden Hineinbeziehen des Landschaftlichen kommt das zum Ausdruck: Was in der Novelle Stimmungsfaktor ist, wird im Roman Unterstützung des Symbolischen.

Der Umkreis menschlicher Eigenarten ist bei Keyserling nicht sehr groß, auch sind die Konflikte verwandt. Ihn interessiert nicht so sehr das Individuum als solches, sondern nur soweit es Funktionär des Lebenstriebes ist, und so genügt er sich am Typ. Auch ist ihm der Konflikt als solcher nicht so bedeutsam. Die Gegenüberstellungen sind ja doch meist die selben; aber in jeder Gegenüberstellung stecken so verschiedene symbolische Werte, kommt solche Fülle menschlicher Bindungsgeheimnisse zutage, daß es inner und wieder reizt diese eine Gegenüberstellung hin und her zu wenden.

¹⁾ Alle Werke Keyserlings (mit Ausnahme der beiden Erstlingsromane, die nicht mehr zu haben sind) sind bei S. Fischer in Berlin erschienen.

Es ist alles Symbol philosophischer oder psychologischer Erkenntnis bei Keyserling. In der Darstellung aber ist alles in lebendige Anschauung übertragen. Es wurde schon darauf hingewiesen, wie Landschaft und Umwelt zur sinnbildlichen Verdeutlichung des Dramas herangezogen werden. Aber nie ist da eine aufdringliche Parallelisierung vorgenommen; immer sind die Stimmungswerte mit dem Ganzen in dem äußersten Takt verbunden, der das Werk dieses Dichters kennzeichnet, und zwar in einer vollkommen sinnlichen, ich möchte sagen: intuitiven Einheit, die auch nicht den Schatten des Erklügelten hat. Der letzte Roman *Wellen* ist da beleuchtend: Ein Maler ringt mit dem Meer und mit dem Weib um den Ausdruck ihres Wesens, und mit diesen beiden komplizierten Naturen wird sein einfaches ungespaltenes Wesen nicht fertig. Das Ganze ist die Tragödie zweier Menschen, deren Körper sich recht gut verstanden, die aber nun, da die Seelen sich zusammenstimmen sollen, vor der Aussprache zurückbeben. Das Kastenproblem verschärft die Komplikation. Ein psychologisches und teilweise auch soziologisches Motiv, das aber durch die Verknüpfung mit dem landschaftlichen Symbol ins dichterisch Bedeutsame gehoben wird. Die ungezwungene Symbolisierung ist aber dadurch erreicht, daß das Meer notwendig in das Erlebnis eingefügt wird.

Dieses Herausholen der ungezwungenen Einheit ist künstlerisch ganz wundervoll und für den Dichter bezeichnend. In der Novelle, die an und für sich ja schon geschlossener Form ist, ist es überaus köstlich, wie alles auf einen Ton gestimmt ist. Da ist die Novelle *Harmonie*: Ein aristokratisches Leben an der äußersten Grenze des Möglichen geht lautlos beiseite, als es seinen Lebensstil nicht länger gegen das Eindringen des Unharmonischen zu wahren vermag. Diese Novelle ist ganz durchgehalten in einem fleckenlosen Weiß: »ein Traum, ganz weiß von dir«. Durchgehalten bis in die Katastrophe, wo Annemarie ins Wasser geht. Hier diese Schilderung, die ein Meisterstück Keyserlingscher Malkunst ist, die die weichen Pastellfarben liebt: »Die Stimme war ganz nah. Da ging sie auch schon an ihnen vorüber, langsam. Einen Fliederzweig hielt sie in der Hand und bewegte ihn sachte, als schlänge sie den Takt zu ihrem Lied. Die Schleppe des weißen Musselinkleides rauschte leise auf dem Kies. Es war, als wendete sie den Kopf einen Augenblick nach der Seite, wo die beiden saßen. Felix sah deutlich das schmale Gesicht: ruhig und fremd, die Lippen waren zum Singen halb geöffnet. So ging sie vorüber. Der Gesang entfernte sich, dann kam er wieder deutlich über das Wasser, wie ein Wiegenlied klang es, ein Lied, das eine Mutter im Schein der Nachtlampe an einer weißen Wiege singt, wenn ihr die Augen halb zufallen. Jetzt war sie auf der andern Seite des Teiches. Die helle Gestalt ging den Brettersteg entlang, der in das Wasser hineingebaut war. Am Ende des Stegs blieb sie stehen, wiegte den Fliederzweig und sang. Ein Ton im Wasser. Wildenten flogen aus dem Schilf auf. Das Mondlicht auf dem Wasser drüben wurde einen Augenblick unruhig, fuhr kraus hin und her.«

Die kompositionelle Kunst in ihrer Vollendung zeigt ganz und gar eine Novelle wie *Schwüle Tage*: Ein Sohn erlebt da die verschwiegene Tragödie seines Vaters, eines jener stolzen, bis zuletzt Haltung bewahrenden Keyserlingschen Menschen. Aber gleichzeitig erlebt der Junge sich selber. Wie der Dichter hier unmerklich enthüllend, voller Zurückhaltung, vorgeht, wie er beide Ereignisse kontrastiert und doch eins ans andere bindet, für den Erlebenden in eins verknüpft; sodann der Vortrag, dieses mit der Neugier junger Hunde am

Leben Herumschnuppernde des Jungen, der die Geschichte erzählt: das ist künstlerisch geradezu verblüffend. Ein Fieber ist wie immer bei Keyserling das erotische Verlangen. (»Alle seltsam einsam, aber eine Einsamkeit die fiebert«, heißt es bezeichnend in *Dumala*.) So spiegelt er das auch in der Stimmung der Landschaft. Um das Erlebnis kocht und wogt die heiße, fiebernd sinnliche Luft des Sommers, der reifen, gärenden Felder, der nächtlichen Parks mit ihren Verschwiegenheiten und wird Nervenlebnis im bereits empfänglich gestimmten Blut, dessen Erregung dadurch andererseits gesteigert wird. Solche Dichtungen sind Meisterstücke in ihrer Ineinanderfügung und machen nicht den Eindruck des bewußt Komponierten sondern des ganz intuitiv Erblickten und von zitternd reagierenden Nerven sehr sensibel Aufgenommenen.

Keyserling steht bereits weit im 6. Jahrzehnt seines Lebens. Er war ein Geistreifer, als er mit seinen novellistischen Büchern hervortrat, und, was er gibt, ist menschlich wie künstlerisch ganz ausgereift und edel. Er hat Stil als festen, natürlich gewachsenen Ausdruck innerer Disposition; als lautlosen selbstverständlichen Lebensrhythmus. Er kann viel daraufhin wagen, wie die nächtliche Szene in der Schenke an der polnischen Grenze in der Novelle *Bunte Herzen* zeigt. Das macht auch, daß man seine Bücher immer wieder lesen mag, Zeile für Zeile seine überaus reifen Sätze durchkostend. Wie sehr er auch weltanschaulich einen Bruch mit dem Ästhetizismus bedeutet: künstlerisch wäre er ohne die alte Kultur, die er im Blute hat, gar nicht denkbar. Dank ihrer ward er befähigt der vornehmste Sprach- und Stilkünstler zu werden, den wir zurzeit haben.

XXX
**FRIEDRICH KLEIS · DIE HERABSETZUNG DES
 LEBENSALTERS FÜR DEN BEZUG DER ALTERS-
 RENTE**



UNTER den mannigfachen Verbesserungsvorschlägen für unsere Sozialversicherung spielt die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente eine große Rolle. Schon als im ursprünglichen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz der Beginn der Altersrente auf das 70. Lebensjahr festgesetzt wurde, erhob sich dagegen vielseitiger Widerspruch. Nicht mit Unrecht sagten viele Arbeiter: 70 Jahre werden wir ja doch nicht alt. Da bei der Schaffung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auch ein großes Gewicht auf die Altersrenten gelegt wurde, beantragten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Altersrenten schon vom vollendeten 60. Lebensjahr an beginnen zu lassen.

Gleichwohl gab es später eine Zeit, in der nicht nur die sozialdemokratische Partei die Forderung nicht vertreten hat, sondern in der sich führende Parteigenossen sogar gegen die Herabsetzung aussprachen, so Genosse Bebel und andere. Diese bezeichneten die Forderung als ganz unglücklich. Da in der Landwirtschaft die alten Leute viel zahlreicher seien als in der Industrie, so käme die Herabsetzung der Altersgrenze vorwiegend der Landwirtschaft zugute. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten aber den geringsten Vorteil davon. Ihnen würde die Rente durch Kürzung des Arbeitsverdienstes wieder abgejagt, auch wenn der einzelne Arbeiter genau so viel leistet wie jeder

andere an der selben Stelle. Das sei eine Belastung der Industrie zugunsten der Großgrundbesitzer. Genosse Molkenbuhr wies einmal darauf hin, daß diese Lohnkürzungen auch durch das Reich und die Bundesstaaten vorgenommen würden, Die in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten Beschäftigten, die Altersrente bekommen, kämen gewöhnlich an dem Tag, an dem ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es sei nicht selten, daß ihnen mehr vom Lohn abgezogen wird als sie in Form von Rente erhalten. Die hier in Frage kommenden Arbeiter, so wurde weiter ausgeführt, hätten keine gewerkschaftliche Organisation und somit kein Mittel die Lohnkürzungen zu bekämpfen. Die Forderung auf Herabsetzung des Lebensalters für den Bezug der Altersrente werde im Reichstag vorwiegend von Führern des *Bundes der Landwirte* (dem Freiherrn von Ploetz und anderen) erhoben, was sehr bedenklich sei. Wie weit diese Ansichten innerhalb der sozialdemokratischen Partei verbreitet waren, ergibt sich daraus, daß auf dem Parteitag in Jena /1905/ ein Antrag abgelehnt wurde, nach dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufgefordert werden sollte im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für die Altersrente zu verlangen. Allerdings ist hier zu bemerken, daß zu jenen Zeiten die Bewilligung der Invalidenrenten noch eine liberale war, und daß die Rentenquetscherei auf diesem Gebiet erst später (nach der Tätigkeit der Bereisungskommission) einsetzte.

Inzwischen änderten sich die Meinungen. Alle mit der Arbeiterbewegung irgendwie im Zusammenhang stehenden Kongresse usw., die zur Reichsversicherungsordnung Stellung nahmen, forderten die Herabsetzung der Altersgrenze auf mindestens 65 Jahre. So die Krankenkassenkongresse, die Jahresversammlungen des *Zentralverbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich*, die Generalversammlungen vieler Gewerkschaften und schließlich auch der Parteitag in Leipzig. So kam es, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag die sozialdemokratische Fraktion den Antrag stellte die Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen. Als es aber zur Abstimmung über den Antrag kam, stimmten die früheren Befürworter der Herabsetzung, namentlich die Konservativen, gegen ihn, so daß er abgelehnt wurde. Nur einige Nationalliberale waren noch für ihn eingetreten. Auch das Zentrum bewies seine Arbeiterfreundlichkeit dadurch, daß es gegen den Antrag votierte. Bei der 3. Beratung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstags kam die Frage nochmals ausführlich zur Verhandlung. Man verstieg sich hierbei nur so weit einen Antrag anzunehmen, nach dem der Bundesrat im Jahr 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrenten zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat. Es wurde eine entsprechende Bestimmung in das Einführungsgesetz aufgenommen.

Vor kurzem ging nun folgende Mitteilung durch die Tagespresse:

»Die Reichsregierung hat die vom Reichstag gewünschte Prüfung der Frage, ob eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente möglich ist, bereits in die Wege geleitet. Es wird beabsichtigt diese Prüfung in die Hände eines Sachverständigenausschusses zu legen. Zu diesem Zweck sind die Bundesregierungen aufgefordert worden Sachverständige für diesen Ausschuß namhaft zu machen. Der Gedanke liegt nahe, daß man auch die dem Reichstag angehörenden sachverständigen Mathematiker zur Mitwirkung bei dieser Prüfung berufen wird. Allerdings ist von den 3 Mathematikern, die dem letzten Reichstag angehörten, nur einer Mitglied des neuen Reichstags geworden. Wenn man trotz des noch 3 Jahre entfernt liegenden Zeitpunkts schon jetzt an die Vorarbeiten der Prüfung herangetreten ist, so hat das seine

Ursache darin, daß von dem Sachverständigenausschuß möglicherweise sehr umfangreiche und zeitraubende statistische Erhebungen zur völligen Klarstellung der Wirkung einer Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente beschlossen werden können.«

Diese Umständlichkeiten sind absolut nicht nötig. Die Herabsetzung der Altersgrenze ist eine unabweisbare Notwendigkeit, wenn das Wort *Altersversicherung* nicht nur ein schönes Aushängeschild sein soll. Die Kosten der frühern Gewährung der Altersrente können auch ohne weiteres getragen werden.

Die Zahl der bewilligten sowie laufenden Altersrenten ist zurzeit so gering, daß sie in der Arbeiterversicherung keine nennenswerte Rolle mehr spielt. Im Jahr 1891, in dem das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft trat, wurden 132 926 Altersrenten bewilligt. Das ist eine außerordentlich große Zahl, die nur durch die sehr günstigen Übergangsbestimmungen des Gesetzes in diesem Punkt entstanden ist. Als das Gesetz ins Leben trat, wurde sofort allen über 70 Jahre alten Personen die Altersrente bewilligt, auch wenn sie nur eine Marke auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung geklebt hatten. Auch in den Jahren darauf waren die Bewilligungen noch umfangreich. Im Jahr 1894 wurden noch 33 871 Altersrenten festgesetzt. Seitdem gestaltete sich das Bild folgendermaßen:

Jahr	Bewilligte Renten	Laufende Renten	Ausgaben für Altersrenten
1897	22 320	303 955	27 555 955 Mark
1900	19 852	195 133	26 224 203 "
1903	12 430	168 550	22 113 103 "
1906	10 666	134 100	18 354 811 "
1909	11 003	108 637	15 549 500 "
1911	11 588	93 369	14 010 869 "

Sowohl die Zahl der bewilligten wie die der laufenden Renten und damit auch die Beträge, die für Altersrenten ausgezahlt wurden, alles hat erheblich abgenommen.

Die Ursache für diese Erscheinung ist nicht darin zu suchen, daß der alten Leute immer weniger werden (bei der allgemeinen Abnahme der Sterblichkeit dürfte ihre Zahl sogar zunehmen), sondern vielmehr darin, daß die Wartezeit für die Erlangung der Altersrente immer schwerer zu erfüllen ist, je länger das Gesetz besteht. Wer Altersrente haben will, muß nicht nur das 70. Lebensjahr überschritten haben sondern auch nachweisen, daß er seit Bestehen des Gesetzes bis zur Vollendung des genannten Lebensjahrs so viele Beitragsmarken geklebt hat, daß auf jedes der inzwischen verstrichenen Jahre mindestens 40 Marken entfallen. Wer also im Jahr 1912 das 70. Lebensjahr überschreitet, muß mindestens 840 bis 880 Marken nachweisen, wer es im Jahr 1913 vollendet, muß mindestens 880 bis 920 Marken vorzeigen usw. Wer nun einmal längere Zeit keine versicherungspflichtige Arbeit getan hat, oder wer auch nur einmal längere Zeit von einem Arbeitgeber keine Marken geklebt bekam (beides sind Fälle, die außerordentlich oft vorkommen), der muß so lange weiter Marken kleben, bis die angegebene Zahl erreicht ist, wenn er nicht vorher stirbt. Kann er die Wartezeit noch erfüllen, so erhält er erst von diesem spätern Zeitpunkt an die Rente. Im Jahr 1910 waren 112 Personen über 75 Jahre und 5 Personen über 80 Jahre alt, als sie die Altersrente er-

hielten. Es wird also in den nächsten Jahren die Zahl der Altersrentner noch mehr abnehmen.

Wie hoch würden sich nun die Kosten der Herabsetzung der Altersgrenze stellen? Auch diese Frage ist ziemlich geklärt. Schon in den Motiven zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, die am 1. Januar 1900 in Kraft trat, waren die Mehrausgaben berechnet. Danach hätten sich bei Herabsetzung von 70 Jahren auf 65 die jährlichen Ausgaben für die Versicherungsanstalten um 20 319 600 Mark und für das Reich um 9 966 450 Mark gesteigert. Auch in den Motiven zur Reichsversicherungsordnung aus dem Jahr 1910 ist die Angelegenheit besprochen. Die Regierung stützt sich dabei auf die Berufsstatistik von 1907. Danach würde sich bei Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre die Zahl der Altersrentenempfänger um 176 655, bei Herabsetzung auf 60 Jahre um 495 936 erhöhen. Es sind nämlich so viele invalidenversicherungspflichtige Personen in den bezeichneten Altersstufen vorhanden wie die Zahlen angeben. Die durchschnittliche Altersrente beträgt gegenwärtig 161,64 Mark. Bei Zugrundelegung dieses Betrags ergäbe sich folgende jährliche Mehrbelastung:

Herabsetzung der Alters- grenze auf	Mehrbelastung (in Mark)		
	überhaupt	davon entfallen auf die Versiche- rungsanstalt	das Reich
65 Jahre	28 554 514	19 721 764	8 832 750
60 „	80 163 095	55 366 295	24 796 800

»Gegenüber dieser Mehrbelastung kann eine Herabsetzung der Altersgrenze nicht vorgeschlagen werden«, sagt dazu die Begründung der Reichsversicherungsordnung. Die Berechnung ist aber nicht ganz stichhaltig. Selbst angenommen, die angegebene Zahl der erwerbstätigen Personen sei richtig, so kann doch weiter nicht angenommen werden, daß alle diese die Altersrente bekommen werden. Ein Teil wird die Wartezeit nicht erfüllt oder die Anwartschaft verloren haben usw. Weiter ist zu berücksichtigen, daß durch den frühern Beginn der Altersrenten an den Invalidenrenten gespart wird. Gerade die Zahl der Leute, die im Alter von 60 bis 69 Jahren die Invalidenrente beantragen (sie beträgt zirka 46 000 pro Jahr) ist recht erheblich; der Antrag auf Invalidenrente (obgleich diese höher ist als die Altersrente) wird vielfach unterbleiben, wenn der Versicherte die Altersrente bekommt. Der Kampf um die Altersrente ist schon sehr gefürchtet. Die Zahl der in der Berechnung angenommenen Altersrenten wird sich also ermäßigen. Auf alle Fälle sind die Mehrausgaben zu hoch geschätzt. Selbst aber vorausgesetzt, daß die Zahlen richtig sind: ist die Mehrbelastung so erheblich, um von ihnen so viel Aufhebens zu machen? Die Einnahmen der Versicherungsträger in der Invalidenversicherung betragen 1910 insgesamt 254½ Millionen Mark, die auf sie entfallenden Rententeile nur 111 Millionen. Der Vermögenszuwachs betrug 88 Millionen Mark. Kann es da auf 19 Millionen Mark Mehrausgabe für Altersrente, die auf die Versicherungsträger entfallen, so wesentlich ankommen?

Die Invaliden- und Alterszwangsversicherung Frankreichs setzt den Beginn der Altersrente auf das 65. Lebensjahr fest. Die freiwillige staatliche Ver-

Schneider Zum 1. März waren in 31 Städten, darunter Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln und München, die Tarifverträge für die Herrenmaß- und Uniformschneiderei gekündigt worden. Die vertraglich vorgesehenen zentralen Verhandlungen der Hauptvorstände der 3 Gehilfenverbände und des *Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe* für die Städte, in denen bei den örtlichen Verhandlungen keine Einigung erfolgt war (diesmal 27), begannen am 2. Februar in Frankfurt. In den letzten 4 Jahren hatten diese zentralen Verhandlungen den Erfolg gehabt, daß das Maßschneidergewerbe von größeren Streiks und Aussperrungen verschont blieb. In diesem Jahr brachen aber die Arbeitgeber die Verhandlungen ab, indem sie den Arbeitnehmervertretern ein Ultimatum stellten, wonach Zulagen nur im Rahmen einer durchschnittlichen 5prozentigen Lohnerhöhung gewährt werden sollten. Dieser Prozentsatz sollte für einzelne Orte geringer, für andere etwas höher sein. Auf Verlangen wurden den Gehilfenvertretern die auf dieser Grundlage zusammengestellten neuen Lohntarife überreicht, deren *en bloc*-Annahme Bedingung sein sollte. Als die Vertreter der 3 Gehilfenorganisationen erklärten, daß das Angebot der Arbeitgeber nicht in allen Punkten und nicht für alle Orte genüge, daß sie aber bereit seien auf Grund dessen weiter zu verhandeln, erklärte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Verhandlungen für gescheitert. So traten denn am 1. März in 30 Städten 7000 Schneidergehilfen in den Streik ein, während die Unternehmer am 9. März in weiteren 95 Städten Aussperrungen verfügten. Die Zahl der Ausgesperrten betrug 8000, so daß insgesamt 15 000 Schneidergesellen im Kampf standen. Durch die Vermittlung des Reichsamts des Innern kamen zwischen den Parteien am 26. März erneute Verhandlungen zustande, die zunächst in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz des Magistratsyndikus Dr. Hiller stattfanden. Dazu wurden später Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner-München und Magistratsrat von Schulz-Berlin hinzugezogen. Durch Schiedsspruch der 3 Unparteiischen wurden zunächst für die einzelnen Orte die prozentualen Lohnzulagen bestimmt. Die Umrechnungen nahmen darauf die Ortsvertreter der Parteien vor. Die Arbeitsaufnahme erfolgte dann am 9. April.

X

Kongresse und Verbandstage Der 7. Verbandstag deutscher Gastwirtsgehilfen fand vom 19. bis zum 23. März in Nürnberg statt. Außer den Vorstandsvertretern und ausländischen Gästen waren 89 Delegierte anwesend. Die Mitgliederzahl ist in den beiden letzten Jahren von 9572 auf 13918 gestiegen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum 31. Dezember 1911 einschließlich eines Bestands von 109 744,70 Mark 338 711,55 Mark. Die Gesamtausgaben der Hauptkasse beliefen sich während dieser Zeit auf 209 313,40 Mark, so daß ein Bestand von 129 398,15 Mark in der Hauptkasse verblieb. Von den Ausgaben kommen 40 655,85 Mark auf Streik- und Gemaßregelungenunterstützung. Nach einem Referat über Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwerbe wurde eine längere Resolution angenommen, in der Maßnahmen bei Lohnbewegungen, Arbeitseinstellungen, Streiks, Sperrungen und Boykotts vorgesehen sind. Weitere Resolutionen wurden nach Referaten über die wirtschaftliche Lage der Küchenangestellten sowie über den Arbeiterschutz im Gastwirtsgerwerbe gefaßt. Ferner wurde zu der Frage der Ein- und Auswanderung Stellung genommen. Außerdem wurden die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung des Beitrags um 10 Pfennig pro Woche in allen Klassen beschlossen. Als 1. Vorsitzender wurde Zeiske-Berlin gewählt, da Poetzsch eine Wiederwahl ablehnte.

Die Gläser tagten vom 8. bis zum 10. April in Dresden. Von 1909 bis 1911 ist ihre Mitgliederzahl von 4249 auf 4967 gestiegen. Das Vermögen ihrer Hauptkasse beträgt 96 064 Mark; von 1909 bis 1911 wurden 247 363 Mark eingenommen und 151 299 Mark ausgegeben. Von den Ausgaben entfallen 56 058 Mark auf Streik- und Gemaßregelungenunterstützung, auf Tarifverhandlungen usw. Die Zahlstellen, deren Einnahmen 374 550 Mark und Ausgaben 361 513 Mark betragen, zahlten für Arbeitslosenunterstützung 108 903 Mark aus. Der Verbandstag beschloß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in besonderen Fällen und die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 70 Pfennig. Debattelos fand eine Resolution Annahme, wonach der Abschluß eines Reichstarifs im Gläsergerwerbe abgelehnt und der Vorstand beauftragt wird sein Augenmerk auf den Abschluß örtlicher Tarife zu richten. Die Verschmelzung mit dem Holzarbeiter-

X

verband, über die seit einem Jahrzehnt auf jedem Verbandstag diskutiert wird, wurde mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt; auch der Vorschlag einer Urabstimmung darüber wurde mit 21 gegen 14 Stimmen verworfen. Zur Frage des Zentralarbeitsnachweises wurde beschlossen, daß die Zentrale wöchentlich über den jeweiligen Stand der örtlichen Nachweise Zähllisten einfordern und sie an die Nebenstellen vermitteln solle. Über die Vermittlungstätigkeit der einzelnen Nebenstellen soll die Zentrale monatlich das statistische Material einholen, um es an das reichsstatistische Amt weiterzugeben.

Der 1. Verbandstag der Hausangestellten tagte vom 14. bis zum 16. April in Berlin und wurde von 22 Delegierten aus 16 Städten besucht. 1911 zählte der Verband durchschnittlich 5474 Mitglieder in 38 Ortsgruppen. Die Verbandseinnahmen betragen 26 462,91, die Zuschüsse von der *Generalkommission* 15 200 Mark. An Ausgaben verzeichnet der Bericht 38 440,98 Mark, darunter 635,32 Mark für Rechtsschutz und 4975,51 Mark für Krankenunterstützung. Als Vermögensbestand sind 3221,93 Mark angegehen. Zur Reichsversicherungsordnung und zum Stellenvermittlergesetz nahm der Verband Stellung. Er entfaltete überhaupt eine außerordentlich rege Agitation. Die Tagung selbst brachte ausführliche und gut durchdachte Referate über Stellenvermittlung, über Agitation, Fortbildung, Unterhaltung und Geselligkeit, die den Verbands- und den Ortsgruppenleitungen wertvolle Anregungen und Richtlinien für ihre Maßnahmen bieten. Beschlossen wurde eine Erhöhung des monatlichen Beitrags von 40 auf 50 Pfennig, wovon den Ortsgruppen die Hälfte verbleiben soll. Die Vorsitzende Ida Baar wurde wiedergewählt. In 3 Jahren soll der nächste Verbandstag in Leipzig zusammentreten.

Die *Dachdecker* hielten ihren Verbandstag vom 15. bis zum 18. April in Nürnberg ab. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist in den letzten 2 Jahren von 6191 auf 8482 gestiegen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 35 254 Mark nach, während an Ausgaben für Streiks und Aussperrungen 108 732 Mark, für Reise- und Umzugsunterstützung 27 287 Mark und für andere Unterstützungen 3000 Mark verzeichnet sind. Das Verbandsvermögen ist trotz der umfangreichen Kämpfe in den beiden letzten Jahren von 51 232 Mark auf 126 142 Mark gestiegen. Ein großer Teil

der Verhandlungen galt der Taktik bei Lohnkämpfen. Die Aussprache darüber klang dahin aus, daß der Zentralvorstand in Zukunft jede Abweichung vom Statut mit Verweigerung der Streikgenehmigung beantworten solle; als Verwalter des Verbandsvermögens sei er das den Kollegen im Lande schuldige. Die Staffellung der Verbandsbeiträge, von denen 80 % der Hauptkasse zuzuführen sind, bleibt unverändert bestehen, doch sollen auf die Dauer von 25 Wochen Extrabeiträge von 20 bis 35 Pfennig erhoben werden. Die Streikunterstützung ist auch neu geregelt worden, und zwar unter Berücksichtigung der Mitgliedschaftsdauer. Ferner wurde der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Prinzip zugestimmt, doch soll die endgültige Entscheidung darüber dem nächsten Verbandstag überlassen bleiben, der 1914 in Berlin stattfinden soll.

Der *Kürschner*verband hatte dieses Jahr seine Tagung vom 22. bis zum 25. April in Leipzig. Der Verband besteht seit 10 Jahren und zählte Ende 1911 rund 4000 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen in den letzten 3 Jahren 353 023 Mark; verausgabt wurden 352 653 Mark, darunter für Streiks und Aussperrungen 1909 4324 Mark, 1910 10 327 Mark und 1911 170 924 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 9790, für Reiseunterstützung 361, für Krankenunterstützung 26 497 und für Wöchnerinnenunterstützung 550 Mark. Das Verbandsvermögen belief sich Ende 1911 auf 53 508 Mark. Einen Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Zurichteraussperrung in Rötha, durch die dem Verband fast 170 000 Mark Kosten erwachsen. Der Vorstand hatte nun eine Änderung des Streikreglements brant, um künftig berechtigt zu sein einen Streik für beendet zu erklären, wenn keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Seine Anträge wurden indes abgelehnt. Die Beiträge werden in der 2. Klasse um 5 Pfennig, in der 3. und 4. Klasse um 10 Pfennig erhöht, ohne daß an den Unterstützungsseinrichtungen etwas geändert wurde. Der nächste Verbandstag soll 1915 in Arnstadt stattfinden.

× ×
Kurze Chronik. Am 5. April dieses Jahres starb in Hamburg Ernst Kretschmer, einer der Gründer des Bäckerverbandes. 10 Jahre war Kretschmer Vorsitzender des Hamburger Gewerkschaftskartells, und in dieser Eigenschaft wirkte er mit an der

Errichtung des Gewerkschaftshauses. X Die Hamburger Hafenarbeiter erzielten durch Verhandlungen die 9stündige Arbeitszeit ab 1. Mai 1913 und Lohnerhöhungen. Vom 1. Mai dieses Jahres an beträgt der Tagelohn 5,20 Mark, er steigt am 1. Januar 1913 auf 5,30 Mark und am 1. Januar 1914 auf 5,40 Mark. X Die Mitgliederzahl des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes stieg 1911 von 39 262 auf 47 376. Damit hat der Verband die größte Zunahme seit seinem Bestehen zu verzeichnen. X Seit Februar haben die Textilarbeiter 50 000 weibliche Mitglieder. Noch vor 10 Jahren waren in dem Verband erst 12 000 Arbeiterinnen organisiert. X In letzter Zeit konnten die Böttcherzeitung sowie die Sattler- und Portefeullerzeitung ihr 25jähriges Bestehen feiern. Beide Zeitungen haben sich aus kleinen Anfängen zu einflussreichen Berufsorganen entwickelt. X Eine Auflage von 200 000 Exemplaren hat der Proletarier, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, erreicht. Aus diesem Anlaß hat die Redaktion eine Festnummer erscheinen lassen. X Der Schneiderverband hat jetzt mehr als 50 000 Mitglieder.

X
Literatur Als 486 Seiten starker Band ist das 4. Jahr- und Handbuch der Brauerei- und Mühlenarbeiter erschienen. Nach einer allgemeinen Übersicht über das Wirtschaftsjahr und über die Sozialpolitik im Jahr 1911 wird darin die Lage in der Brau- und Malz- wie in der Mühlenindustrie erörtert; dann werden auch die Unternehmerorganisationen, die für den Verband in Frage kommen, behandelt. Den größten Raum nehmen die Darstellung der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sowie die Tarifverträge im Text und in tabellarischen Zusammenstellungen ein. Nur die letzten 60 Seiten sind den Finanzen und der Verwaltung des Verbands gewidmet. X In seiner Schrift *Die Entwicklung und Tätigkeit des deutschen Metallarbeiterverbandes* /Berlin, C. Heymann/ gibt Dr. Otto Hommer auf 175 Seiten eine kurz skizzierte Geschichte dieses Verbands von seiner Gründung bis zum Jahr 1909. Er behandelt darin sowohl die Entstehung, Ausbreitung und Hindernisse der Bewegung, den Kampf um die Arbeitsbedingungen sowie auch die Unterstützungseinrichtungen und die weiteren Entwicklungstendenzen des Verbands. Der Anhang enthält Tabellen und

graphische Darstellungen über Mitgliederzahl, Einnahmen, Ausgaben usw. X Das 78 Seiten starke Heft *Die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung* von Heinrich Göhring (in der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/) will eine Übersicht über die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen in allen Kulturländern (Europa, Nordamerika, Australien) geben, mit Tabellenmaterial, das den Veröffentlichungen der einzelnen Organisationen entnommen ist. Die Ausführungen des Verfassers, der den rein gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber den freien das Wort redet, sind nicht immer objektiv; so, wenn er behauptet, daß es bei den Streiks in Deutschland (wie in Dresden, Chemnitz, Hamburg, Breslau und neuerdings in Berlin-Moabit) wiederholt zu blutigen Ausartungen gekommen wäre; oder, daß im Baugewerbe Deutschlands sowie in den meisten anderen Gewerben mit der stetigen Steigerung der Arbeitslöhne eine ständige Verringerung der Arbeitsleistung Schritt gehalten habe. X Die Schrift *Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912* von Heinrich Imbusch /Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ richtet sich gegen den Streik der Bergarbeiter und gegen den alten Bergarbeiterverband, hat also die Tendenz das Verhalten des christlichen Verbands zu rechtfertigen. X Speziell auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten ist die Broschüre *Die deutschnationale Arbeiterbewegung* von Carl Cermak /Wien, Brand/, die dort der Agitation gegen die deutschnationale Bewegung dient.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Deutsche Konsumvereine - Nach dem Vorstandsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bedeutet das Jahr 1911 für die deutschen Konsumvereine ein Jahr bisher beispielloser Entwicklung. Zwar hat die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine keine große Steigerung erfahren (von 1151 auf 1183). Das findet aber seine natürliche Erklärung in der gegenwärtigen auf Zentralisierung gerichteten Tendenz der Bewegung, die statt Gründung neuer Vereine die Errichtung von Filialen bestehender vorzieht, und die durch Zusammenfassung benachbarter Genossenschaften zu Bezirkskonsumvereinen sogar auf eine Verminderung der Zahl der Vereine hinwirkt. Der gewaltige Fortschritt drückt sich vielmehr in

der Zunahme der Mitglieder, des Umsatzes und der Eigenproduktion aus. Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahr eine Steigerung von 181 000 auf 1 325 000 erfahren. Der Umsatz sämtlicher Vereine, einschließlich der Großeinkaufsgesellschaft, erhöhte sich von 433 auf 506 Millionen Mark, also um 73 Millionen. Das ist die größte absolute Steigerung, die bis jetzt zu verzeichnen war; das letzte Jahr brachte nur eine solche von 51 Millionen. Am erfreulichsten ist aber die rapide Zunahme der Eigenproduktion: Es wurden im Berichtsjahr von den Vereinen des *Zentralverbands* für 81 Millionen Mark Waren in eigenen Betrieben hergestellt, gegenüber 66 Millionen Mark im Vorjahr. Der Grundbesitz der Verbandsvereine stand am Jahresschluß mit 74 Millionen Mark zu Buch; Maschinen und Inventar mit 14 Millionen. Genauere Daten über die Zunahme der Verbandsgenossenschaften wird erst der jetzt im Erscheinen begriffene Sekretariatsbericht bringen.

Diese Entwicklung stellt den *Zentralverband* vor neue organisatorische Aufgaben. Die Verbandssekretariate der Revisionsverbände, die gegenwärtig nur durch eine Person besetzt sind, bedürfen des weitem Ausbaues; ebenso macht die Entwicklung der Verlagsanstalt die Schaffung eigener Räume notwendig, wodurch eine Änderung der Organisation auch des *Zentralverbands* bedingt wird. Der 9. ordentliche Genossenschaftstag wird vom 15. bis zum 19. Juni in Berlin abgehalten werden. Die Tagesordnung enthält folgende wichtigste Punkte: Bericht des Vorstands und des Generalsekretärs (Radestock und Kaufmann), die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherungsgesellschaft *Volksfürsorge* (von Elm), das Musterstatut für Konsumvereine (Schmidtchen), die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels (August Müller), Bericht der Fortbildungskommission genossenschaftlicher Unterrichtskurse (Rupprecht), Bericht über die Unterstützungskasse (Kretschmer), Bericht über das Tarifamt usw. Dem Genossenschaftstag geht eine Versammlung der Funktionäre des *Zentralverbands* voraus. Mit ihm verbunden ist eine genossenschaftliche Ausstellung, die im *Clou* stattfindet. An den Genossenschaftstag schließt sich die 18. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft. Ihre Tagesordnung hat nur den üblichen geschäftlichen Inhalt.

X

Deutsche Großeinkaufsgesellschaft Das am 31. Dezember 1911 abgeschlossene 18. Geschäftsjahr brachte unserer Großeinkaufsgesellschaft wieder eine beträchtliche Erhöhung ihres Umsatzes. Von 88 669 649 Mark im Vorjahr ist der Umsatz im letzten Jahr auf 109 605 469 Mark emporgeschwollen. Das ist also eine Steigerung von 23,6 %, ein außerordentlich erfreuliches Resultat. Die Zahl der Gesellschafter stieg von 675 auf 706, die der überhaupt kaufenden Vereine von 1554 auf 1574. Infolge des gesteigerten Umsatzes mußten in 4 von den 6 Lagern der Gesellschaft Vergrößerungen respektive Neubauten vorgenommen werden. Für den Umsatz in Manufakturwaren wurde ein besonderer Reisevertreter angestellt, auch soll demnächst in Gröba-Riesa ein ständiges Manufakturwarenlager eröffnet werden. Auch der Schuhwarenabsatz, für den im letzten Jahr zum erstenmal probeweise gereist wurde, hat eine Steigerung von 22 % erfahren.

Wie gewöhnlich entstammte ein Teil der von der Großeinkaufsgesellschaft verkauften Waren genossenschaftlichen Quellen. Es wurden für insgesamt 5 634 970 Mark von anderen Genossenschaften bezogen, gegen 3 599 915 Mark im Vorjahr. Davon entfielen 2 040 380 Mark auf landwirtschaftliche Genossenschaften, 1 029 000 Mark auf die Papierwarenfabrik des *Zentralverbandes*, 434 700 Mark auf die Schlächtereier der Hamburger Produktion, 421 170 Mark auf die Genossenschaftswebereien in Cunewalde und Hof usw. Gewaltig vergrößert hat sich die Eigenproduktion der Gesellschaft. Die Seifenfabrik in Gröba-Riesa, die das erste volle Jahr hinter sich hat, erzielte einen Umsatz von 4 686 193 Mark; 1153, also etwa zwei Drittel aller überhaupt bei der Gesellschaft kaufenden Vereine bezogen Produkte dieses Unternehmens. Der Fabrik haben sich bereits 2 Nebenbetriebe angegliedert: eine Schlosserei für Reparaturen und eine Kistenfabrik, die 10 Personen beschäftigt. Insgesamt waren in dem ganzen Betrieb 226 Personen tätig. Die Zigarrenfabriken in Frankenberg, Hamburg und Hockenheim steigerten ihren Umsatz von 2 145 569 Mark im Jahr 1910 auf 2 699 607 Mark, also um rund 1/2 Million. 945 Vereine bezogen die Tabakfabrikate, 774 die Zigarren dieser Fabriken. 614 Personen waren in ihnen am Schluß des Jahres beschäftigt, gegen 565 Ende 1910. Einen kleinern Umsatz hatte die Kaffeerösterei, die nur

X

1667 081 Kilo abgab, gegen 1698 161 Kilo im Vorjahr. Der Bericht führt dies einmal auf die hohen Kaffeepreise, sodann darauf zurück, daß mehrere Vereine zum Selbströsten des Kaffees übergegangen sind. Die nunmehr 3 Jahre bestehende Bankabteilung hatte einen Gesamtverkehr im Debet und Kredit von rund 200 Millionen Mark, das sind 58 % mehr als im Vorjahr.

Das gesamte Personal der Großeinkaufsgesellschaft hatte am Ende 1911 die stattliche Höhe von 1297 Köpfen erreicht, das sind 142 mehr als Ende 1910. Es versteht sich von selbst, daß die Angestellten alle in tariflich geregeltem Arbeitsverhältnis stehen. Aber auch darüber hinaus hat die Gesellschaft an freiwilligen Versicherungs- und Unterstützungsleistungen viel Anerkennenswertes vollbracht: insgesamt wandte sie für diese freiwilligen Leistungen einen Betrag von fast 100 000 Mark auf.

Der Reingewinn des letzten Geschäftsjahrs beziffert sich auf 1 108 779 Mark gegen 1 015 757 Mark im Jahr 1910. Es werden davon 5 % Zinsen auf die eingezahlten Kapitalien, 2 % auf den Umsatz der angeschlossenen und 1 % auf den der nicht angeschlossenen Vereine verteilt werden, während der ganze übrige Betrag in Höhe von 816 000 Mark den verschiedenen Fonds zufließen soll, die damit auf 4,2 Millionen Mark anschwellen werden, wozu noch 2 Millionen Mark Stammkapital kommen. Das laufende Jahr wird übrigens eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion bringen, indem im Juli voraussichtlich die im Vorjahr erworbene Zündholzfabrik in Lauenburg in Betrieb genommen, und fernerhin die *Kautabakarbeitergenossenschaft* in Nordhausen als Eigenbetrieb der Großeinkaufsgesellschaft angegliedert werden wird.

Die deutschen Genossenschafter können sich mit Recht über diese Entwicklung ihres Zentralunternehmens freuen.

✕ **Besteuerung** Die Beratung des Regierungsentwurfs zur Neuregelung der preussischen Einkommensteuer, in dem, wie bereits mitgeteilt, die Besteuerung der festen Rabatte der Konsumvereine als Reingewinn vorgesehen ist (siehe diese Rundschau, 1912, I. Band, pag. 372 ff.), in der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses bewies, daß die lebhafteste Protestbewegung der Konsumvereine gegen das ihnen drohende Steuerunrecht und die von ihnen besorgte Aufklärung der

Öffentlichkeit doch nicht ganz vergeblich gewesen sind. Der Regierungsentwurf vereinigte nur eine knappe Majorität auf sich, und zwar auch nur, nachdem durch einen Zentrumsantrag die Extrabesteuerung auch auf die Konsumanstalten ausgedehnt worden war. Überhaupt gegen die Bestimmung stimmten außer den Sozialdemokraten das Zentrum, die Polen und die Fortschrittler. Die Nationalliberalen erklärten, daß sie eventuell bei der 2. Lesung einen Antrag einbringen würden, durch den wenigstens 4 % von dem Rabatt der Konsumvereine (etwa so viel wie die Rabattsparvereine geben) freibleiben sollten. Das Unheil scheint demnach doch bis zu einem gewissen Grad abwendbar.

Der unermüdete Herr Hammer hat übrigens im Abgeordnetenhaus einen alten Antrag von neuem eingebracht, der verlangt, daß die Warenhaussteuer entsprechend dem Anlage- und Betriebskapital steigen und bei 5 Millionen Mark Kapital und 20 Millionen Mark Umsatz 4 % des Umsatzes betragen solle. Die Höchstgrenze der Besteuerung soll von 20 % des Reingewinns auf 30 % erhöht werden. Von dieser Vergünstigung, der Normierung eines Höchstbetrags, sind übrigens die Konsumvereine ausgenommen. Bei der 1. Beratung im Plenum zeigten sich die Konservativen und Nationalliberalen dem Antrag Hammer geneigt, die Fortschrittler und Sozialdemokraten lehnten ihn ab.

Zur gleichen Zeit, in der so der größte deutsche Bundesstaat den Konsumvereinen neue schwere Steuerlasten aufzuerlegen sich anschickt, kommt aus Österreich die erfreuliche Kunde, daß der Gesetzentwurf über die Ermäßigung der Steuern und Gebühren für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, trotz heftigen Protestes der Mittelständler vom Parlament aus, Rücksicht auf die dadurch auch vor allen den landwirtschaftlichen Genossenschaften zufallenden Vorteile angenommen wurde. Durch das Gesetz wird der steuerfreie gewerbliche Reinertrag von 600 auf 1200 Kronen erhöht und auch auf die Genossenschaften ausgedehnt.

✕ **Hamburg: Produktion** Der 13. Jahresbericht der Hamburger Produktion umfaßt bereits einige Monate des Wirkens der neuen Handelsgesellschaft, die den Geschäftsbetrieb der Genossenschaft am 1. Oktober 1911 übernahm, um diese vor dem von Senat und Bürgerschaft beschlossenen Steuerunrecht

zu schützen. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Umwandlung den innern Charakter sowie die ganze Entwicklung des Unternehmens natürlich nicht im mindesten tangiert. Im Gegenteil: Zum Teil unter der moralischen Wirkung dieses Vorgehens der hamburgischen Regierung gegen die Selbsthilfebestrebungen armer Proletarier, zum Teil unter dem Druck der letztjährigen empfindlichen Teuerung aller Lebensmittel haben sich die Arbeitermassen nur um so intensiver der genossenschaftlichen Organisation zugewandt. Das dokumentiert sich sowohl in der gewaltigen Zunahme der Mitglieder (von 49 312 zu Beginn auf 57 930 am Schluß des Jahres) als auch in dem Wachsen des Durchschnittsumsatzes der kaufenden Mitglieder, der sich von 393 Mark im Vorjahr auf 422 Mark erhöhte. Leider zählte die Genossenschaft im letzten Jahr immer noch 38 % überhaupt nicht einkaufende Mitglieder.

Der gesamte Warenumsatz stieg von 13 107 169 Mark im Vorjahr auf 16 511 791 im Jahr 1911, wovon 11 742 492 auf die Genossenschaft und 4 769 299 auf die Handelsgesellschaft entfallen. Über 10 % dieses Umsatzes, nämlich 1 740 558 Mark, kommen auf die Produkte der eigenen Bäckerei, die gegen das Vorjahr um 13 % mehr erzeugte. Übrigens ist dieses Unternehmen jetzt an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt, weshalb bereits im Berichtsjahr zu ihrer Entlastung eine neue Bäckerei gebaut werden mußte, die ihren Betrieb sofort mit 6 Doppelauszugöfen begonnen hat, während für insgesamt 15 Raum vorhanden ist. Ein in der ganzen Genossenschaftsbewegung einzig dastehendes Unternehmen ist die Schlächtereier der *Produktion*. Ihr Umsatz von 5 023 500 Mark umfaßt 30,4 % des Gesamtumsatzes der Genossenschaft und hat gegen das Vorjahr eine Steigerung von rund 30 % erfahren. Die Genossenschaft betreibt ferner noch eine Kaffeerösterei, eine Mineralwasserfabrik, eine Schrotrei und ein Kohlegeschäft; an Nebenbetrieben eine Tischlerei, Klempnerei, Montagebetrieb und eine Wäscherei. Alle diese Betriebe befinden sich in gesunder Aufwärtsentwicklung.

Zur Bewältigung ihres Riesenumsatzes unterhielt die Genossenschaft am Jahreschluß 125 Läden, gegen 98 am Jahresbeginn. Unter ihnen befanden sich 22 Schlächtereier, 22 Bäckerei- und 2 Grünwarenläden. In ihrer Bauabteilung stellte die Genossenschaft im Berichtsjahr für 957 000 Mark neue Bauwerke, zum

größten Teil Wohnhäuser, her. Die Zahl der von ihr errichteten Wohnungen ist damit auf 736, der Wert ihrer Baulichkeiten auf 6½ Millionen Mark gestiegen. Auch auf diesem Gebiet darf die *Produktion* als vorbildliche deutsche Genossenschaft gelten. Das beschäftigte Personal erreichte die stattliche Zahl von 1100 Köpfen. Die Arbeitsbedingungen aller Angestellten sind tariflich geregelt; für Versicherungen und andere soziale Fürsorgeeinrichtungen verausgabte die Genossenschaft im letzten Jahr 85 420 Mark, 5,6 % der Lohnsumme.

Der von der Genossenschaft sowie der Handelsgesellschaft im letzten Jahr erzielte Überschuß (feste Rabatte und Reingewinn zusammengerechnet) stellte sich auf 887 517 Mark gegen 655 817 im Jahr 1910. Er gestattet den Mitgliedern 5% auf ihren Umsatz gutzubringen, während 102 000 Mark in die verschiedenen Fonds wandern.

So viel über den Geschäftsbericht. Nun noch ein Wort über das jüngste Unternehmen der *Produktion*, das sie auf ein ganz neues Gebiet geführt hat: die Erwerbung eines eigenen Kitterguts. Es handelt sich um das 399 Hektar große Erbpachtgut Schwanheide in Mecklenburg-Schwerin, an der Strecke Berlin-Hamburg, das die Genossenschaft zum Preis von 350 000 Mark in ihren Besitz gebracht hat. Das Gut hat 1150 Morgen Acker, 350 Morgen Weiden und Wiesen, 70 Morgen Wald und 30 Morgen Moor; der Viehbestand umfaßt gegenwärtig 11 Pferde, 90 Rinder (einschließlich Jungvieh) und 100 Schafe (einschließlich Lämmer). Außer den notwendigen Verwaltungs- und Wohngebäuden besitzt das Gut eine Brennerei mit einer Jahresproduktion von 47 000 Liter Brennspiritus, die aber vorläufig noch an die Spirituszentrale abgeliefert werden müssen. Nach Ablauf der Verträge sollen sie in die Verkaufsstellen der Genossenschaft wandern, die heute bereits einen Jahresverbrauch von 80 000 Litern hat. Die Bewirtschaftung des Gutes erfolgt zunächst in der seitherigen Weise; als Verwalter ist ein praktischer Landwirt und Genossenschafter angestellt. Der Ausbau für die Zwecke der Genossenschaft soll schrittweise erfolgen. Vor allem ist eine Erweiterung des Viehbestands vorgesehen; rationelle Schweinezucht und Mästerei sind in größerem Umfang geplant. Gleichzeitig mit dem Gut hat die *Produktion* eine am Bahnhof Schwanheide gelegene Molkerei erworben, für die 250 Landwirte der Umgegend durch Ver-

träge, die noch 9 Jahre laufen, zur Lieferung von Milch verpflichtet sind. Auf dem Gut sind zurzeit im Sommer 31 Personen, in der Molkerei 3 Personen beschäftigt. Bekanntlich haben die englischen Konsumvereine mit eigenen landwirtschaftlichen Betrieben keine guten Erfahrungen gemacht. Man darf gespannt sein, ob die glückliche Hand der Hamburger das übrigens wohlwogene Projekt einem bessern Ausgang zuführen wird.

×
Schweiz

In der kleinen Schweiz, die eine Intensität der genossenschaftlichen Entwicklung erreicht hat wie kein anderes Land, geht es jetzt naturgemäß etwas langsamer vorwärts. Bestanden doch dort im letzten Jahr nur noch 7 Orte über 3000 Einwohner, in denen noch kein Konsumverein oder die Niederlassung eines solchen existierte, und auch von diesen wurden 2 bereits im Lauf dieses Jahres für die Bewegung gewonnen. Wie der Sekretariatsbericht des *Verbands schweizerischer Konsumvereine* mitteilt, traten dem Verband im Jahr 1911 23 neue Vereine bei, wogegen 2 Austritte erfolgten, so daß sich die Zahl der Verbände damit um 21 auf 350 erhöhte. Die Statistik dieser Vereine selbst erscheint später gesondert. Wohl aber legt der Bericht Rechenschaft über die als Großeinkaufsgesellschaft fungierende Zentralstelle ab. Diese hatte im letzten Jahr einen Umsatz von 32 095 987 Francs, was gegenüber dem Vorjahr einem Mehr von 4 330 176 Francs oder 15,6 % entspricht. Die Zentralstelle vermittelt außer Kolonialwaren bekanntlich auch Schuh- und Manufakturwaren, Brennmaterialien usw. Der erzielte Überschuß betrug 371 402 Francs. Seit Mitte 1911 besitzt der Verband auch eine Bankabteilung, die gut funktioniert und bereits im 1. Halbjahr einen Überschuß von 11 765 Francs abwarf. Die Liegenschaften hatten am Schluß des Jahres 1911 einen Wert von 1 518 266 Francs.

Von den vom Verband herausgegebenen genossenschaftlichen Fachzeitungen erscheint das Fachblatt, der *Schweizerische Konsumverein*, gegenwärtig in einer Auflage von 4250, das *Genossenschaftliche Volksblatt* in einer solchen von 149 000, *La Coopération* für die französisch und *La Cooperazione* für die italienisch sprechenden Teile der Schweiz in einer solchen von 25 200 und 2800 Exemplaren. Das erst- und das letztgenannte Organ sowie alle sonstigen Druckarbeiten des

Verbands, insbesondere die Broschüren- und Flugblätterliteratur, werden in einer eigenen Druckerei hergestellt.

Am Ende des Berichtsjahrs beschäftigte der *Verband schweizerischer Konsumvereine* ein Personal von 295 Köpfen. Davon entfielen 188 auf die Zentralverwaltung in Basel, 14 auf die Druckerei und 93 auf die 3 Lagerhäuser in Pratteln und Wülflingen.

×
Großeinkaufsgesellschaften Nach einer Zusammenstellung des *Internationalen Genossenschaftsbulletins* betrugen die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften im Jahr 1911 (in Mark) wie folgt:

Land	Umsatz 1911	Zunahme gegenüber 1910	
		absolut	prozentual
England	557 859 800	26 503 140	4,83
Schottland	157 021 580	2 258 400	1,45
Deutschland	109 605 469	20 935 820	23,61
Dänemark	54 901 014	3 276 790	6,34
Schweiz	25 676 782	3 464 140	15,6
Ungarn	19 997 973	4 024 182	25,19
Österreich	18 724 967	1 855 456	10,99
Finnland	12 921 148	2 033 086	18,67
Frankreich I	8 398 489	2 407 865	40,18
Rußland	7 809 585	3 522 359	82,1
Holland	6 019 432	675 565	13,06
Schweden	5 698 309	643 718	12,73
Belgien	4 723 760	1 131 764	41,50
Frankreich II	1 483 816	302 518	25,60
Norwegen	1 381 904	308 018	28,7
Böhmen	1 361 742	501 742	58,34
Polen	633 600	3 657 776	—
insgesamt	994 219 070	73 844 563	—

In dieser Tabelle fehlen nur die Umsätze der jungen italienischen Großeinkaufsgesellschaft in Mailand, über die noch keine Angaben vorliegen. Die größte absolute Umsatzsteigerung hatte die englische Gesellschaft in Manchester mit 26½ Millionen Mark, die größte relative die russische mit 82 %. Vortrefflich entwickelt hat sich unsere deutsche Gesellschaft, die nach wie vor die 3. Stelle einnimmt, aber der schottischen mit solchen Riesenschritten nachstürmt, daß sie vielleicht in wenigen Jahren eingeholt haben wird. Die englische Gesellschaft hat allein einen Umsatz, der größer ist als der aller anderen Gesellschaften zusammen, während der Umsatz der 3 größten Gesellschaften (England, Schottland und Deutschland) den aller übrigen um das 5fache übertrifft.

Von den beiden britischen Großeinkaufsgesellschaften sind noch folgende Details mitzuteilen. Von dem Umsatz der englischen Gesellschaft in Höhe von 557,9

Millionen Mark entstammten für 136,7 Millionen, also rund ein Viertel, eigenen Produktivanstalten. Neu eröffnet wurde in Rochdale eine Farbenfabrik, die, mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgestattet, Öl- und Wasserfarben, Lacke usw. herstellen wird. In Radcliffe wurde eine neue Weberei erbaut, die hauptsächlich der Produktion von bunten Shirtings und ähnlichen Stoffen dienen soll. Dagegen wurde die Politik der Gesellschaft ihre in Irland liegenden Molkereien allmählich abzustößen auch im letzten Jahr fortgesetzt; es blieben nur noch 5 Hauptmolkereien und 14 Hilfsmolkereien in ihrem Besitz, die ihr wiederum einen Verlust von 37 020 Mark verursachten. Das gesamte Betriebskapital der Gesellschaft beläuft sich gegenwärtig auf 148 Millionen Mark, der Reingewinn des letzten Jahres betrug 11 598 260 Mark. Das Bankdepartement hat sich abermals vergrößert und verzeichnete diesmal Ein- und Ausgänge in Höhe von 2920 Millionen Mark. Nicht ganz so imponierend sind die Ziffern der schottischen Gesellschaft, obwohl dieses Unternehmen an Intensität vielleicht die englische Schwestergesellschaft noch übertrifft. Der Umsatz des ganzen Jahres betrug hier 157 Millionen Mark, wovon 47,8 Millionen, also fast ein Drittel, durch die eigenen Produktivwerke geliefert wurde. Das Betriebskapital dieser Gesellschaft belief sich auf 76,8 Millionen, der Buchwert der Liegenschaften auf 20 330 080 Mark.

× **Kurze Chronik** Am 9. März starb im Alter von 62 Jahren Antonio Maffi, der Generalsekretär der nationalen Liga der italienischen Genossenschaften und Redakteur des Verbandsorgans. Maffi war aus dem Volk hervorgegangen und vollständiger Autodidakt; er kam über die Partei- und Gewerkschaftsbewegung zur Genossenschaft, für die er in den verschiedensten Stellungen tätig war. Besonders hat er sich für das Zustandekommen des *Internationalen Genossenschaftsbundes* interessiert, dessen Vorstandsmitglied er jahrelang hindurch war. × Am 5. April verstarb an den Folgen einer Operation in Hamburg Ernst Kretschmer. Der Verstorbene, der nur ein Alter von 48 Jahren erreichte, war 1863 als Kind armer Leute geboren und seit 1895 in der Genossenschaftsbewegung tätig, zunächst als Geschäftsführer des *Vorwärts*, Produktivgenossenschaft der Bäckerarbeiter. Daneben wurde er später Vertreter der

Genossenschaften im Tarifamt des *Zentralverbands* und Vertreter der Angestellten im Vorstand der Unterstützungskasse des *Zentralverbands*. × Der Plan der *Unione Cooperativa* in Mailand in Tripolis eine Filiale zu eröffnen ist endgültig zu Wasser geworden, da die Regierung auf den Bericht der auf ihren Wunsch von der Genossenschaft nach Tripolis gesandten Studienkommission nicht reagiert hat. × Die im Jahr 1906 gegründete Arbeiterproduktivgenossenschaft *Rheinisch-westfälische Holzindustrie* in Barmen, die bereits von Anbeginn an im engen Geschäftsverkehr mit den Konsumvereinen arbeitete, ist nunmehr in eine reine Zentralgenossenschaft umgewandelt worden. Am 10. April fand die Gründung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die den seitherigen Namen der Genossenschaft trägt, in Barmen mit einem Kapital von 250 000 Mark statt; Gesellschafter sind die Großeinkaufsgesellschaft, die Verlagsanstalt des *Zentralverbands*, der *Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften für Rheinland und Westfalen* und eine Anzahl von Einzelgenossenschaften. × Eine weitere Zentralisierung auf genossenschaftlichem Gebiet wird durch die Umwandlung der *Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft* in eine Produktivabteilung der Großeinkaufsgesellschaft stattfinden. Das 1900 gegründete Unternehmen, das im letzten Jahr einen Umsatz von 320 891 Mark hatte, von dem rund 80% auf genossenschaftliche Abnehmer entfielen, geht mit allen Aktiven und Passiven am 1. Januar 1913 an die Großeinkaufsgesellschaft über. × Die *Konsumgenossenschaft Berlin*, die erst im vorigen Jahr ihre Betriebszentrale mit großer Bäckerei eröffnete, sah sich bereits gezwungen eine weitere große Bäckerei zu bauen, die am 24. März eröffnet wurde. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft hat gegenwärtig bereits das 50. Tausend überschritten. × Die Konsumvereine Fürth und Nürnberg und Fürth verschmolzen sich mit einander.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Else Stoerber-Damm

Erregungs- und Rauschzustände Von einem immer gleichen Verlauf unserer Bewußtseinszustände können wir nicht sprechen. Bald vollziehen sie sich schneller bald langsamer, aber stets sind sie durch das Hervortreten bestimmter

Gefühle charakterisiert. Sehr häufig liest man in den philosophischen und psychologischen Büchern die Bezeichnung *Steigerung* oder *Erhöhung des Bewußtseins*, ohne daß eine bestimmte Untersuchung dieser Zustände vorgelegen hätte. Erst Kraepelin und seine Schüler haben exakte experimentelle Analysen dieser Erregungszustände vorgenommen, ohne jedoch zu abschließenden Resultaten gekommen zu sein. Bei fast allen erregbaren Bewußtseinszuständen ist das subjektive Gefühl eines erhöhten Lebens vorhanden, ohne daß man auch objektiv von einer Erhöhung sprechen könnte. In der *Zeitschrift für Psychologie* widmet Herr Dr. Müller-Freienfels diesen »Erregungs- und Rauschzuständen«, wie er sie bezeichnet, eine interessante experimentelle Studie, auf die ich hier näher eingehen möchte.

Das gesamte Gefühlsleben erleidet bei den Erregungs- respektive Rauschzuständen eine Alteration. Alles, was sonst in uns vorgeht, scheint durch die Erregung eine neue Stimmung zu bekommen, und zwar scheint meistens eine lustbetonte Stimmung die Folge zu sein, wenn man andererseits auch von einer negativen Steigerung sprechen kann, z. B. von einem Angstrausch. Müller-Freienfels beschäftigt sich in seinen Untersuchungen vor allem mit den lustbetonten Affektzuständen. »Stimmung«, so sagt er, »nennen wir eine Erregung unseres Gefühlslebens von geringer Intensität und langer Dauer, wie sie am besten durch eine Reihe von konvergierenden Einzelgefühlen erreicht wird, die zu einem einheitlichen Akkord zusammenklingen. So erzeugen Stimmungen vor allem die Werke der Kunst, die, wie die Malerei oder die Plastik, ein langdauerndes Versenken in die selbe Gefühlstonart oder ein sukzessives und doch einheitliches Ergriffenwerden von Einzelzuständen ermöglichen, wie Musik oder Poesie. Stimmung entsteht also durch ein Lustgefühl, das in geringerer Intensität sehr lange anhält, oder durch eine Reihe von kleinen Erregungen, die zu einer länger dauernden Wirkung verschmelzen. Wird indessen die Stimmung sehr intensiv, so pflegen wir von Affekten zu sprechen.« Die Affekte als solche sind auch allen möglichen Schwankungen unterworfen, wie dies bei der Liebe, der Furcht und dem Zorn zutage tritt. Die Affekte brauchen sich aber nicht immer an bestimmte Vorstellungen anzulehnen, sondern sie äußern sich als ganz allgemeine Erregungs- und rauschartige Zustände.

In diesem Rauschzustand entstehen viele künstlerische Gestaltungen. So ist, wie Müller-Freienfels bemerkt, nicht eigentlich die Liebe selber künstlerisch produktiv, sondern erst jene durch sie angeregte allgemeine Erregung der Seele, die erst ihre Folge, aber etwas wesentlich Verschiedenes ist, ja in sehr häufigen Fällen eine Ableitung oder Befreiung von jenem Affekt darstellt (siehe Müller-Freienfels *Zur Analyse der schöpferischen Phantasie in der Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie*, 33. Band, 1910, pag. 312 ff.). Ich möchte an dieser Stelle an Goethes Art des schöpferischen Gestaltens erinnern; sein *Werther*, seine *Iphigenie* sind gerade Ausflüsse solcher Stimmungen gewesen, von denen er sich durch deren Produktion befreite. Häufig haben wir auch Erregungszustände, die als ein Ausfluß der Erwartung, sei es auf ein Fest, auf eine Reise oder auf ein Wiederschen, uns schon lange vorher freudig erregen und eine allgemeine Lebenserhöhung bewirken. Auf manche Menschen übt wieder die absolute Einsamkeit eine eigenartige Wirkung aus, wie sie sich besonders bei Asketen zeigt, die bisweilen in ganz eigenartige Erregungszustände verfallen, gerade in Folge der völligen Einsamkeit. Bei anderen Menschen bewirkt Musik eine Entfesselung des Gefühls und der Phantasie.

Auch organische Veränderungen lassen sich in den Erregungszuständen konstatieren, vor allem Änderungen der Blutzirkulation und der Atmungstätigkeit. Gesteigerte vasomotorische und respiratorische Tätigkeit ist fast für jede Art von Erregungszustand charakteristisch. Äußerliche Symptome sind glühende Wangen, leuchtende Augen, steigender Atem und klopfendes Herz. Vermittelt körperlicher Anregungen kann man aber auch künstlich einen gewissen Rauschzustand herbeiführen. Schon der Sport bringt durch eine natürliche körperliche Bewegung das Blut in Wallung und vermag Anstrengung und Schmerzen vergessen zu machen. Bei gewissen künstlichen Bewegungen kann der Erregungszustand bis zur Besessenheit gesteigert werden. Dahin gehören die Tanzübungen, von denen die Baalspriester in der Bibel berichten. Das am allgemeinsten bekannte Beispiel bilden die heulenden Derwische. Sie beten unter seitlichen Kopfbewegungen, andere beugen den Körper dabei von rechts nach links und von vorn nach hinten; meistens aber halten sie sich gegenseitig in geschlossene-

ner Reihe an Händen oder Armen fest. Dann beginnen sie, so berichtet Professor Stoll in seinem hervorragenden Forscherwerk *Suggestion und Hypnotismus* /Leipzig, Veit/, pag. 265, gewisse Verse aus dem Koran zu singen, die sie mehrmals wiederholen, so daß sie damit bis Tagesanbruch zu tun haben. Sie klatschen dabei von Zeit zu Zeit in die Hände und rühren eine Art Trommel und andere ähnliche Musikinstrumente; plötzlich aber erheben sie sich boltzgerade und stellen sich in der Runde auf, einer neben den andern. Nun singt der Anführer gewisse Gebete noch lauter, und unterdessen wiederholen die übrigen, fast ohne Atem zu schöpfen, das Wort *Allah*, das *Gott* bedeutet, und machen dabei jedesmal eine sehr tiefe Verbeugung. Die Anstrengung, die es ihnen verursacht das Wort *Allah* unaufhörlich und ohne Atem zu schöpfen gewissermaßen aus ihrem Bauch heraufholen und auszusprechen, und die schnellen Bewegungen ihres Leibes lassen sie dabei wie Besessene erscheinen, hauptsächlich gegen das Ende, wenn sie fast atemlos sind, einer so schnell er kann die Trommel rührt, und die übrigen dabei ebenso schnell das Wort *Allah* ausstoßen. Sie gleichen dann in der Tat tollen Hunden, und einigen tritt von der großen Austrengung des Magens das Blut aus dem Mund. Das dauert fast eine halbe Stunde; schließlich sagen sie nur noch *hu*, was er bedeutet und so viel besagen will wie *Gott*, denn die Kraft fehlt ihnen, um noch *Allah* zu sagen, und schließlich glaubt man nur noch grunzende Schweine zu hören. Hierauf setzen sie sich wie zuvor und ruhen etwas aus, während sie andere Gebete singen. Dann erheben sie sich wieder und beginnen alles aufs neue. Auch von vielen halbwildem und wilden Volksstämmen berichtet Stoll ähnliches. Als unterstützende Momente solcher ekstatischen Zustände sind die körperlichen Anstrengungen anzusehen: das rasche Hin- und Herschleudern des Gehirns und nicht zum wenigsten auch die Störung der Atmung durch den Mangel an nötigen Respirationspausen. Auf eine ähnliche organische Grundlage, meint Müller-Freienfels, wenn auch nicht in dem pathologischen Sinn, läßt sich auch jene Gefühlsergriffenheit und Erregtheit zurückführen, die jedem Hochtouristen wohl bekannt ist, und die man auch als *Höhenrausch* beschrieben hat. Durch das in Wallung versetzte Blut werden bei dem Aufsteigen in frischer Luft alle Gefühle sozusagen aufgelockert,

und ein nicht geringer Teil der berückenden Reize alles Gipfelnehmens ist wohl auf diese Ursache zurückzuführen. Wie nun einerseits durch wilde Bewegungen ein solch eigenartiger Erregungszustand erzeugt werden kann, so kann auch durch das gerade Gegenteil, durch unbewegliches Sitzen und durch Autohypnose, ein gleicher rauschartiger Zustand herbeigeführt werden. Eine Beeinflussung der Respiration und Zirkulation neben völliger Unbeweglichkeit haben wir in Indien bei der Yogalehre. Es handelt sich bei den Yogiübungen um eine Konzentration ganz auf die eigenen Lebensfunktionen, vor allem das Ein- und Ausatmen und gewisse innerkörperliche Zustände (Pranayama). Durch solche Betätigung gelangt man auf 8 Stufen, die genau bezeichnet sind, in einen merkwürdigen hypnotischen Rauschzustand, eine Art Ekstase, die in der Yogasprache als *Samanthi* bezeichnet wird. Müller-Freienfels hat selbst nach den Vorschriften der Yogalehre an sich experimentiert, und es ist ihm in der Tat gelungen sich durch die vorgeschriebenen Übungen in einen eigentümlichen hypnotischen Erregungszustand zu versetzen. Durch künstliche chemische Vergiftungen, wenn ich so sagen darf, durch Stimulantia, wird auch eine Alteration des Lebensgefühls erreicht. Die Mohamedaner zum Beispiel, denen religiöse Vorschriften den Alkohol verboten hatten, griffen zu anderen Rauscherregern, zum *Tabakrauchen* und zu dem übertriebenen *Kaffeegenuß*. Die Gefühlswirkungen dieser Stimulantia sind ja hinreichend bekannt; es tritt eine allgemeine gehobene Lebensstimmung ein. Bei einzelnen Arzneimitteln, wie zum Beispiel beim *Brom*, besteht die Wirkung mehr in einer Beseitigung von Unlustgefühlen, während das *Opium* Visionen hervorzurufen vermag, die mit intensivsten Lustgefühlen verbunden sind. Die leicht erregbare Wirkung des *Tees* wollen Hoch und Kraepelin auf das *Teeöl*, nicht auf das im Tee ebenfalls enthaltene *Koffein* zurückführen (siehe Hoch und Kraepelin *Über die Wirkung der Teebestandteile auf körperliche und geistige Arbeit*, in der *Zeitschrift für Psychologie*, 1910, pag. 173). Beide Autoren hoben besonders die Beruhigung auf motorischem Gebiet hervor, die das *Teeöl* zu bewirken vermag. Jedenfalls zeigen diverse Erfahrungen, daß man durch äußere mechanische oder chemische Mittel den Organismus in einen Zustand versetzen kann, der genau

demjenigen gleicht, den psychische Erregungen hervorzubringen vermögen.

Im 2. Teil seiner Studie wendet sich Müller-Freienfels der intellektuellen Seite der Erregungs- und Rauschzustände zu. Die Annahme nämlich, daß immer bei einem gesteigerten Gefühlsleben auch eine gesteigerte intellektuelle Tätigkeit eintritt, ist falsch. Wenn wir zum Beispiel an die ekstatischen Zustände der Derwische und an ähnliche Erscheinungen denken, von denen uns die Kulturgeschichte berichtet, so haben wir bei diesen Zuständen eine völlige Unempfindlichkeit gegenüber den stärksten äußeren Reizen. In den meisten Fällen ist auch der Alkoholdusel, wenn eine kurze Zeit erhöhter geistiger Tätigkeit vorüber ist, nur ein Zustand stumpfsinnigen gedankenlosen Wohlsins. Die Kraepelinsche Schule hat über die Wirkung des Alkohols experimentelle Untersuchungen gemacht, und fast alle ergaben als Resultat eine bedeutende Schwächung der geistigen Leistungsfähigkeit auf den verschiedensten Gebieten. Beim Alkoholgenuß haben wir also eine stärkere Schwächung des intellektuellen Lebens bei gleichzeitiger Steigerung des Gefühlslebens.

Im Leben können wir auf Schritt und Tritt merken, daß wir ganz geringe Reize viel intensiver aufnehmen als gleichzeitige laute. Auf der Straße vernehmen wir zum Beispiel die leise Stimme des mit uns Gehenden, ohne daß wir uns den ganzen grellen Lärm des Straßenlebens vergegenwärtigen. Der Eindruck eines leisen Quartetts, bemerkt unser Verfasser, kann viel intensiver sein als die lauteste Janitscharenmusik. Es kommt daher, daß die Empfindungen uns nie isoliert treffen, sondern daß stets die subjektive Resonanz (die Vorstellungen und Gefühle) hinzukommen, und daß, wenn wir von der Intensität eines Eindrucks sprechen, es sich stets um die Empfindungen plus der subjektiven Resonanz handelt. In unserm Sinn also werden wir sagen, daß in den Erregungszuständen die subjektive Resonanzfähigkeit gesteigert ist. Indessen ist der wesentlichste Unterschied der Erregungszustände auf der intellektuellen Seite nicht in der Art der Vorstellungen zu suchen sondern in dem ganzen Tempo des Bewußtseinsverlaufs. Ein lebhaftes Presto tritt auf. Bilder, Vorstellungen, Gedanken jagen einander, ohne daß indessen ihre Klarheit und Deutlichkeit notwendigerweise darunter zu leiden braucht. William James hat uns im 9. Kapitel

seines Buches *Principles of Psychology* (London, Green/ vor allem eine genaue Beschreibung des Bewußtseinsstroms gegeben. Er hat darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein gleichmäßiges Strömen handelt, sondern daß das Leben des Bewußtseins wie das eines Vogels zwischen Fliegen und Niedersitzen beständig wechselt. Die ruhenden festeren Teile des Bewußtseins sind dabei meist von sinnlichen Vorstellungen irgendwelcher Art gebildet, die länger im Bewußtsein gehalten werden können, während die Zwischenzustände von allerlei Beziehungsgefühlen und Beziehungsgedanken gebildet werden. Es scheint nun, daß besonders diese Zwischenzustände, die sonst im gewöhnlichen Leben, wenn die Gedanken sich nur träge bilden, breiten Raum einnehmen, in Zuständen der Erregung gewaltig verkürzt werden, so daß die Ruhezustände, ohne an Klarheit zu verlieren, rascher auf einander folgen können. Der Wechsel unseres Bewußtseinsfeldes vollzieht sich aber nicht nur dadurch, daß neue Elemente eindringen sondern auch dadurch, daß sich das Blickfeld bald verengert bald erweitert und bald diese bald jene Einzelheit fixiert wird. So zerfließen in unserm Bewußtseinsleben besonders durch das Zuhilfekommen des Gedächtnisses Nebeneinander und Nacheinander gewissermaßen in eins. Beim gesteigerten Bewußtseinsleben handelt es sich nicht nur um eine größere und sich rascher folgende Anzahl von Gesamtbildern, sondern auch innerhalb der einzelnen Vorstellungen haben wir einen raschern Wechsel der Fixierung und dadurch ein stärkeres Bewußtwerden. Es ist, sagt Müller-Freienfels, als könnten wir weitere Flächen mit unserer Aufmerksamkeit umspannen, ohne daß darum die Einzelheiten verschwimmen.

Hierher gehört dann auch die Steigerung des Gedächtnisses. Zweifellos erscheint das Gedächtnis in vielen Erregungszuständen erweitert, das heißt viele Assoziationen und Erinnerungen tauchen auf, die im gewöhnlichen Zustand nicht kommen würden. Im Opiumrausch oder in anderen Arten des Rausches treten ganze Zeiten und Erinnerungskomplexe wieder ins Bewußtsein, die scheinbar ganz vergessen waren. Aber eine Stärkung des Gedächtnisses in diesen rauschartigen Zuständen zu sehen wäre eine Täuschung. Wie vielleicht bekannt ist, wird eigentlich kaum etwas in dem Sinn vergessen, daß es ein für allemal verloren ging. Durch zahlreiche Ex-

perimente an Hypnotisierten, die man in der Hypnose um Jahre zurückversetzt, hat sich gezeigt, daß vergessen nicht mit verlieren identisch zu sein braucht. Im Alltagsbewußtsein lassen wir allerdings nur jene Assoziationen aufkommen, die gerade zu unserm gegenwärtigen Zweck passen. Im Rausch und im Traum vollziehen sich aber die Assoziationen anders. Unser Vorstellungslieben wird nicht von einer einzigen Zielvorstellung beherrscht; alles fließt auseinander, und infolgedessen tauchen sonst ganz gehemmte Assoziationen auf. Diese Erscheinung stellt aber keine Gedächtnissteigerung dar, es ist vielmehr eine Entspannung, die auf einer Verminderung der Konzentration beruht. Es ist nicht leicht festzustellen, ob dort, wo wir eine erlöhte Intelligenzarbeit haben, wirklich die Zahl der Vorstellungen so außerordentlich groß ist, ob es sich nicht nur um eine gewisse summarische Zusammenfassung von Einzelvorstellungen handelt. Es wird uns zwar berichtet, daß in momentaner höchster seelischer Erregung, zum Beispiel im Angesicht des Todes, manche Menschen in wenigen Sekunden Erinnerungsbilder ihres ganzen Lebens an sich vorübergleiten sahen; doch sind alle Beobachtungen, die wir darüber haben, von nur zweifelhafter Genauigkeit. Vielleicht, meint Müller-Freienfels, handelt es sich nur um eine Art Extrakt, den wir für das Ganze nehmen, wie uns die verkürzte Erzählung eines Geschehnisses doch das Ganze zu geben scheint, weil sie gewisse markante Einzelzüge bringt. Von einer absoluten Steigerung des Bewußtseinslebens im Erregungszustand kann also kaum gesprochen werden. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Steigerung einzelner Sphären der Psyche, während zu gleicher Zeit andere stark herabgemindert sind.

✕ **Kurze Chronik** Professor Wilh. Wundt ✕ wird Ende des Sommersemesters von seinem Lehramt an der Universität Leipzig zurücktreten. Der berühmte Gelehrte steht im 80. Lebensjahr. Die experimentelle Psychologie verdankt Wundt ihre Begründung; er richtete 1879 in Leipzig das erste experimentalpsychologische Laboratorium ein, das seitdem viele Nachahmungen fand. ✕ In Paris ist 54-jährig Alfred Binet gestorben. In der von Taine, Ribot, Delboeuf begründeten und von einer Schar jüngerer Forscher ausgebauten experimentellen Psychologie stand er in erster Reihe. Er leitete das

Laboratorium an der *Ecole pratique des Hautes Etudes*, gab zusammen mit H. Beausin einen psychologischen Jahresbericht heraus (*L'Année psychologique*), der die gesamte Arbeit dieses wichtigen Gebiets buchte, und hat seinen wissenschaftlichen Ruf durch eine Reihe ausgezeichnete Einzelstudien begründet, unter denen sein Werk über die Suggestion auch in Laienkreise gedrungen ist.

✕ **Literatur**

✕ In der großen Serie *Völkerpsychologie* von Wilhelm Wundt /Leipzig, Engelmann/ ist der 4. Band, *Mythus und Religion*, 1. Teil, in 2., neubearbeiteter Auflage erschienen. Eine überwältigende Fülle interessanter Tatsachen und feiner psychologischer Bemerkungen zeigen uns Wundt in seiner großen Forscherarbeit. Ob er über Seelenglauben und Zauberkulte, ob er über Dämonen spricht, auf jeder Seite weiß er uns neu zu fesseln. Durch verstreute Bildchen ist dem Text noch mehr Leben verliehen worden. ✕ Eine wertvolle Bereicherung haben uns Dr. Magnus Hirschfeld und Max Tilke durch den illustrierten Teil des Buches *Der erotische Verkleidungstrieb* /Berlin, Pulvermacher/ gegeben. Der hochinteressante Text der *Transvestiten* /Berlin, Pulvermacher/ hat eine Ergänzung erfahren, die allen gründlichen Forschern auf diesem Gebiet hochwillkommen sein wird. Sowohl der erste ethnographisch historische Teil von Max Tilke als auch der 2. allgemeine Teil von Hirschfeld wird den guten würdigen Zweck vielen in ihrer Eigenart verkanteten Mitmenschen Verständnis und gerechte Beurteilung zu verschaffen hoffentlich nur fördern. ✕ *Wie wir sprechen* heißen 6 volkstümliche Vorträge von Dr. Elise Richter, die in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ erschienen sind. Die Hauptaufgabe des Buches, sagt die Verfasserin, ist es die Mannigfaltigkeit der sprachlichen Probleme vor Augen zu stellen, und das Büchlein wird vorzüglich als eine erste Einführung in die Sprachwissenschaft dienen können. Der Leser soll zum Beobachten, zum Denken über die Sprache angeregt werden, und so geht die Verfasserin von der Lautphysiologie aus und schreitet zur Beobachtung der psychischen Fähigkeit Laute hervorzubringen (Lautpsychologie), zur Sprachpsychologie, Sprachgeschichte und Sprachvergleichung fort. Die Sprache, sagt Dr. Richter, ist ein Wunder; das Wun-

derbare aber liegt eben in ihrer Entwicklung, in ihrem Wachstum, in ihrer Unvergänglichkeit, da sie, ein wahrer Phönix, fortwährend neu verjüngt aus sich selbst entsteht.

Geschichte / Paul Kampfmeyer

Cromwell Chaotisch fluten noch die Werturteile über den Staatsmann Oliver Cromwell durcheinander. In populären Geschichtswerken wird er noch meist zu einem heuchlerischen Tartuffe und hart gesotenen Egoisten verunstaltet. Die durch ihn selbst stark aufgetragene religiöse Seite seines Charakters erschien sogar einem Ranke noch verdächtig. Heute kann nun die viel verbreitete, von Rottek, Schlosser, Dahlmann, Weber gestützte Legende von dem innerlich unwahren Cromwell vor den *Briefen und Reden Oliver Cromwells* nicht mehr bestehen, die Professor Dr. Paul Wernle eingeleitet und erläutert und M. Stähelin übersetzt hat (Basel, Reinhardt). Cromwell ist ein überzeugter Christ und ein überragender Staatsmann. Bis in seine verborgensten Herzenswinkel enthüllt sich Cromwell in seinen Briefen. Inmitten seiner weitschauenden staatsmännischen Pläne vergißt er nicht als rechnerischer Familienvater die Heiratskontrakte seiner Kinder zu überdenken. Aber gerade diese Briefe, in denen er sich als treusorgender Hausvater gibt und im Werktagskleid schlicht und einfach auftritt, sind von tiefreligiösen Empfindungen durchwärmt. Aus der etwas salbungsvollen Bibelweisheit Cromwells klingen aber oft genug kecke, staatsmännische Sätze. So schreibt er einmal: »Gründe der Notwendigkeit sind über Rechtfertigung und herkömmliche Gesetze erhaben.« In seinen Anschauungen über Religions- und Kultusfreiheit ist Cromwell selbstverständlich noch in den Anschauungen seines Jahrhunderts befangen. Wenn er häufig und wirkungsvoll von der Gewissensfreiheit predigt (und seine Reden sind durchweg religiöse Predigten) findet diese Freiheit ihre feste Grenze in dem Bekenntnis zum Protestantismus. So schreibt er am 19. Oktober 1649 an den Gouverneur von Ross: »Was das, was Ihr wegen der Gewissensfreiheit sagt, anlangt, so mische ich mich nicht in Gewissensangelegenheiten anderer. Wenn Ihr aber unter Gewissensfreiheit die Freiheit Messe zu lesen versteht, so halte ich es für das beste ganz offen zu sein und Euch zu sagen, daß, wo das Parlament von Eng-

land Herr ist, dies nicht gestattet wird.« In seinen Kundgebungen reckt er sich oft gigantisch empor. So erscheint er in der Rede, in der er im September 1656 den Krieg Englands gegen Spanien rechtfertigt, als der mannhafte, kühne Vertreter eines internationalen Protestantismus. In dieser Rede fällt das große Wort: »Ja, die Sache der protestantischen Welt in Deutschland, Dänemark, der Schweiz und den Kantonen, der ganzen Christenheit ist die Eurige.« Der Lehre von dem passiven Gehorsam der Völker widerspricht er energisch. »Ja, Obrigkeiten und Gewalten«, so schreibt er am 25. November 1648 an Oberst Hammond, »sind eine Einrichtung von Gott. Die jeweilige Art aber ist eine menschliche Einrichtung und begrenzt mit mehr oder weniger lockeren Formen, je nach der jeweiligen Verfassung.« In dem revolutionären gegen den König aufgebotenen Heer sieht Cromwell »eine rechtmäßig eingesetzte Macht, von Gott berufen dem König entgegenzutreten und sich ihm zu widersetzen.

Die Briefe und Reden Oliver Cromwells beleuchten klar ganze Epochen der englischen Revolution, und das machte die Herausgabe dieser Briefe besonders wertvoll.

×

18. Jahrhundert

×

Literatur- und Kulturhistoriker haben sich bemüht die Epochen des 18. Jahrhunderts durch knappe, in die Augen springende Redewendungen zu charakterisieren. Sie sprachen da von dem *Zeitalter der Aufklärung*, von der *galanten Zeit*, von der *Sturm- und Drangperiode*, von dem *Zeitalter der Humanität*. Aber diese Wendungen spiegeln höchstens das sittliche Leben, die materielle und geistige Kultur einer ganz verschwindend kleinen sozialen Schicht wider. In dem abergläubig-mystischen Dunkel, das im 18. Jahrhundert über allen Gesellschaftsklassen lag, führte das aus den Schriften der französischen und deutschen Aufklärung aufflammende Licht einen hoffnungslosen, verzweifelten Kampf. Man muß die dem Cagliostro zugeschriebenen Memoiren gelesen haben, um sich von der Vorherrschaft des unsinnigsten Spuk- und Gespensterglaubens in den Köpfen der sogenannten *gebildeten Klassen* zu überzeugen. Diese Memoiren sind von Wolfgang Ansorge bearbeitet und unter dem Titel *Graf Cagliostro, der König, der Kuppler und Schwarzkünstler* (Berlin, Borngräber) herausgegeben worden. Wie viel Erdichtetes auch in diesen Auf-

zeichnungen gehäuft sein mag, immerhin geben sie eine zutreffende Charakteristik der allgemeinen Geistesverfinsterung in diesem Zeitalter der Aufklärung. Und das Bild, das diese Aufzeichnungen in uns wecken, wird vorzüglich vervollständigt durch die Biographie Laukhards, die Heinrich Schnabel in dem einen Band zusammengefaßt hat: *Magister Laukhard, sein Leben und seine Schicksale, von ihm selbst beschrieben* (München, Mörke). Es ist erfreulich, daß der Verlag Mörke dieses kulturhistorisch sehr bedeutsame Werk für den billigen Preis von 2 Mark herausgebracht hat. Es sollte in keiner Arbeitervereinsbibliothek fehlen. Laukhard schildert uns unter andern seinen Vater als aufgeklärten, toleranten Geistlichen, und dieser Geistliche stopft sich den Kopf mit alchimistischer und theosophischer Weisheit voll und hält sich in einem verkrachten Apotheker einen »Kollaboranten und Symphilosophen«. Das Suchen nach dem Stein der Weisen verschlang beträchtliche Summen dieses Pfarrers. Im tiefsten Aberglauben steckt das ganze Volk der Pfalz. »Jede Stadt, jedes Dorf« hat nach Laukhard seine »öffentlichen Dorfgespenster, ohne die Hausgespenster«. In der Laukhard'schen Biographie werden uns die kulturellen Zustände ganzer Gruppen von Studenten und Gelehrten mit überzeugender Naturwahrheit vor Augen geführt. Wer das Berlin am Ausgang des 18. Jahrhunderts kennt, ist überrascht von den zutreffenden Details, die Laukhard aus der Sittengeschichte Berlins anführt. Laukhard wird nach meiner Ansicht noch zu häufig als bloß amüsanter Abenteurer abgetan, und man berücksichtigt nicht den kulturhistorischen Wert seiner Schilderungen. Ich kenne kein Buch, in dem die begeisterte, tatenfrohe, republikanische Überzeugung der jungen französischen Soldaten so plastisch gekennzeichnet ist wie hier.

× Amerika ×
Die Kenntnisse des Durchschnittseuropäers über die kulturgeschichtliche Entwicklung der Union sind im allgemeinen sehr fragmentarisch, und die Vorträge, die uns amerikanische Professoren gelegentlich über die wirtschaftliche, politische und soziale Geschichte der Vereinigten Staaten halten, schließen unsere klaffenden Wissenslücken durchweg nicht. Da liegt vor uns das Büchlein des Präsidenten der *Columbiauniversität* in New York des Professors Nicholas Murray Butler *Die Amerikaner* in

der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* (Leipzig, Teubner), ein Büchlein, das uns nichts wesentlich Neues über die Union sagt. Die kurzen Abrisse Butlers über die Presse, die politischen Parteien, die Religionsgesellschaften der Union sind direkt dürftig und vermitteln uns überdies einseitige, nur in Licht und Glanz verschwimmende Vorstellungen vom amerikanischen Volk. Die augenfälligen Schäden der durch die Herrschaft raffiger Parteiklüngel korrumpierten amerikanischen Verwaltung ist kaum gestreift. Der Dollarmensch im Amerikaner wird mit wenigen nichtsagenden Sprüchen übergangen. Der typische Amerikaner soll sich nach Butler weniger aus dem Geld machen als der Deutsche, Franzose und Engländer, und das Geld ist dem Yankee nur »ein Maßstab für das, was er geleistet hat«, und er behandelt es nur als »Spielzeug« oder, »wenn er moralisch feiner besaet ist, als ein Pfand, das auf irgendeine Weise für das Wohl der Allgemeinheit zu verwenden ist, nachdem er für seine eigene Familie gesorgt hat«.

Eine Literatur, die uns den Amerikaner wirklich näher bringen will, muß wesentlich tiefer schürfen als diese billige Vortragsweisheit. Und tiefere Gänge in die Geschichte des Amerikanertums will die *Bibliothek der amerikanischen Kulturgeschichte* (Berlin, Weidmann) graben, die von dem gleichen Professor Butler und Dr. W. Paszkowski herausgegeben wird. Der 1. Band dieser Bibliothek ist *George Washington* von Henry Cabot Lodge. Die ungeheure Arbeit des Amerikaners, der in wenigen Menschenaltern einen halben barbarischen Erdteil zur Höhe europäischer wirtschaftlicher Kultur emporhob, erfüllt uns mit staunender Bewunderung. Ganz hinterwäldlerisch mutet uns noch kulturell das Virginien an, in dem der junge 16jährige Washington schon herrliche Proben eines großen Könnens ablegt. Wir begreifen an dem Werden des riesigen Energiemenschen Washington die ungeheure Tatkraft des Amerikaners. Das Nüchterne, Geschäftliche des Bürgers der Union, sein Sinn für das Tatsächliche, das Großzügige, Gowagte in seinen Unternehmungen, alles das offenbart sich schon in dem grandiosen Wirken Washingtons. Nicht der Dunst des Schulzimmers und Hörsaals haftet den Werken Washingtons an. Aus sich, aus seinen persönlichen reichen Erfahrungen bildet sich Washington zum großen Feldherrn und zum wegweisen-

den Staatsmann. Der Geschichtsschreiber Lodge hat ganz recht, wenn er in dem Schlußkapitel seines Werkes mit ganzem Nachdruck Washington als ersten Amerikaner feiert.

× Japan ×
Die *Geschichte Japans* von Hisho Saito /Berlin, Dümmler/ ist in den ersten

Abchnitten etwas farblos und wird erst mit dem Beginn der neuen Zeit lebendig. Die Ritterzeit mit ihrem Bushidosystem ist anschaulich dargestellt. Dieses System hat gleichsam noch einen Gegenwert, da die Tugenden, die das Bushido von dem Ritter fordert, noch geschichtsbildend in das russisch-japanische Wettrennen hineinspielen. Die Daten über die Ausbreitung und Unterdrückung des Christentums in Japan bringen uns manches Neue. Mit der Missionstätigkeit des Jesuiten Francesco Xavier griff das Christentum in Japan schnell um sich. ½ Million, ja nach anderen Angaben 1½ Millionen Japaner sollen sich zum Christentum bekehrt haben. Jesuitische Intoleranz, namentlich gewaltsame Bekehrungsversuche in den unterdrückten Volksklassen lösten die Christenverfolgungen aus. Japan brach brüsk die Beziehungen mit den Freunden ab. Erst in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts setzt die Ära der Handelsverträge Japans mit fremden Nationen ein. 1859 wird ein umfangreicher Vertrag Japans mit der Union abgeschlossen. Der letzte Zeitraum der japanischen Geschichte, die Meijizeit, die Zeit der »glänzenden oder erleuchteten Regierung«, brachte grundstürzende Umwälzungen in Japan: die Beseitigung des Feudalsystems am 17. Juni 1869, das neue Münzsystem, das moderne Verkehrssystem mit Eisenbahn, Post und Telegraph. 1888 wird die Verwaltung der Gemeinden neu geregelt, und am 11. Februar 1889 bricht mit der Veröffentlichung der neuen Verfassung die konstitutionelle Ära in Japan an. Die Geschichte schließt mit einer kurzen Geschichte des japanisch-russischen Krieges und seiner weltgeschichtlichen Folgen. In der japanischen Geschichte Hisho Saitos ist die sozialkulturelle Seite dieser Geschichte leider nur gestreift.

× KurzeChronik ×
Am 22. Februar verstarb Geograph und Historiker Richard Andree. Seine Atlanten sind vor allem sehr populär geworden, namentlich sein *Allgemeiner Handatlas*. In der letzten Periode seiner Tätigkeit widmete sich Andree der

Völkerkunde. Von seinen größeren Werken nennen wir *Ethnographische Parallelen und Vergleiche*, die *Metalle bei den Naturvölkern*, die *Anthropophagie*, die *Flutsagen*. Auf dem Gebiet der Völkerkunde hat ferner Andree Rühmliches geleistet. Es sei hier nur auf seine tiefgründige Arbeit *Votive und Wehgaben des katholischen Volkes in Südbayern* verwiesen. × Am 6. April waren 100 Jahre seit dem Tod A. Bernsteins verflossen, der als populärer Leitartikler der *Urwählerzeitung* und der *Berliner Volkszeitung* in der politischen Geschichte Deutschlands eine einflußreiche Rolle gespielt hat. Als Verfasser der einst viel gelesenen *Naturwissenschaftlichen Volksbücher* hat sich Bernstein wesentliche Verdienste um die Hebung der Volksbildung erworben.

× Literatur ×
Jahrtausendwende hat Heinrich Driesmans seinen historischen, biosophischen Erziehungsroman getauft, der jüngst im Verlag E. Pierson in Dresden erschienen ist. Viel Wunderliches vom siegenden Trustmagnaten, von der Republik Sachsen mit dem guten König an der Spitze, von der »Wahlliche« der Ausgewählten, vom Erfinder der »Ferne-rotik«, vom Untergang Europas wird uns da erzählt; aber alles, was uns die groteske Phantasie Driesmans' vorfabuliert, hat keine zwingende Wahrscheinlichkeit. Es lohnt sich daher nicht bei den blauen Wundern Driesmans' länger zu verweilen und der Züchtung des Höhemenschen und der Entwicklung der Deutschen zu göttergleichen Naturen beizuwohnen. × In der *Quellensammlung zur deutschen Geschichte* von E. Brandenburg und G. Seeliger /Leipzig, Teubner/ hat Mario Kramer *Quellen zur Geschichte der deutschen Königswahl und des Kurfürstenkollegs* herausgegeben. Die von Kramer veröffentlichten Urkunden erhellen mannigfach die verschlungenen Wandlungen in dem Wesen der deutschen Königswahl und Kurfürstenkollegs. × Das matte Todesröcheln des absterbenden, in sich zerfallenden Heidentums und das Triumphgeschrei des sieghaften christlichen Priestertums erfüllt den packenden historischen Roman Dmitri Mereschkowskij's *Julianus Apostata* /München, Piper/. Das hoffnungslose Bemühen des geistig hochstrebenden, unglücklichen Julian noch einmal Loben der Leiche des Heidentums einzuhauchen ist dramatisch und wuchtig geschildert. × Die Monats-

schrift *Zeiten und Völker* / Stuttgart, Franckh/ bringen in ihrem 1. und 2. Heft des Jahrgangs 1912 einen anregenden Aufsatz von dem Universitätsprofessor Dr. J. Heil-München über den *lebenden Islam*. × Eine neue Zeitschrift, betitelt *Ungarische Rundschau für historische und soziale Wissenschaften* / Leipzig, Duncker & Humblot/, deren 1. Heft im Januar dieses Jahres erschienen ist, geht von der Tatsache aus, daß Ungarn der gebildeten Welt noch mehr oder weniger eine *terra incognita* ist, und sie bemüht sich deshalb die »offene reine« Wahrheit über Vergangenheit und Gegenwart Ungarns zu enthüllen und die dunklen Zukunftsprobleme dieses Landes durch wissenschaftliche Erörterungen ihrer Lösung entgegenzuführen. Der Herausgeber der Zeitschrift ist Professor Dr. Gustav Heinrich, Generalsekretär der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Die Zeitschrift behandelt nicht nur ungarische Fragen sondern sie hat einen ganz universellen Charakter. So hat zum Beispiel Professor Ludwig Stein dem Philosophen Tolstoj eine fesselnde Skizze gewidmet.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Futuristen Der Ausstellung der Expressionisten schloß sich die der Futuristen an, die mit ihren durchsichtigen Gebilden, vor allem aber mit ihrem propagandistischen Tumult eine erhebliche Sensation erregten. Eigentlich sollten ihre Produkte allein durch ihre Manifestationen gerichtet sein. Denn schließlich gehört es wohl zum Wesen einer Kunst, daß sie durch ihre eigene Sprache spricht und nicht durch die einer andern Kunst oder gar die der Wissenschaft; eine solche Zuhilfenahme von Erklärungen und von Anstachelungen zur Begeisterung bleibt doch ein Armutzeugnis, und bestenfalls kann man die Kunst dieser Gruppe, die übrigens von einem Dichter ins Leben gerufen ist, als Anläufe bezeichnen, aus denen einmal vielleicht Kunst erwachsen kann. Jetzt spricht sie fast nur an als Experiment, das die sinnliche Primärfunktion, die die Eindrücke zu geschlossenen Körpern formt, auszuschalten versucht. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß die Stärke einer subjektiven Empfindung unter Umständen nur ganz zusammenhanglose Impressionen aufkommen läßt, und daß dann die Objekte gleichsam nur strichweise von irgendeiner flammenden Lei-

denschaft beschienen sind. Aber, wie gesagt, nirgends steht man unter einer solchen Kraft des Eindrucks. Vielleicht kann das Scheitern einer einfach künstlerischen Wirkung an dem malerischen Unvermögen der Leute liegen; denn das eine Auge der Tänzerin, das in der Erinnerung des Künstlers mit so einzigartiger Kraft weiter lebt, ist so miserabel schlecht gemalt, wie etwa aus einem Modeblatt ausgeschnitten. Auch die Verachtung, die diese *fous tristes*, wie sie in Paris genannt sind, gegen die nackten Körper haben, hat vielleicht ähnliche Gründe. Dazu kommt, daß auf vielen der Bilder durchaus allegorisch ausgeklügelte Mittel angewandt sind, wie die senkrechten und wagerechten Linien auf dem vielbesprochenen Abschiedsbild. Am sinnlichsten und besten scheinen mir die Frau an der Rampe und das große Kriegsbild.

×

Brücke Während die Futuristen ×
Träger der sublimsten Kultur mit ihren theosophischen Geisteraugen durch Dinge hindurchzuschauen vermochten und den armen Objekten ihre Dinglichkeit bis ins letzte ausgezogen hatten, ist die Künstlergruppe, die sich den mystischen Namen *Brücke* gegeben hat, ein direkter Gegenpol dazu: Sie sieht die Körper dieser Welt durchaus kompakt und primitiv. Aber es ist nicht etwa die schlechte Primitivität des jungen Christentums, sondern ihr Gebaren ist ziemlich heidnisch und wild, und ihre Lehrmeister sind etwa die Südsee und das alte Mexiko. Und während bei den Futuristen die Frauen, wenigstens die nackten, kaum eine Rolle spielten, stehen sie hier durchaus im Zentrum. Sie alle sind schwarzhaarig und untersetzt, und um in der Kunst dieser Leute sowohl aktiv als auch passiv (ich meine als Modell) etwas zu gelten, muß man nichts mehr von europäischem, am wenigsten von germanischem Blut in sich haben. Und in der Tat haben auch die Germanen mit ihren unter Umständen so glänzend gezeichneten Formen ihre Existenzberechtigung da so ziemlich verloren, wo in erster Reihe nur Farbflächen gesehen werden, so tief und glühend wie nur möglich, und wo alles, was diese Künstler machen wollen, nur mehr ein leidenschaftlich symbolischer Ausdruck für ganz primitive und vehemente Erotik zu sein scheint. Die Formen, die das Geschlecht bezeichnen, sind oft zu einer Art geometrischer Gebilde umgestaltet, wie in den Holzschnitzereien

der Südseeinsulaner, und das Ganze klingt wie ein Hymnus auf die einfachen Naturmysterien, in deren Verehrung nichts auf die verliebte Nähe eines einzelnen Wesens geht. Die Darstellung dieser Grundempfindung übt selbstverständlich immer eine starke Wirkung aus, wenn man sich auch oft fragt, ob diese Leute, denen solche Symbole vielleicht nur eine Art Effekt sind, auch ein Recht dazu haben mögen. Besonders bei Schmidt Rottluff, der in diesen Beschwörungen sich am wildesten aufführt. In wirklich künstlerischem Sinn ist bei weitem am größten Pechstein, der sich von den anderen sehr wesentlich unterscheidet. Viel gestalteter und sinnlicher geformt sind seine Bilder, die eigenes Leben auch ohne jene Symbole haben, die bei ihm zwar mitwirken, aber nur als ein dunkler Untergrund. Am schönsten sind seine rot-häutigen, nackten Frauen in der niedrigen Stube, ihre Robustheit wirkt nach der blutlosen intellektuellen Kunst der Futuristen wie eine Wohltat. Daß die Künstler der Brücke sich von Gauguins Kunst herleiten, ist ja klar, aber sie erscheinen mir doch in gutem Sinn über ihn hinausgegangen; obgleich Gauguins künstlerisches Vermögen diese wohl weit überragt.

✕ **Legrand** ✕ Amsler & Ruthard stellt einige Blätter Toulouse-Lautrecs aus, vor allem aber Zeichnungen und Radierungen von Louis Legrand. Es ist sehr merkwürdig, wie Wunderbares den Franzosen gerade in den leicht hingezeichneten Skizzen immer wieder gelingt. Diese hier von Legrand sind wieder von unbeschreiblich leichter und beweglicher Art, während in seinen großen Blättern, meist in Schabtechnik, in denen weit mehr Arbeit, und vor allem auch mehr Intentionen stecken, das Erreichte mit ihnen meist sich nicht deckt. Nur dann und wann, wie bei dem Bauer, der seine Frau küßt, kommt die ganz dumpfe und schwere Bauernliebe der beiden frei zum Ausdruck. In den meisten anderen aber ist etwas literarisches Geistreiches dabei, zum Beispiel in dem Paganini, der seine Musik in die Seele der Frau hineingeigt, die unter ihrer Kraft sich dreht und windet: alles Dinge, die in ihrer Art sich nicht so einfach und klar in Bildnerisches umzusetzen vermögen und vor ihrer Geburt auch ganz andere Wege durchlaufen sind. Wie gänzlich anders sind aber die Skizzen, in denen mit so absoluter Sensibilität Empfindungen hingeschrieben sind, die mit den Sinnen in das in-

nerste Mark hinein verwachsen sind. In gewissem Sinn, wenn auch in ganz anderem, könnte man diese Kunst auch eine Art Grenzgebiet nennen, hinüber zum geschriebenen Wort, denn fast nie sind Objekte behandelt, die sich ausschließlich an die Augen wenden, wie etwa in den Zeichnungen von Menzel, sondern Gegenstand sind hier in erster Reihe Empfindungen und sehr willkürlich gefärbte Erinnerungsbilder. Meist sind sie alle nur ein Ausdruck von Verliebtheit mit einer schier unendlichen Fülle von Nuancen; Verliebtheit in die unscheinbarsten Linien des Körpers und in seine Kleider. Alle diese Spielarten vom Seelischen bis zum Körperhaften sprechen ihre uneingeschränkt subjektive Sprache. Balleindrücke, Bars und die Ballettmädchen: alles ist mit den geringsten Mitteln hingeschrieben wie etwa leichte Lyrik. In Legrands großen Blättern, die ein objektives Gebilde hinstellen wollen, das auch losgelöst von ihm weiterleben soll, stört eben auch der schwere Aufwand von Technik, der nicht recht durchlässig ist für Art und Feinheit des Gefühls.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Die Berliner Sezession ist aufgefordert worden sich an der Jubiläumskunstausstellung 1913 zu beteiligen, die zum 25jährigen Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers geplant wird. ✕ Der Berliner Bürgermeister Reicke hat es für nötig befunden sich in seiner Rede bei Eröffnung der Großen Berliner Kunstausstellung in ebenso scharfen wie unberechtigten Angriffen auf die Sezession zu ergehen. ✕ Von einer Das Modell betitelten Mappe mit 4 farbigen Bildern nach Aquarellen Karl Larssons /Leipzig, Bonnier/ ist ein Bild der staatsanwaltlichen Konfiskation wegen Unzüchtigkeit zum Opfer gefallen. Da sitzt ein nacktes Mädchen briefschreibend am Tisch; doch kaum je ist Nacktheit unsinnlicher und kühler wiedergegeben, so kühl, daß selbst der berühmte juristisch konstruierte Normalmensch in seinem sittlichen Gefühl unmöglich verletzt sein kann. Das Gericht hat sich denn auch nicht den staatsanwaltlichen Deduktionen anschließen können und hat das Bild freigegeben.

✕ **Literatur** ✕ Mit Kandinskys Buch *Über das Geistige in der Kunst, insbesondere in der Malerei* /München, Piper/ ist ein eigen Ding: Es ist hoffnungslos ungeschickt ge-

schrieben und zeigt Kandinsky selbst als einen, der nicht im geringsten geschult ist seine etwas vagen Ideen so präzise zu fassen, daß sie sich zu philosophischem Gebrauch bequem hantieren lassen. Der Autor steht im Gegenteil vor ihnen wie vor einer Art Mysterium, das sich erniedrigen würde, wenn es sich zu eindeutigen Begriffen fixieren ließe. Seine Ideen (und das ist wohl für das Arbeiten jener Jungen überhaupt charakteristisch) sind nicht derart, daß sie ihren eingeleisigen Weg gehen, sondern sie sind immer eine Art Komplex, wie jene Maler es auch immer wieder versuchen in ihrer Kunst nicht einen einzelnen losgelösten Sineindruck zu geben sondern stets eine Zusammenwirkung von malerischen, musikalischen und ideellen Reaktionen in ihrer ganzen Verkoppelung. Die Kunstentwicklung, die Entwicklung der Menschheit, geht zum »Geistigen«, die Kunst von morgen operiert nicht mehr mit Gegenständen, auch nicht mehr mit sinnlichen Elementen, sondern mit den hinter ihnen liegenden »geistigen Klängen«. Die Musik ist darin den anderen Künsten geistig überlegen; aber auch die bildende Kunst muß sich eine solche, hinter dem Sinnlichen liegende geistige Klaviatur erobern. Als Beispiel sucht Kandinsky die geistigen Werte der Farben anzudeuten, wobei er wieder psychologisch recht gute Dinge sagt: allerdings verquickt mit allerhand mysteriösem Kram. X Über den Liebling E. T. A. Hoffmanns ist eine Arbeit von ganz seltenem Geist erschienen: *Jacques Callot*, eine Studie von Oscar Levertin /Minden, Bruns/. Hoffmann sieht allerdings in Callot mehr als wir noch den Romantiker, der die wirrsten Gestalten sieht, durch irgendein fremdes gespenstisches Licht zusammengehalten. Levertin betont neben diesem barocken Wesen Callots vor allen Dingen aber seinen nüchternen, immer klaren Sinn für Wirkliches. Allerdings scheint seine Wirklichkeit stets wie unter einem neuen Winkel gesehen, der das Verhältnis zu dem Umher wesentlich verschiebt: Einmal erfreut sich Callot an den launischsten Kontrastwirkungen, indem er trotz des minimalen Formats, in dem er stets gearbeitet hat, zum Beispiel seine Personen enorm groß erscheinen läßt: durch einen weitumfassenden und ganz klein ausgeführten Hintergrund, zu dem sie in keinerlei Raumverhältnis stehen. Dann ist es aber vor allen Dingen sein Ehrgeiz in seinem Miniaturformat Raumwirkungen zu erreichen, die an Größe mit dem italieni-

schen Barock konkurrieren können; was ihm auch durchaus gelungen ist. Diese fabelhafte Weite des Raumes, die bisher in der kleinen Kunst auch nicht einmal versucht war zu erreichen, schafft er einmal damit, daß er nie die Haupthandlung in den Vordergrund verlegt, daß dieser meist leer bleibt oder mit indifferenten Figuren gefüllt ist, und die Handlung erst im Mittelgrund einsetzt, womit allein schon der Blick nach hinten gezogen ist. Die Höhe und Breite werden auf das Letztmögliche reduziert, nur die dritte Dimension ins Unendliche gedehnt, und bei geschlossenen Innenräumen ist durch einen Ausblick der Blick wieder hinausgeführt, um ja die Tiefe nicht abzuschneiden. Ein sehr wesentliches Moment, das Levertin an Callot hervorhebt, ist seine Schilderung der Volksmassen, mit der er in der damaligen Kunstgeschichte durchaus neu dasteht. Die Art, wie Volksansammlungen überhaupt angesehen werden können, ist ja eine so durchaus verschiedene, je nachdem ob ich mitten unter ihnen bin oder nur irgendein Medium mich von ihnen trennt. Schiebe ich nur ein Fenster dazwischen, oder sehe ich sie vom Kirchturm aus oder in einem andern Raum: sofort hören die Wesen dort auf mir beigeordnete Menschen zu sein; wie ein Ameisenhaufen sehen sie aus, irgendein merkwürdiges Ganzes bewegt sich da mit einem Geschwirr durcheinanderlaufender Einzelbewegungen. Dieses neu entstandene fremdartige Wesen ist zum erstenmal von Callot geschildert. Zu Anfang gab er die Menge nur als Hintergrund zu besonderen Begebenheiten, später stellte er sie aber mit Vorliebe als Hauptperson inmitten seiner Dramen. Dieses seltsam veränderte Verhältnis zum Menschen, je nach dem Maßstab, in dem er gegeben, rührt wohl daher, daß der direkte Konnex von ihm zu mir durch diese willkürliche Größenänderung aufgehoben ist, und eine gewisse Ironie sich dazwischen schiebt. Die einzelne Persönlichkeit mit ihrem Leidenchaftsaufwand und ihren Ideen in diesem minutiösen Format versinkt in ein klägliches Abhängigkeitsverhältnis zu dem riesenhaften Umher, und die Illusion dieser kleinen Lebewesen in freier Wahl hierhin und dorthin gehen zu können trägt wohl Lächerliches genug an sich. Levertin bringt die Freude an diesem ironischen Spiel der Größenverschiebung in Zusammenhang mit den großen Renaissanceentdeckungen, die die

Relation der einzelnen zur Welt ins Unbestimmte hinein verschoben. Dieses alles ist von Levertin mit künstlerischem und produktivem Blick gesehen. Nur die stark polemische Kraft, die er den Kriegsbildern zuschreibt, kann ich nicht fühlen. Um als wirklich bittere und strenge Anklage zu wirken, sind sie mir eben durch ihren Maßstab zu losgetrennt und zu entfernt von uns, und nur als scharfe Ironie kann ich sie sehen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Berlin: Opernhaus Der nahezu einmütigen Ablehnung des Grubeschens Opernhausprojekts konnte sich auch das preußische Abgeordnetenhaus nicht verschließen. Auf der vom *Bund deutscher Architekten* vorgeschlagenen Grundlage das seitherige Ergebnis nur als eine Vorarbeit anzusehen und der Architektenschaft die Möglichkeit der Mitarbeit zu bieten ist ein Kompromiß zustande gekommen, das natürlich eine Lösung in dem erwünschten Sinn noch lange nicht garantiert. Allein das Ministerium dürfte nach dieser Absage doch begriffen haben, daß es mit einer derartigen Bürokratenarbeit nicht durchkommen wird. Nachdem also der Grubeschene Entwurf als erledigt anzusehen ist, wäre auf eine grundlegende Änderung des eigentlichen Bauprogramms hinzuwirken. Seeling, selbst einer der seitherigen Mitbewerber, hat in geradezu drastischer Weise die Mängel dieses als Grundlage benutzten Programms aufgezeigt. Um die gewünschten Repräsentationsräume zu schaffen, mußte der Zuschauerraum der Länge und der Höhe nach auseinandergezogen werden. Statt der baupolizeilich zulässigen 3 Ränge kam man auf 4, schließlich sogar auf 5 Ränge. Die Höfe, von denen aus die Feuerwehr im Fall der Gefahr einzugreifen hätte, sind in unverantwortlichster Weise eingeengt worden, so daß große Magazin- und Garderobenräume (ebenfalls polizeiwidrig) unzugänglich und lichtlos eingebaut werden mußten. Sollen die höfischen Repräsentationsräume ohne Verminderung der übrigen Plätze in dem vorgesehenen Umfang aufrecht erhalten werden, dann bleibt nichts anderes übrig als eine Verbreiterung der Bühnenöffnung, also eine gewiß kostspielige Verbreiterung des Bauplatzes überhaupt. Demnach scheint eine aussichtsreiche Weiterarbeit erst denkbar, wenn über diese grundlegenden Fragen eine

Einigung, auch mit der Krone, erzielt ist. Für die architektonische Lösung ist vom *Bund deutscher Architekten* nicht ein allgemeiner öffentlicher Wettbewerb gefordert worden. Vielmehr hat er sich im Namen der freien Architekten erboten nach Überlassung der nötigen Unterlagen Ideenskizzen einzureichen, zu deren Beurteilung auch geeignete Vertreter der freien Architekten zugezogen werden sollen. Ein großer Wettbewerb (man denke an den unglückseligen Bismarck) hätte der Architektenschaft wieder ohne Äquivalent unerhörte Opfer zugemutet. Andererseits zeugt ein bedingungslos, nur um der Sache willen gemachtes Angebot von einem Idealismus, der alle Anerkennung verdient. Die freien Architekten haben damit in dieser Angelegenheit getan, was sie tun konnten und damit aufs neue den Beweis erbracht, wie wichtig für den ganzen Stand doch eine geschlossener und umfassender Organisation dieser Elemente wäre. Der *Bund deutscher Architekten* ist als der Sachlichere und Gewichtiger gehört worden, während niemand auf den doch numerisch stärkern *Berliner Architektenverein*, der als einzige Organisation den Mut fand sich auf die Seite des Ministeriums zu schlagen, gehört hat. Kein Wunder auch: Besteht doch die Mehrheit dieses Vereins aus den Baubeamten, also Männern, die mehr oder weniger abhängig von eben dem Ministerium sind, dem sie ihr Vertrauen auszusprechen für gut befunden haben. Schließlicb bleibt es doch auch nicht ganz verborgen, daß der Dezernent des Ministeriums, der den Fall Grube vor den Abgeordneten zu vertreten hatte, bis kurz vor jener Sitzung dem Vorstand des *Berliner Architektenvereins* angehörte. Stellt man weiter fest, daß mit 2 oder 3 Ausnahmen die Architekten, die in der Presse für Grube eintraten, ebenfalls beamtet sind oder auf *Beziehungen* offensichtlich Wert legen, so ergibt sich hoffentlich als Frucht dieser wenig geschmackvollen Vorgänge ein einheitlicher und zielsicherer Zusammenschluß aller nichtbeamteten Baumeister.

× ×
Berlin: Große Wie in den früheren Jahren **Kunstausstellung 1912** auch bilden Architektur und Kunstgewerbe die einzig künstlerischen Oasen in der Moabiter Kunstwüste. Natürlich bleiben Leute wie William Müller mit dem Bureauhaus Springer oder einem Zehlendorfer Landhaus, O. Kaufmann mit einem famosen Kinematographentheater, Bruno Taut mit einem Rathausprojekt, Ernst Spind-

ler mit einer qualitätvollen Gemeindegemeinschaft, J. Habicht, der mit einer geschmackvollen Anständigkeit die Reichsbank mit Architektur versorgt, oder andere solcher Art nicht unter sich. Über manchen Entwurf und manche Photographie, die in gar keiner Ausstellung gezeigt werden dürften, muß man hinwegsehen. Allein als Ganzes sind die Architekturräume doch nicht so entmutigend wie die Säle der Bildhauer und Maler. Drei wertvolle Kollektivausstellungen von March, Billing und Brurein sind vorhanden. March ist mit dem sichern und echten Instinkt für das Architektonische begabt. Seine Bauten sind zurückhaltend, schlicht und anspruchslos, aber sie sind jedesmal eine endgültige Formulierung. So das Wormser Volkstheater, das vor mehr als 25 Jahren schon Reformideen verwirklichte, die heute als richtig gebaut werden. So die jetzt ebenfalls erstrebte einheitliche Blockfront, die er an einer Reihe Charlottenburger Miethäuser durchführte. Die Sorglosigkeit, mit der er gelegentlich über die kunstgewerblichen Details hinweggeht (zum Beispiel die Plastiken an diesen Charlottenburger Miethäusern oder einzelne Interieure) mögen nicht über die sichere Art der Raumbewältigung hinwegtäuschen, die er als einer der ersten und als wahrhafter Architekt von England mit herüberbrachte. Billing, der sich durch mancherlei Irrungen hindurchzuexperimentieren hatte, ist mit seinem Kieler Rathaus zu einer unserer Hoffnungen geworden. Von einem Baumeister, der diesen Weg von der Mannheimer Kunsthalle über das Freiburger Universitätsgebäude hinweg zu dieser Kieler Leistung nehmen konnte, ist noch Beträchtliches zu erwarten. Man wird, so es gilt monumentale Aufgaben zu bewältigen, sich seiner erinnern müssen. In Brurein schließlich haben wir ein starkes Talent, dem das große Berlin vieles, wenn nicht alles schuldig geblieben ist. Es genügt auf sein Projekt für das Lankwitzer Rathaus zu verweisen und an den Bau zu erinnern, der schließlich ausgeführt worden ist. An derlei Projekten, die eine klare und starke Sprache reden, die in der nämlichen Gliederung im Grundriß ausgereift sind, und an denen eben nur das eine bedauerlich ist, daß sie Projekte geblieben sind, fehlt es nicht: in einem Augenblick, da alles gegen die architektonische Verhöhnung Berlins protestiert. Von den Kunstgewerblern sind diesmal nur die Berliner Plakatisten zu Wort gekommen. Man kennt dieses anständige und gediegene Handwerker-

niveau, das die Berliner Affiche in den letzten Jahren angenommen hat. Ihre etwas nüchterne Sicherheit ist eigentlich nicht die Evolution, die wir nach den Verheißungen eines Toulouse-Lautrec erträumten, allein sie ist doch besser als die süßliche Haltlosigkeit eines Mucha etwa, der für Paris inzwischen typisch geworden ist. Besser gelegentlich einmal eine geistreiche Lithographie zu sehen, wie sie Ernst Neumann mitunter zu bieten hat, in dem noch am stärksten jene ersten Anregungen nachwirken, und im übrigen das kunstgewerbliche Niveau zu finden, das Bernhard angegeben hat. Daß auch innerhalb dieser Grenzen aparte Wirkungen zu erreichen sind, beweisen die Wände mit den Klingeraffichen. Dieser Julius Klinger erlebt durch eine solche Zusammenstellung, beinahe möchte man sagen: einen Triumph. Seine handwerklichen Qualitäten und der Esprit seiner (von Beardsley und Jung Wien gewiß bedingten) Linienspiele machen ihn zu dem, was man in den Anfängen der Plakatbegeisterung *maitre d'affiches* zu nennen pflegte.

×
Kurze Chronik Die Frage der leichten Tapeten ist insofern um einen Schritt weiter gekommen, als nach Mitteilungen des *Deutschen Werkbundes* 4 Fabriken, nämlich Erismann, Salubra, Schütz und Coswig, nach langwierigen Versuchen mit den Farbwerken jetzt in der Lage sind für ihre Kollektionen die Lichtbeständigkeit zu garantieren. Diese auf Qualität gerichteten Bestrebungen werden bereits von einer fast unlauter zu nennenden Konkurrenz durchkreuzt wie P. Kraus im *Kunstgewerbeblatt* an einem lehrreichen Fall nachweist. × Die Berliner Glasmalereien haben auch dies Jahr Frühjahrsausstellungen gezeigt: Heinersdorf Teile eines Thorn-Prätkerschen Fensters für eine Düsseldorf Kirche; Schmidt eine Reihe von Scheiben, die in der Hauptsache von Berliner und Münchener Plakatisten entworfen waren.

×
Literatur Schon früher einmal war in diesen Hefen auf das ausgezeichnete Werk über den *Städtebau* von Werner Hegemann /Berlin, Wasmuth/ verwiesen. Der 1. Band, eine Betrachtung der Berliner Verhältnisse, erscheint geradezu als ein Archiv der städtebaulichen Entwicklung unserer größten deutschen Kommune. Hegemann entfaltet in großen Zügen die architektonischen, sozialen und wirt-

schaftlichen Maximen, die die Entwicklung von dem wendischen Fischerdorf bis zur heutigen Weltstadt bestimmten. Literarische und graphische Dokumente, die wenig oder gar nicht bekannt waren, wußte er mit einer imponierenden Materialkenntnis aufzuspüren und damit eigentlich zum erstenmal den bündigen Beweis zu erbringen, wieviel an Aufwand gespart, an Schönheit und Gesundheit gewonnen worden wäre, wenn man auf die großzügigen Reformen, die es in Berlin immer gegeben, zur rechten Zeit gehört hätte. Hegemann schreibt keineswegs aus einer vorgefaßten Tendenz heraus, er weiß seine Materialien objektiv zu gruppieren. Über die aktuellen Berliner Sorgen hinaus ist hier der gesamten städtebaulichen Diskussion ein gewichtiges Arsenal entstanden.

DIVERSA

Neuerscheinungen

Heiligenlegenden Unter dem Sammeltitle *Die schönsten Heiligenlegenden in Wort und Bild* hat Dr. P. Expeditus Schmidt mit einigen Mitarbeitern bei Hans von Weber in München eine Auswahl alter Legenden herauszugeben begonnen, versehen mit Namenbildern von Franz Poggi: die Initialen der Heiligen sind mit Szenen aus ihrem Leben geschmückt. Obgleich nun die Sammlung der Geschichten aus den Kreisen der katholischen Kirche stammt, so scheinen diese doch wie in einen neuen Boden verpflanzt. Expeditus Schmidt will nicht nur eine Übersetzung geben; die Legenden sind vollständig neu erzählt und zum Teil auch ziemlich frei bearbeitet; es ist ihnen damit ein ganz neues Kleid angezogen. Was den alten Legenden ihre Klarheit und Kraft gibt, ist das unbedingte Vertrauen auf die Handlung dieser Geschichten. Sie ist in ihnen so ausschließlich der Hauptgegenstand, daß keine Stimmungsschilderung und andere poetischen Ingredienzien daneben aufkommen können. Jene Geschichten werden um des Wunderbaren willen berichtet, das sie erzählen, und was an ihnen fesselt, ist die Kraft der Wirklichkeit, mit der die Wunder gesehen sind. Diese nun fehlt dieser Übertragung. Besonders in den Erzählungen der weiblichen Mitarbeiter ist überall eine romantische Symbolik hereingemengt, und wo früher ein Engel mit festen Gliedern kam, sind jetzt Lichterscheinungen mit allerhand gloriosen Nebelbildern. Charakteristisch kann

wohl folgende Stelle sein: »Das Herz dieser Könige aber war voll heißer Sehnsucht, die wie eine heilige Flamme leuchte und brannte und nie erlosch. Deshalb zeigte sich ihnen der Wunderstern auch größer als eine Sonne . . .« usw. So sind zu Wundererscheinungen seelische Verbindungen herübergezogen, womit sie zu ganz subjektiven Erscheinungen, fast zu einer Art von Suggestion umgebildet sind. Ich sage nicht, daß in diesen Erzählungen kein Glaube sei, aber der Glaube der Legenden, dem die Engel und Wunder greifbare Wirklichkeiten sind, ist nicht darin. Mit der Sprache ist es die selbe Sache. Das Mittelhochdeutsch hat eine fabelhafte Sinnlichkeit und Deutlichkeit in seinen Worten, und mit ihnen ist mir die Legende bis ins Innerste verwachsen. Die Worte wollen eben nur erzählen, was Wunderbares hier und dort geschehen ist, und wie sehr die Heiligen fromm gewesen sind. Sätze, die so bildhaft anfangen wie »Der Himmel spaltete sich wie von einem Schlüssel berührt«, müssen dem ursprünglichen Sinn wohl fremd bleiben. Am entsprechendsten und bescheidensten erzählt sind die Sachen von Schmidt selbst. Mit den Bildern liegt es wohl etwas anders. Poggi hat die wahre Kindlichkeit und Frömmigkeit. Aber von dem Humor, der in seinen eigentlichen Kinder- und Kasperlesachen steckt, ist nichts hierin. Es ist, als wenn von diesen Dingen immer nur in einem wehevollen Ton gesprochen werden könnte, und alle Figuren haben das selbe sanfte und blutarme Gesicht, selbst der heilige Christophorus mit dem Hundekopf, wie es heißt, sieht aus wie irgend ein anderer wohlgestalteter Christenkönig. Eine solche Angstlichkeit scheint mir aber nicht im Sinn der alten Legenden. Nehmen sie die Wirklichkeit tatsächlich für sich in Anspruch, dann müssen sie auch alles benutzen dürfen, was ihre Erzählung verlangt, sowohl Komisches wie auch eventuell Erotisches. So kommt es, daß Poggis Sachen hier nur wenig von der schematischen Kirchenkunst unterschieden sind, die keinen sinnlich festen Boden mehr unter den Füßen hat. Das ganze Werk ist auf 10 Bände berechnet, es kann daher nach dem vorliegenden einen Band noch kein Endurteil abgegeben werden. Eine Ausgabe der Heiligenlegenden ist an sich natürlich stets willkommen. Man wird also den Fortschritt dieses Unternehmens auf alle Fälle mit Interesse zu verfolgen haben.

LISBETH STERN